

KoBra Brasilicum

Ausgabe 242/243 | Okt 2016

Brasilicum ISSN 2199-7594

Brasilien im Umbruch

Menschenrechte | Umweltschutz | Demokratie

Perspektiven für Brasilien in der politischen Krise

Marcos Napolitano

PT: Die notwendige Selbstkritik

Pedro Tierra

Das Jetzt und das Danach

Chico Alencar

Selbsterstörung der Arbeiterpartei in Brasilien

Moysés Pinto Neto

Rechtliche Überlegungen zum Impeachment

Alexandre Gustavo Melo Franco de Moraes Bahia

Die Zukunft wird düster sein

Dieter Gawora

Zu den Folgen des Putsches im Bildungssystem

Carina Vitral

Flüchtlingspolitik in der politischen Krise

Victoria Oliveira

Amtsenthörung und Gender

Amanda de Paula Birindiba Araújo

Sexuelle Ausbeutung im Kontext von Großprojekten

Maria Henriqueta Ferreira Cavalcante

Verteidigung der Frauenrechte im Amazonas

Aldebaran Moura, Maria Costa und Jaqueline Felipe

Ringeln um Kinder- und Jugendrechte in Amazonien

Keila Souza Marães Giffoni

Die Indigenen Völker und die Temer-Regierung

Dom Roque Paloschi

Sozial-ökologische Gerechtigkeit in der Krise

André Halloys Dallagnol

Umweltpolitik in Brasilien: Bilanz und Ausblick

Christoph Hess

10 Monate nach dem Dambruch bei Mariana

Christian Russau

Der mediale Putsch - Trugbild einer Demokratie

Raul Fitipaldi

Der Putsch schaltet die öffentlichen Medien ab

Livia Duarte

Das Ende eines progressiven Zyklus?

Ulrich Brand



KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website www.kooperation-brasilien.org** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Gefördert durch die Träger des
Runden Tisch Brasilien und von
ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag
des:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum **ISSN** 2199-7594

Redaktion Igor Birindiba Batista, Dieter Gawora, Uta Grunert, Simon Müller, Caren Miesenberger, Jan Erler, Fabian Kern, Katharina Lena Agena und Peter Zorn.

Übersetzungen Igor Birindiba Batista, Fabian Kern, Almuthe Heider, Tina Kleiber, Simon Müller, Uta Grunert, Gilberto Calcagnotto, Monika Ottermann, Dieter Gawora und Katharina Lena Agena.

Druck/Design printed auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com, Artwork mit Opensource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

Titelbild: Vorbereitungen auf den Generalstreik am 22/09/2016 und die gewalttätige Antwort der Polizei- Porto Alegre (RS) Quelle: Mídia NINJA Lizenz: CC BY-SA 2.0 **Rückseite:** Brasilien: Das Land des Fußballs, Samba, Freude und Karneval? SO NICHT! Quelle: Leonardo Savaris / Mídia Ninja Lizenz: CC BY-SA 2.0.

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg
Telefon 49 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein KoBra – Kooperation Brasilien e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder. Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Editorial

Brasilien erlebt einen politischen Umbruch. In einem umstrittenen Amtsenthebungsverfahren stimmte der Senat Ende August mit 61 zu 20 Stimmen für die Absetzung der 2014 wiedergewählten Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT). Der bisherige Vizepräsident Michel Temer vom ehemaligen Koalitionspartner PMDB übernahm damit die Präsidentschaft. Bereits als Interimspräsident hatte er ein neues Kabinett, einheitlich bestehend aus weißen Männern, eingesetzt und radikal die Anzahl der Ministerien reduziert. Mit neoliberalen Maßnahmen wie Sparprogrammen, beispielsweise der PEC 241, versucht er nun, die Rezession zu bekämpfen. Dabei werden sozialpolitische Errungenschaften der Vergangenheit beschnitten.

Obwohl das Amtsenthebungsverfahren juristisch weiterhin höchst umstritten bleibt, haben die Wähler*innen die Arbeiterpartei bei den Kommunalwahlen Anfang Oktober hart abgestraft. Sie verlor viele Bürgermeisterposten und in ihrer ehemaligen Hochburg São Paulo setzte sich der konservative Kandidat bereits im ersten Wahlgang durch. Brasilien erlebt einen allgemeinen Rechtsruck, der Folgen haben wird.

Die Politik befindet sich in einer ernsten Krise und die Wirtschaft in einer schweren Rezession. Unzufriedenheit und Existenzangst treiben die brasilianische Bevölkerung auf die Straße – in der Stadt und auf dem Land. Uneinig sind sich die Protestierenden in der Bewertung der politischen Vorgänge. Ging es bei der Amtsenthebung um die Aufarbeitung von Korruptionsskandalen oder um ihre Vertuschung?

Die Absetzung der gewählten Präsidentin beendete auch die 14-jährige Regierungszeit der PT. Eine Zäsur für die sozialen Bewegungen in Brasilien und somit auch für die Soli-Szene in Deutschland. Den linken Aktivist*innen in Brasilien steht die Frustration ins Gesicht geschrieben.

Wie das Titelbild illustrieren soll sind sie nach dem Alptraum der Amtsenthebung in einem Staat aufgewacht, der einen großen Teil ihrer über Jahre erkämpften Errungenschaften mit einem Handstrich hinweg wischt.

Neben den allgemeinen politischen Analysen haben wir uns auf die Themen Menschenrechte, Umweltschutz und Demokratie konzentriert um auf die konkreten Auswirkungen der Amtsenthebung in Brasilien hinzuweisen.

Das Heft enthält erste selbstkritische Analysen des linken Regierungsprojekts. Der Reflektionsprozess wird lange andauern und für viele langjährige Mitstreiter*innen schmerzhaft sein. Die Texte in dieser Brasilicum Ausgabe sind teilweise noch entstanden bevor die Amtsenthebung Ende August bestätigt wurde. Die Artikel bilden eine erste Grundlage für eine weiterführende Analyse der Situation während des Runden Tisch Brasiliens im November in Bonn.

Ein besonderer Dank geht an unsere Übersetzer*innen, die für diese Ausgabe 15 (!) Artikel aus Brasilien ehrenamtlich übersetzt haben!

die Redaktion



Die Wurzeln der politischen Krise in Brasilien liegen in den jüngsten politischen und sozialen Konflikten, doch sie reichen viel tiefer in die brasilianische Geschichte. Der Versuch, sie jenseits von Links- und Rechtsschablonen zu erklären, stellt ein schwieriges Unterfangen dar, stehen doch die Auseinandersetzungen voll im Griff der Ideologien. Um die komplexe politische Konjunktur zu verstehen, die in der Amtsenthebung von Dilma Rousseff gipfelte, darf man nicht über die Analyse einiger struktureller Sackgassen politischer, sozialer und ökonomischer Art hinwegsehen: Diese sind wesentlich für das Verständnis dessen, was in der aktuellen Krise wirklich auf dem Spiel steht.

Perspektiven für Brasilien in der politischen Krise

von Marcos Napolitano*

Aus politischer Perspektive ist der Verschleiß des als „Koalitionspräsidentialismus“ bezeichneten Modells festzustellen; ein Verschleiß, der sich aus dem stets spannungsgeladenen, 1988 verfassungsrechtlich voll ausgebauten Gleichgewichtsmechanismus zwischen Exekutive und Legislative ergab. Dieses System erfordert es, dass der direkt gewählte Präsident seine parlamentarische Mehrheit aus einem fragmentierten Parteiensystem heraus zu formen hat, in welchem die Parteien grundsätzlich auf Eigenvorteil ausgerichtet sind und sich bei der Besetzung öffentlicher Ämter und Pfründe nicht um ein Regierungsprogramm, sondern um direkte materielle Interessen herumgruppieren. Gefördert wird dieser Koalitionspräsidentialismus durch das brasilianische Wahlrechtssystem – ein Mehrheitswahlrecht für die Exekutive sowie den Senat und Verhältniswahlrecht für die Legislative (Abgeordnetenhaus), ohne Sperrklausel und ohne Wahlkreisschwerpunkt. Ergebnis: eine konfuse und informelle Mischung parlamentarischer Grundsätze – darunter reelle Vetomacht der Legislative gegenüber der Exekutive ohne die Parteienkultur und Verfassungsbestimmungen, die für die politische Stabilisierung des Systems unerlässlich sind. Die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma stellte einen typischen parlamentarischen Ausweg dar, indem das Parlament sein Veto gegen die Exekutive einlegte. Doch dies geschah im Kontext eines traditionell starken Präsidialsystems, was dazu führte, dass eine Regierungskrise zu einer institutionellen mutierte, die gar Züge eines Staatsstreichs annahm. Ein echter Ausweg würde eine umfassende politische Reform implizieren, zu deren Maßnah-

men folgende gehören: Eindämmung der Folgewirkungen aus dem fragmentierten Parteiensystem, Perfektionierung der Wahlverfahren (darunter auch die Finanzierung der Wahlkämpfe), Förderung der Parteibindung der gewählten Parlamentarier*innen, Einführung eines gemischten Wahlkreissystems. Der Ausweg aus der Krise ist allgemein bekannt, doch keiner ist offensichtlich bereit, ihn auch zu beschreiten: Weder die konservative gesellschaftliche Opposition, die mit der Absicht, ihrer tief verwurzelten elitären Anti-Arbeiterpartei-Einstellung Nachdruck zu verleihen, gegen Korruption auf die Straßen ging, noch das im Parlament verankerte politische System, wo sich seine Mitglieder zur

Bedienung ihrer selbstbezogenen und korporativen Interessen bequem eingerichtet haben.

Auch die Sozialstruktur Brasiliens stellt einer Stabilisierung des politischen Systems und der Regierbarkeit erhebliche Hindernisse in den Weg. Das historische Negativsaldo der Sozialpolitik verschärfte sich durch die jahrhundertlange politische und soziale Exklusion, die – ungeachtet

der diesbezüglichen Fortschritte in den letzten Jahren – die brasilianische Gesellschaft als eine mit der weltweit größten Ungleichheit zementierte. Zugleich nimmt die Mittelschicht in den letzten Jahren wahr, dass ihr Vorsprung vor den Ärmeren geschrumpft ist. Für diese soziale „Inversion“ macht sie die Arbeiterpartei verantwortlich. Tatsächlich wurden die Armen unter den PT-Regierungen zu Nutznießer*innen des brasilianischen Staatsbudgets; ihr Zugang zu den ehemals den Eliten vorbehaltenen öffentlichen Universitäten wurde durch die Einführung von sozial- und minderheitenbezogenen Quoten erweitert; ihre materielle Lage besserte sich durch reale Einkommenstransfers und durch die Konsolidierung von Arbeitsrechten (u. a. mittels eines neuen Gesetzes für Hausangestellte), die ihnen früher vorenthalten waren. Dies mag in Gesellschaften mit stärker egalitärer und demokratischer Tradition als selbstverständlich gelten, doch in Brasilien mit seinem Erbe der Sklavenhalter*innen wird das als echte Bedrohung der sozialen Hierarchien wahrgenommen. Schließlich erweist sich auch die ökonomische Dimension der Krise als sehr komplex, übersteigt sie doch teilweise die Grenzen der Nationalpolitik. Die brasilianische Erdölgesellschaft Petrobras steckt in einer schweren Finanzkrise, weil ihre Investitionen durch fallende Erdölpreise konterkariert wurden. Brasiliens finanzpolitische Verfehlungen stellen die andere Seite der Krise dar: Angeblich zum Zweck der Inflationbekämpfung wird eine Höchstzinspolitik betrieben, die nur von wenigen vom Finanzmarkt unabhängigen Ökonom*innen kritisiert wird. Von orthodoxen Volkswirt*innen der nationalen

und ausländischen Großbanken sowie von *think tanks* wird diese Politik jedoch begrüßt.

Angesichts dieser Komplexität der aktuellen Krise kann ein vereinbarter Ausweg nur innerhalb der brasilianischen Gesellschaft durch Herausbildung einer neuen organischen Gruppe gefunden werden, die demokratische, inkludierende und reformerische Lösungsvorschläge vorbringt und als klare Option für die Präsidentschaftswahlen 2018 auftritt. Dass dies eintritt, ist jedoch weder im rechten noch im linken Lager wahrscheinlich.

Bei den Linken hat das politische Scheitern der Arbeiterpartei PT das Misstrauen gegenüber der Handlungsfähigkeit einer reformistischen parlamentarischen Linken, die mitten in einem traditionell konservativen und putschbereiten sozialen und politischen Umfeld agieren muss, verstärkt. Bei den Rechten sieht man keine Partei, die liberalen und republikanischen Traditionen anhängt und zugleich ein gewisses Maß an sozialer Inklusion und politische Rechte anstrebt, so dass ein nationales Projekt – und sei es nur auf der Grundlage eines vergötzten Marktes – verfolgt werden könnte.

Die Krise selbst und die gesellschaftliche Opposition gegen das PT-System hat ein erhebliches Wachstum der ultrakonservativen Rechten nach sich gezogen, deren Grundsätze in der Aufrechterhaltung der traditionellen sozialen Ordnung, in der Einschränkung der Grundrechte, in der ideologischen Überhöhung der Forderung nach öffentlicher Sicherheit, im christlichen Fundamentalismus und im Bedienen der Agrobusiness-Interessen bestehen. Auch die in den eigenen Augen als „modern“ geltenden Liberalen, die sich um den historischen Kern der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens PSDB versammelten, haben im Endeffekt selbst zur radikalen Anti-PT-Haltung beigetragen. Scheinbar haben sie außerdem die politische und ideologische Kontrolle über die alten Rechten verloren: Diese wenden sich heutzutage öffentlich auch gegen die Führungspersonlichkeiten der PSDB. Eine glasklare Vorstellung des neuen politischen Szenarios Brasiliens erlebte man in der Horror-Show, die das Abgeordnetenhaus anlässlich der Abstimmung über die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Dilma Rousseff am 17.04.2016 lieferte.

Die danach eingesetzte Interimsregierung des Vize-Präsidenten Michel Temer ist Ausdruck einer neuen Machtkonstellation. Diese besteht aus Kräften mit ultrakonservativen Ausrichtungen, Partei-Eigeninteressen und Wirtschaftsliberalismus im Interesse der Großfinanzen. Zwar befanden sich diese Kräfte auch in den von den PT-Regierungen gebildeten Koalitionen,

doch gab es hier immerhin einen gewissen ideologischen und politischen Hemmfaktor zugunsten von Inklusions- und Modernisierungspolitiken. Diesen Hemmfaktor anzuerkennen bedeutet nicht, dass man die Ära der PT-Regierungen idealisieren sollte. Strenggenommen waren die PT nie in der Lage, einen konsistent linken Reformentwurf umzusetzen, der von einer breiten sozialen und parlamentarischen Basis getragen die historischen Defizite der brasilianischen Politik und Gesellschaft beseitigt hätte.

Unter der Regierung Michel Temer und der konsequenten Entfernung der PT und der Linken aus dem Herzen der Staatsmacht wird es tendenziell zu einer Konsolidierung der liberalen Agenda in der Wirtschaftspolitik und einer konservativen Agenda im politischen Bereich kommen. Auf der wirtschaftlichen Agenda stehen große Reformen der Rentenversicherung (im Sinne einer stärkeren Präsenz des Marktes in diesem Sektor) und der Arbeitsgesetzgebung (im Sinne einer Deregulierung der Arbeitnehmer*in-/Arbeitgeber*inbeziehungen). Die politische Agenda der neuen Regierung weist in Richtung Neutralisierung der linken Sozial- und Kulturpolitik, die früher der sozialen Exklusion ein Stück weit entgegenwirkten. Doch wird dies alles nicht leicht umzusetzen sein, denn die brasilianische Gesellschaft ist für den Schutz der genannten Politiken weitreichend mobilisiert.

Die weitere Entwicklung dieser neuen Agenda und ihre Auswirkung auf die Präsidentschaftswahlen 2018 sind also ungewiss. Möglicherweise wird eine Verbesserung der Wirtschaftslage durch Steigerung des Bruttoinlandsprodukts und die Zahl der Arbeitsplätze zur Befriedung der konservativen Presse bzw. ihrer Haltung gegenüber der neuen Regierung beitragen. In ihrem Verhältnis zum Parlament hat sich die neue Regierung geschickter verhalten als die vorige. Die Ab-

PT-Anhänger*innen verfolgen am 31. August 2016 die Amtsenthebung Dilmas vor dem Palácio da Alvorada in Brasília.

Foto: Lula Marques/ AGPT (CC BY-NC 2.0)



kühlung der politischen Konfliktsituation innerhalb der Elite könnte der Gesellschaft das Gefühl vermitteln, dass die Krise überwunden sei. Dies könnte die weniger engagierte Wählerschaft dazu anregen, dieser liberalen Agenda bei den nächsten Wahlen mit ihrer Stimme für Kandidat*innen der Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung PMDB, der PSDB oder einer liberalen Koalition eine Bestätigung zu geben.

Man kann nicht darüber hinwegsehen, dass der ehemalige Präsident Lula nach wie vor bei Meinungsumfragen vorne liegt, und zwar ungeachtet seines moralischen und politischen Verschleißes bei den Mittelschichtswähler*innen, der Verfolgung seiner Person durch die Presse, und ungeachtet seiner Belagerung durch die Ermittlungsinstanzen, die den Beschuldigungen wegen Bestechlichkeit nachgehen. Alles lässt erwarten, dass er sich für die Wahlen 2018 aufgrund von juristischen Zweifeln nicht aufstellen können. Innerhalb des linken Spektrums gibt es niemand mehr mit gleichem Artikulationsvermögen und Stimmenpotenzial wie Lula.

Es ist möglich, dass die extreme Rechte für eine Überraschung gut sein wird. Die Kandidatur des ehemaligen Militäroffiziers Jair Bolsonaro – durch eine Koalition kleiner und mittlerer Parteien mit evangelikalem Fundament unterstützt – kommt voran, und könnte weitere politische Unterstützung durch ultrakonservative katholische Mittelschichtsbewegungen bekommen. Ein Sieg der extremen Rechten würde die politische Krise Brasiliens ebenso wie die Konflikte zwischen dem politischen System und der Zivilgesellschaft weiter vertiefen. Tendenziell werden viele Liberale langsam realisieren, was ein auf religiösen Fundamentalismus gestützter Protofaschist an der Macht bedeuten würde. Dann werden sie zur Opposition überwechseln.

Fakt ist: Wer auch immer Wahlsieger*in wird, wird sich vor ernsthafte Probleme gestellt sehen, wenn sie nicht einer Agenda sozialer Inklusion und politischer Reform zustimmt; diese aber könnte nur von einer demokratischen Linken oder einer breiten fortschrittlichen Koalition unter Einschluss der Liberaldemokraten getragen werden. Die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff ist alles andere als der Abschluss der Krise. Eher ist sie ein weiteres Anfangskapitel der Krise. Alles hängt davon ab, was in den nächsten zwei Jahren passiert. ■

* Marcos Napolitano arbeitet an der Geschichtswissenschaftliche Fakultät der Universidade de São Paulo.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Gilberto Calcagnotto.

Der Aufstieg der Arbeiter

Eine Partei aufzubauen, welche die Lohnabhängigen am Rande eines politischen Systems repräsentieren sollte, das aus dem Putsch 1964 hervorgegangen war, stellte in Brasiliens politischer Geschichte etwas völlig Neues dar. Von Anfang an hatte sich die PT gegen die Traditionen des Stalinismus und der europäischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewandt. Und irgendwann begann sie, sich als postkommunistisch und postsozialdemokratisch zu verstehen... Sie war in einer ganz speziellen geschichtlichen Konstellation entstanden, in einem Land mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung und mit einer jungen Arbeiterklasse, die schon in einer urbanen Welt geboren worden war.

Die Diktatur schloss die Arbeiterklasse von der Politik aus, und war selbst eingeschlossen in den Spitzensektor der Wirtschaft, denn sie gehörte zu den großen Industrieunternehmen von São Paulo. Die PT verfügte über große Mobilisierungsmöglichkeiten und wurde zum Ende der Diktatur zu einem Bezugspunkt für Landarbeiter*innen, Basisbewegungen an den Peripherien der Großstädte, christliche Bewegungen im Geiste der Befreiungstheologie, ehemalige Mitglieder des bewaffneten Widerstands, Intellektuelle, die an den Universitäten Widerstandsdenken produzierten und ein paar Abgeordnete, die den Mut hatten, das Regime von ihrem Mandat her zu hinterfragen.

PT: Die notwendige Selbstkritik

von Pedro Tierra*

In enger Verbindung mit diesen Gesellschaftssektoren entwickelte sich die PT in den 80er- und 90er-Jahren unter großen Schwierigkeiten und hart bekämpft von dem noch aus der Diktatur stammenden konservativen Apparat. 22 Jahre nach ihrer Gründung übernahm Lula die Regierung.

Wie in Brasilien üblich, verfügte die PT nicht einmal über 20 % der Parlamentssitze, dies wiederholte sich bei den drei folgenden Wahlen. Dies verlangte die Bildung einer komplexen Regierungskoalition, mit Parteien der politischen Mitte und sogar einigen rechtsgerichteten. Lula bildete eine Regierung, die kaum die Interessen wichtiger Klassen tangierte: Finanzkapital, Autoindustrie und Agrobusiness. Geleitet allerdings mit seinem Charisma und seiner große Sensibilität für die größte Herausforderung der brasilianischen Gesellschaft: die Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten und des Hungers. In zwei Regierungsperioden konnte Lula bedeutende Ergeb-

nisse verzeichnen, dank verschiedener Maßnahmen zur sozialen Inklusion: Programme zum sozialen Wohnungsbau, das Programm „Bolsa Família“ zur Mindestversorgung von extrem armen Familien, Programme zum Universitätszugang benachteiligter Jugendlicher und zur Unterstützung von Kleinbauern, große Infrastrukturprojekte im Bereich von Energie und Straßenbau, die Umleitung des Rio São Francisco zur Bewässerung von endemischen Dürreregionen, die Wiederbelebung und Modernisierung der Hafensstrukturen. Projekte, vor allem im Nordosten, Norden und Mittelwesten, also in Regionen, die traditionell vernachlässigt waren.

„Eine Regierung regiert entweder gestützt auf eine solide parlamentarische Basis oder gestützt auf die gesellschaftliche Macht der organisierten Bürgerbewegungen“, hat kürzlich der Theologe Leonardo Boff geschrieben. Lula hat sich für die erste Alternative entschieden. Er hat sich für den Koalitionspräsidentialismus entschieden. Führungspersonen der sozialen Bewegungen wurden in Regierungsämter berufen, was teilweise zu einer Schwächung der Bewegungen führte.“

Im Grunde hatte Lula keine andere Wahl, als den „Koalitionspräsidentialismus“ zu übernehmen. Er war innerhalb eines konstitutionellen Systems gewählt worden, das – ob es ihm passte oder nicht – eine Regierung in Form des Koalitionspräsidentialismus vorsah. Der Wahlsieg 2002 ging von der gesellschaftlichen Basis aus, war aber in der Zwangsjacke einer konservativen Institutionalität eingeeengt und hatte nicht die Kraft, im Kongress eine stabile Hegemonie zu erreichen.

Die notwendige Selbstkritik

Als die PT 22 Jahre nach ihrer Gründung den Präsidenten stellte, bezog sie ihren Schwung noch immer aus der Anfangserfahrung. Die Aktivist*innen, die von Anfang an dabei waren, gingen durch die beste Schule, die man sich wünschen kann – die Kämpfe des Volkes, welche den Niedergang der Diktatur prägten. Aber die PT hielt es jahrelang für unnötig, Führungskräfte zu schulen und mit ihnen eine der Transformation verpflichtete Perspektive aufzubauen. Sie vernachlässigte die notwendige theoretische Begleitung und eine Verbreiterung der Parteibasis und förderte so die mitreißenden Reden statt deren Inhalte. Es gelang ihr nicht, aus Rebel*innen Revolutionär*innen zu machen. So vergeudete sie einen kostbaren politischen und menschlichen Reichtum, der das Potenzial zur Transformation gehabt hätte.

Schwierig waren zudem die strategischen und taktischen Kompromisse, die aufgrund der Kräfteverteilung gemacht



Dilma & Temer bei der Amtseinführung. Vielleicht hätte die PT bei der Auswahl ihrer Verbündeten vorsichtiger sein sollen?

Foto: José Cruz/Agência Brasil

(CC-BY-3.0-BR)

wurden oder zu denen man gezwungen war. Das am häufigsten angeführte Beispiel ist der „Brief an die Brasilianer“, den Lula während des Wahlkampfes 2002 veröffentlichte und den viele als ein Zugeständnis an die Banker*innen und als Unterwerfung unter die Diktate der globalen Makro-Ökonomie verstanden. Dieser Brief funktionierte, nötiger- oder unnötigerweise, als eine Art Schutzbrief für einen Kandidaten, der dem brasilianischen Finanzsystem unerwünscht war. Diese Geste rechtfertigt sich scheinbar dadurch, dass während Lulas Regierungszeit 36 Millionen Menschen aus dem Elend geholt wurden und durch die Korrekturen an einer so kriminell ungleichen Gesellschaft wie der brasilianischen. Es war ein taktischer Zug, der dem wichtigsten Ziel der PT entsprach: der Aufbau einer Gesellschaft „ohne Ausgebeutete und ohne Ausbeuter“, wie es das Gründungsmanifest festschrieb, natürlich ohne die „Ethik in der Politik“ als Form ihres Handelns zu vernachlässigen. Eine Methode, die sich den oligarchischen Methoden der in Brasilien dominanten politischen Kultur entgegenstellte.

Die linke Kritik gilt zwei Punkten: der Bündnispolitik, die der Koalition von 2002 zum Sieg verhalf und dem Verlust des organischen Kontakts mit der Parteibasis. Ich meine, dass sie getrennt behandelt werden müssen. Die Bündnispolitik, die anerkanntermaßen schwierig war, bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Parteiführung die organische Bande mit der Parteibasis verlieren musste.

Die PT hatte ihre Bündnispolitik 1995 in der Absicht erweitert, Sektoren der politischen Mitte anzuziehen (im Klartext: progressive Sektoren der PMDB), um nach zwei Niederlagen Lulas Wahlsieg zu erreichen. Dies gelang erst 2002 mit einer noch umfangreicheren Koalition: Lula mit José Alencar als Vize – der Metallarbeiter und der erfolgreiche Outsider-Unternehmer eroberten die Sympathien der Brasilianer*innen.

Es muss daran erinnert werden, dass die PT bis 1989 in demselben Maße gewachsen war, wie sich die Basisbewegungen konsolidierten. Mit Beginn der Krise der Regierung Collor, die zur Desorganisation der Wirtschaft und zu Arbeitslosigkeit führte, verloren die Gewerkschafts- und Basisbewegungen an Kraft, die PT aber nicht. Die PT verzeichnete weiterhin Stimmenzuwachs, errang bedeutende Siege bei Kommunal- und Bundesstaatswahlen, und sogar im Abgeordnetenhaus verdoppelte sich die PT-Fraktion praktisch mit jeder neuen Wahl. Dies alles führte zu einer neuen Dynamik in der Partei. Das Zentrum der internen Entscheidungen verschob sich von den demokratisch aufgebauten organischen Strukturen hin zu den Sitzen und Posten der Legislative und Exekutive. Die PT legitierte sich nun durch Wahlerfolge und nicht mehr durch die sozialen Kämpfe ihrer Anfangszeit. Diese Dynamik wuchs und verfestigte sich und zeigt so die Schwäche unserer politischen Prinzipien, denn sie verfiel jenen oligarchischen Praktiken, welche die PT in ihrer Aufbauphase bekämpft hatte. Das politische System, das die PT verändert hatte, als sie begann an Wahlen teilzunehmen, veränderte die Erneuerungspraktik dieser Partei derart, dass sie schließlich so wurde wie die traditionellen Parteien.

Ziviler Ungehorsam

Ich schreibe diese Zeilen 24 Stunden nach der Absetzung der mit 54 Millionen Stimmen gewählten Präsidentin Dilma Rousseff durch einen „Kalten Putsch“.

In dieser Situation der Unsicherheiten ist es unabdingbar, dass die PT, wenn sie denn noch als relevante politische Kraft überleben will, das Wort ergreift, und zwar durch ihre Parteiführung, und eine tief greifende Selbstkritik übt. Es geht nicht um eine öffentliche Beichte nach dem Vorbild urchristlicher Bräuche. Es darf auch nicht nur um eine Bitte um Verzeihung gehen, die normalerweise von Zynismus durchtränkt ist, wenn Institutionen oder Länder sie aussprechen, um einer Formalität wegen eines Verbrechens zu genügen. Vielmehr handelt es sich um eine Entscheidung, wie sie einer heutigen politischen Partei angemessen ist und die praktische Konsequenzen haben muss für die internen Regeln des Funktionierens ihrer Struktur und für ihre Beziehungen zur gesellschaftlichen und politischen Basis, die sie repräsentieren oder erobern will.

Die PT muss den brasilianischen Arbeiter*innen ohne Umschweife sagen: Einige unserer Spitzenpolitiker*innen haben in der Partei ein Mittel zum individuellen gesellschaftlichen Aufstieg gesehen und nicht ein Instrument zur Transformation. Andere haben gemeint, dass wir unsere politische Unabhängigkeit zur Umsetzung unseres Programms garantieren könnten, auch wenn wir unsere Wahlkämpfe von Großunter-

nehmen finanzieren ließen. Und noch andere haben sich die Einstellung der „öffentlichen Meinung“ zu Eigen gemacht, dass die bei unseren Gegner*innen übliche Anwendung von korrupten Mitteln durch höhere Zwecke gerechtfertigt würde. Viele haben geglaubt, dass wir die Erwartungen der unteren Klassen bezüglich der Bekämpfung von Hunger und Elend, von sozialer und regionaler Ungleichheit und die Auseinandersetzung über Werte in der Gesellschaft erfüllen könnten, ohne das kriminelle Monopol der Kommunikationsmittel zu demonstrieren. Und manche haben vertreten, dass es nicht nötig sei, das Wahlsystem durch eine Politik zu verändern, die auf einer ausschließlich öffentlichen Finanzierung der Wahlkämpfe basiert, auf Listenabstimmungen und auf der Abschaffung von proportionalen Koalitionen, weil wir es geschafft hatten, sogar innerhalb eines bekanntermaßen verdorbenen Systems über unsere Gegner*innen zu siegen.

Der PT ist es nicht gelungen, mit ihren aktiven Mitgliedern eine solide sozialistische Kultur zu schaffen. In der Alltagspraxis fielen wir zurück hinter die in den Gründungsdokumenten definierten demokratischen Fortschritte und hinter unsere Statuten, welche die PT zu einem wichtigen Bezugspunkt in Brasiliens politischer Kultur gemacht hatten: das Recht auf Tendenzen, die proportionale Repräsentation der Minderheiten und die Quoten, die in den gewählten Parteidirektionen die Präsenz von Frauen, Jugendlichen und Afrobrasilianer*innen garantierten.

Das alles darf das immense politische und gesellschaftliche Werk, das die Regierungen Lula und Dilma, die PT und ihre Verbündeten geschaffen haben, in seiner Bedeutung nicht schmälern. Die PT braucht die unentbehrlichen Verbündeten, um den Reichtum Brasiliens zu erwirtschaften, und dieselben sicheren Hände, um in den Regierungsinstanzen seine Verteilung zu leiten, damit wir so, mit der unentbehrlichen Teilhabe der gesellschaftlichen Basis, ein Land für alle schaffen.

Die Arbeiterpartei muss jeglichen Rest von Arroganz ablegen und die revolutionäre Demut neu lernen, mit der es ihr gelingen kann, ihre Glaubwürdigkeit wieder herzustellen. Sie muss die Kampagnen des zivilen Ungehorsams anspornen, bis die illegitime, antinationale und antipopuläre Regierung abgesetzt sein wird, die mit dem Putsch des 31. August 2016 an die Macht gekommen ist. ■

* Pedro Tierra (Hamilton Pereira) – Poet, aktives Mitglied der PT seit deren Gründung, Präsident des Kuratoriums der Fundação Perseu Abramo.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Monika Ottermann.

Die aktuelle Diskussion über das Amtsenthebungsverfahren lässt keinen Platz für zwei fundamentale Fragen: Stehen sich hier zwei antagonistische Entwürfe zur Organisation der Gesellschaft gegenüber? Unterscheiden sich die Regierungen von Lula und Dilma in der Praxis entscheidend von der Ära des ehemaligen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (FHC)?

Das Jetzt und das Danach Die Krise unter der Oberfläche

von Chico Alencar*

Es besteht die Gefahr, dass die leidenschaftliche Debatte über das Amtsenthebungsverfahren das wesentliche Thema unterbindet. Um die aktuelle Krise - aus der Perspektive einer transformierten Zukunft - mit einer gewissen Tiefe zu analysieren, muss man sich von der Vereinfachung lösen, die Welt in Gut und Böse einzuteilen.

Der Aufschrei allein schafft keine Überzeugung. Ohne Zweifel sind Parolen erforderlich um eine Masse anzufeuern, doch erklären diese nicht viel. Zum Verständnis der aktuellen Krise gehört die Analyse beider Seiten: Die Sicht der suspendierten Präsidentin Dilma Rousseff (PT) muss genauso einbezogen werden wie die ihres Kontrahenten Michel Temer (PMDB). Jedoch sind auch diese beiden Ansätze unzureichend.

Machtkampf

Zweifellos waren die Sozialprogramme und die Initiativen zur Steigerung des Inlandskonsums kennzeichnend für die Zeit des Ex-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (PT). Gleichwohl gab es Unterschiede in der Führung. Cardoso (PSDB) schaffte es zu Amtszeiten, die Inflation zu kontrollieren und Privatisierungen voranzutreiben; wogegen Lula (und auch Dilma im engeren Sinne) auf die „Unterschicht“ achteten, indem sie Politik für den marginalisierten Sektor machten, ohne die „Oberschicht“ zu beeinflussen. Somit ist die Amtszeit Lulas durch das Großkapital gekennzeichnet, obwohl man dies offensichtlich eher mit der PSDB in Verbindung bringt. Auf jeden Fall zog das Finanzkapital - vor allem die großen Banken - außergewöhnlich hohen Nutzen aus beiden Epochen. Wenigstens wurde eine Steuerreform realisiert, die Finanzvorgänge, Vermögen und Erbschaften der Reichsten erfasst.

Auf politischer Ebene entstand jedoch keine tiefgreifende Reform seit der Verabschiedung der Verfassung. Bürgerbewe-

gungen entwickelten in den 1980er Jahren die „Neue Republik“. Allerdings sind auch in ihr - trotz der Prinzipien einer partizipatorischen Demokratie auf den Grundlagen der Magna Carta - Patrimonialismus und Klientelismus verankert, was politische Weiterentwicklung erschwert.

Abspaltungen sind in Brasilien ein weitverbreitetes Phänomen. So entstand 1988 aus der PMDB die PSDB, um politisch wirksam zu bleiben. Selbst die Arbeiterpartei PT - die gegründet worden war um eine neue Richtung in der Brasilianischen Politik zu finden - schaffte es nicht, die Regierung zu verändern. Ganz im Gegenteil: Die PT passte sich dem System - inklusive korrupter Strukturen - an.

Die Entlassung Dilmas wird von einem sozialen und politischen Block angeführt, der sie noch vor kurzem unterstützt hatte. Es ist ein Machtkampf, um den Staat und die öffentlichen Finanzmittel zu kontrollieren, ohne jegliche Änderung in der Struktur herbeizuführen. Michel Temer und seine Anhänger verfolgen eine regressive Tagesordnung offensichtlichen Misserfolgs.

Die Wirtschaft ist schuld, Dummkopf!

Das Amtsenthebungsverfahren würde keine Wirkung zeigen, wenn es Inflation (10,5%) und Arbeitslosigkeit (9,5%) nicht gäbe und wenn Arbeitnehmer*innen - hauptsächlich aus dem industriellen Sektor (8,5%) - nicht entlassen und Sozialprogramme nicht gekürzt würden. Etwa jeder fünfte Jugendliche in Brasilien, zwischen 18 und 24 Jahren ist arbeitslos. Daten von Pnad/IBGE zeigen, dass Arbeiter*innenlöhne im Jahr 2015 um 3,2% gesunken und die soziale Ungleichheit, die sich Stück für Stück seit 2000 eigentlich verbessert hatte, wieder um 3,7% gestiegen ist. Der durchschnittliche Verlust der Gewinne von staatseigenen Unternehmen belief sich auf 13% im Vorjahr. Im Hinterkopf sollte man dabei haben, dass der Außenhandel unserer freien Marktwirtschaft anfällig gegenüber Weltmarktschwankungen ist. Besonders die Senkung von Rohstoffpreisen hat einen starken Einfluss auf die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft.

Auch in der Bewältigung dieser Krise ähneln sich die Vorschläge von Dilma und Temer. Nicht zufällig haben die beiden mit Delfim Netto den gleichen Hauptberater: Senkung der öffentlichen Ausgaben und Beibehaltung der weltweit führenden Zinssätze, einschließlich für die Verbraucher*in, die bei Abzahlung den Kurs mit 2,4 multipliziert. Abbau von Arbeiter*innenrechten, da Gewinnmaximierung vor der Einhaltung von Gesetzen steht - und zuletzt eine verfassungsrechtliche Fixierung des Budgets für Bildung und Gesundheit. Auch eine vollständige Privatisierung ist noch immer möglich.

Michel Temer treibt liberale Konzepte auf die Spitze: Gewalt-same „Übereinkommen“, eine totale Autonomie der Zentral-bank und die Aufhebung des Mindestlohns. Roberto Leher, Direktor der Universität Universidade Federal do Rio de Janeiro nennt dies „eine Haushaltsanpassung griechischen Ausma-ßes“.

Gewählte Betrügereien

Gestehen wir uns ein: Die beiden Parteien, die in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2014 gegeneinander an-traten (PT und PSDB) belügen uns. Dilma, indem sie ihre Vor-schläge aus dem ersten Jahr ihrer zweiten Amtszeit leugnet. Jene weisen viele Ähnlichkeiten zu den Idealen ihres Kontra-hentens, Aécio Neves aus der PSDB, auf. Denken Sie daran, dass Joaquim Levys - Brasiliens ehemaliger Finanzminister - Wirt-schaftsberater der PSDB gewesen ist und aus dem Bereich der Privatbanken kommt. Andererseits stehen einige Ziele starken Protesten gegenüber. Im Kongress kamen lediglich die Projek-te zur Sprache, die im Rahmen zur Reduzierung öffentlicher Ausgaben bleiben und die zudem, für die Arbeitnehmer*innen nur unmittelbare Konsequenzen haben. Der Widerstand kommt u.a. ausgerechnet von der PSDB, die in ihrer Kampagne genau diese Maßnahmen verteidigt.

Andere Ähnlichkeiten, und dies ist die Basis der betrügeri-schen Kampagnen, sind millionenschwere Finanzierungen durch Firmen, die bei Auseinandersetzungen immer profitier-ten.

Die Operation „Lava Jato“ hat einen enormen Vorteil: Zum er-sten Mal in der Geschichte wird das Zusammenspiel zwischen großen korrupten Firmen und korrupten politischen Parteien bloßgelegt. Zum ersten Mal gehen die bislang unantastbaren „weißen Kragen“ ins Gefängnis. Die berühmte Liste von Ode-brecht, die Richter Sérgio Moro geheim zu halten versuchte, betraf praktisch alle Parteien. Nicht weniger als 316 Personen des öffentlichen Lebens mussten sich wegen legaler und ver-steckter Wahlkampfspenden erklären. Dieser Prozess dauert drei Jahrzehnte!

Unter allen in der Operation „Lava Jato“ beteiligten politischen Figuren ist Dilma diejenige, die am wenigsten erwähnt wird. Zwei Gefahren umkreisen dennoch die Operation „Lava-Jato“: Aussagen von mächtigen Angeklagten könnten auch andere Parteien in ähnliche Probleme bringen wie die PT. Eine weite-re Gefahr liegt in der Heilserwartung der Unterstützer*innen von Richter Sergio Moro, die durch eine sensationsgierige Presse geschürt wird. (Moro hatte vertrauliche Daten der Presse zugespielt, A.d.R.) Der oberste Richter des Brasiliani-schen Obersten Gerichtshof (STF), Teori Zavascki, betont: „Diese sich wiederholenden illegalen Tätigkeiten verursachen,

dass wichtige Untersuchungen behindert werden.“ Er benennt die Operation „Castelo de Areia e Satiagraha“ als Beispiel. Die renommierten Anwälte Tales Castelo Branco und Fernando Castelo Branco machen in einem Artikel der brasilianischen Zeitung Folha de S.Paulo vom 23. März 2014 auf die Problema-tik wie folgt aufmerksam: „Die korrekte Strafverfolgung, ei-nem angemessenen, legalen Prozess folgend, kann nicht auf rechtswidrigen Maßnahmen beruhen. Macht sollte nicht ange-wandt werden, nur um einen kleinen Teil der öffentlichen Meinung zu befriedigen. Hier kann kaum von konstitutionel-len Vorschriften und Demokratie gesprochen werden.“

Historische Korruption

In unserer Klassengesellschaft ist Korruption kein Einzelfall. Die Gesellschaft ist festgefahren, seit 1500 geprägt von ge-waltsamen Eroberern, der Vertreibung von Einheimischen, Sklaverei von Schwarzen und extremer Konzentration von Reichtum. Der Patriarchalismus prägt das System und führt zum Werteverlust. Diese Auffassung unterstreicht das Sprich-wort: „Wer ein bisschen stiehlt ist ein Dieb, wer viel stiehlt ist ein Baron.“

Viele Politiker*innen der ganzen Welt besitzen Offshore-Kon-ten, mit denen sie in versteckten und steinreichen internatio-nalen Systemen operieren. In den *Panama Papers* werden diese Systeme enthüllt. Die Namen reichen von Vladimir Putin bis Eduardo Cunha.

Die Parteizentrale der großen Wirtschaftsgruppen und Kon-sortien haben gegenüber der Regierung das Sagen. Überall sit-zen Anteilsnehmer*innen des *Propinoduto*-Skandals. Sie genießen die Unterstützung derer, die an die Macht kommen. Und dort sitzt das große Geld. All diese Unterschlagungen, vergrößern den Reichtum einzelner Individuen. Am Ende ist das Fleisch immer schwach...

Wir brauchen eine positive Vision für die Zukunft

Der Sturz der Präsidentin wurde von einem fragwürdigen Kongress angestiftet, damit ihr Vize ihre Stelle übernimmt. Er kann keine inhaltliche Veränderung des Problems bedeuten. Besser gesagt wird der Sturz in einigen Aspekten einen Rück-schritt darstellen. Das Amtsenthebungsverfahren ist ein lega-les Instrument, welches aber unrechtmäßig benutzt wird. Der Interessenskonflikt um die Amtsenthebung beeinflusst die Wirkung des Verfahrens. Es handelt sich um einen Pakt zwi-schen der Elite aus Politik und Wirtschaft, für die Dilma nicht mehr gewinnbringend ist. Es reicht nicht nur „Nein“ zu den Vorkommnissen und den Verantwortlichen zu sagen. Es ist nötig, dieses System anzuprangern. Und es muss wahrhaftig an Veränderungen gearbeitet werden, doch das aktuelle Kräf-

teverhältnis zeigt, dass dieser Wandel nicht so einfach herbeizuführen ist. Allerdings muss jeder Akt, der diesen Betrug unterstützt, unter Strafe gestellt werden. Diejenigen, die - mit verständlicher Empörung - diesen Machtmissbrauch beklagen, sollen nicht noch einmal betrogen werden. Wir dürfen keine Debatte über eine alternative Zukunft unterbinden. Ob nun Dilma oder Temer: Die Problematik wird weiterhin bestehen bleiben. Der sofortige Rücktritt von Dilma und Temer würde in Neuwahlen resultieren, die ohne den Einfluss Cunhas organisiert werden würden. Das würde noch einmal 90 Tage dauern. Dies schlägt die Zeitung „Folha de S.

Paulo“ auf der Titelseite der Ausgabe vom 3. April 2016 vor. Aber dies erfordert eine persönliche Geste des Loslassens von dem Einen oder der Anderen.

Alles was in Erwägung gezogen wurde - einschließlich der Wahlen - erfordert Verfassungsänderungen, welche der aktuelle Nationalkongress nicht zulässt, zumal wir nicht rebellieren. Ebenfalls ausschlaggebend sind die Wahlen des Jahres 2014, sowie die Kongressabgeordneten, die die Macht ihrer Mandate niemals abgeben werden. Dennoch ist die Forderung nach eine politische Methode, diesen festgefahrenen Zustand langsam in Bewegung zu bringen. Wir dürfen nicht aufgeben dies zu wagen. Ohne zu vergessen, dass Geduld manchmal eine revolutionäre Tugend ist: „Hetzen Sie nicht, denn nichts ist für immer“ (Chico Buarque). Es muss immer wieder betont werden, dass Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie maßgeblich für eine zukunftsgerichtete Perspektive dieses Landes sind. Dazu sind eine progressive Steuerreform und ein Umschwung in eine demokratische Politik erforderlich. Überdies muss es zur Bildung eines neuen wirtschaftlichen Modells kommen, welches uns von der Abhängigkeit vom freien Markt befreit, in der wir uns befinden.

All dies muss in öffentlichen Foren erfolgen; ohne die alten Gräben und Gewohnheiten der Linken. Es sollten sich zukunftsweisende Kräfte versammeln, Bürgerinitiativen mit neuen Richtlinien sollten willig sein die letzte Seite dieses abgekämpften Prozesses umzublättern.

Letzten Endes müssen wir die eigene sozialistische Ideologie



Dilma Rousseff und Michel Temer während der Präsentation eines Investitionsprogrammes für elektrische Energie im August des vergangenen Jahres.

Foto: Lula Marques/ Agência PT

(CC BY-NC 2.0)

neu deuten. Dies benötigt heute die Einbindung von Umweltschutz und eine radikale Demokratisierung aller gesellschaftlicher Beziehungen. Es drängt nach einer neuen Art und Weise, die Natur mit einzubeziehen. Das heißt Innovation im Umgang mit Produktion, Konsum und Wiederverwertung.

Ein Regierungswechsel allein ändert die Realität nicht. Der Kampf ist lang: Fangen wir an! ■

* Chico Alencar ist Professor für Geschichte und Mitglied des Nationalkongresses (Psol-RJ).

+ Der Artikel wurde in Kollaboration mit dem Team des Mandats verfasst.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Katharina Agenar.

In den letzten beiden Jahren war die Warnung vor der sich abzeichnenden „konservativen Welle“ die größte Sorge der brasilianischen Linken. Die digitalen Netzwerke werden noch immer mit der drohenden Verwässerung festgeschriebener Grundrechte überflutet, absurden Äußerungen von reaktionären Parlamentarier*innen sowie bizarren Gesetzesentwürfe, die offensichtlich die freien Meinungsäußerung und den Pluralismus behindern. Als eindeutiges Beispiel dafür lässt sich aktuell der Gesetzesentwurf „*Escola sem Partido*“ (Schule ohne Partei) anführen, der initiiert wurde, um jegliche kritische Auseinandersetzung im Schulunterricht mit dem fadenscheinigen Argument zu unterbinden, dass dies einer Indoktrination der Schüler*innen gleichkommen würde. Als jüngst der Moderator einer Fernsehsendung vom Interviewten, dem Philosoph Vladimir Safatle wissen wollte, woher die plötzliche Popularität des rechten Spektrums komme, antwortete dieser wie folgt: „Konservative Themen haben schon immer viele Menschen mobilisiert, zum Beispiel auch beim Putsch im Jahre 1964. Die zentrale Frage ist jedoch, warum es die Linke nicht mehr schafft, die Massen zu mobilisieren.“

Selbsterstörung der Arbeiterpartei in Brasilien

von Moysés Pinto Neto*

Auf eine gewisse Art und Weise steht der Moment in dem wir leben, nicht nur für eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich auf der ganzen Welt ausbreitet und Demagogen wie Donald Trump hervorbringt oder Entscheidungen wie den Brexit herbeiführt. Insbesondere in Lateinamerika sehen wir uns vielmehr mit der Unfähigkeit und der strukturellen Krise der Linken konfrontiert, in konsistenter Form auf reaktionäre Diskurse zu reagieren, die sowohl Minderheiten angreifen, als auch die Perspektiven auf eine soziale Transformation im Einklang mit marktwirtschaftlichen Elementen bedrohen.

In Brasilien ist dieser Prozess in den vergangenen zwanzig Jahren eng mit der Entwicklung der Arbeiterpartei (PT) verwoben. Geboren aus einer Allianz zwischen einer neuen Gewerkschaftsbewegung, der Landpastorale und den akademischen Intellektuellen – in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen wie der Landlosenbewegung (MST) oder der Schwarzen-Bewegung – hat es die PT

geschafft, ein Handlungssystem zu entwickeln, das dem Modell von Podemos in Spanien – eine sogenannte „Bewegungspartei“ – sehr nahe steht. Als die PT dann Ende der 1980er Jahre in einigen Metropolen das Bürgermeisteramt übernahm, hat sie eine radikale Demokratisierung der öffentlichen Hand vorangetrieben, die sowohl das autoritäre und technokratische Modell der Militärdiktatur als auch die spätere plutokratische und neoliberale Alternative auf den Kopf stellte. Der Bürgerhaushalt ist das bekannteste Beispiel für diese Politik.

In den 1990er Jahren haben die sukzessiven Niederlagen im Kampf um die Präsidentschaft und die damit verbundenen Machtkämpfe die Partei nachhaltig verändert. Anfängliche basisdemokratische Charakterzüge vermischten sich langsam mit Bestrebungen, die eine pragmatische Vertikalisierung und Zentralisierung der Strukturen forderten. Diese Ambivalenz war das Hauptmerkmal des sogenannten Lulismo: Dabei ging es in erster Linie darum, diese in den Staatsapparat zu tragen und zu neutralisieren, und gleichzeitig mit den nationalen Oligarchen sowie den oppositionellen Widerstandsbewegungen zu kooperieren. Für viele war und ist dieser Ausgleich zwischen den Klassen der Verrat gewesen,

der das linke Projekt zum Einsturz gebracht hat. Zugegebenermaßen hat diese seltsame Strategie bis zu einem gewissen Punkt funktioniert. Die angestoßenen Sozialpolitiken haben tatsächlich Synergieeffekte hervorgerufen, die die marginalisierten Sektoren der brasilianischen Gesellschaft mobilisieren konnten. Dadurch konnte der Lulismo, selbst durch einen

konservativen Pakt gestützt, das „Projekt Brasilien“ ausweiten. Für viele hat Lula die Gunst der Stunde und die Zustimmung der politischen Mitte genutzt, um die PT weiter zu stärken. Dies hätte jedoch mit einem alternativen Entwicklungsmodell einhergehen müssen, das nicht nur auf der stumpfen Vertiefung des Kapitalismus und der Konsumgesellschaft basiert.

Die improvisierte Struktur mit Schmiergeldzahlungen (*Mensalão*) und die Kooptierung mit dem Finanzmarkt – durch die Einsetzung von emblematischen linken Persönlichkeiten in anderen Ministerien – brachte das Beste aus allen Welten für die PT hervor: Auf der einen Seite konnte die PT das rechte Spektrum – die Verbindungen zu Chavez und dem Bolivarianismus skandalisierten – als Paranoid bezeichnen, indem sie die Ordnung aufrechterhielt und eine moderne und kompromissbereite Linie als Zeichen einer moderaten Politik fuhr, auf der anderen Seite mobilisierte sie die Gesellschaft von unten nach oben, indem

sie mit dem charismatischen Präsidenten Lula eine Galionsfigur schuf, mit dem sich auch die „kleinen Leute“ – die täglich in einem Land voller Ungleichheiten um ihren Lebensunterhalt kämpfen - identifizieren konnten.

Die technokratische Regierung von Dilma Rousseff beschränkte das Projekt und beseitigte die Ambivalenzen des Lulismo. Während Lula die Antagonismen im Spiel hielt, hat Dilma praktisch alle Plätze der Oligarchie übertragen, um im Kern ihre wirtschaftspolitische Entwicklungspolitik zu verteidigen. Das Projekt der PT wurde eindimensional und inszenierte sich als vertikal organisierter Global Player im BRICS-Verbund. Als im Juni 2013, im globalen Kontext der Post-2011 Bewegungen, sich die Straßen mit Protestierenden füllten, die gegen eine von oben verordnete Urbanisierung und die Preisanstiege im öffentlichen Nahverkehr demonstrierten, wurde die Spaltung der Arbeiterpartei und der sozialen Bewegungen deutlich. Regierungstreue Gruppen stellten sich gegen die sozialen Bewegungen und verteidigten die Repression des Staatsapparates. Die PT stellte sich als Ordnungsmacht dar und schloss die Reihen der politischen Klasse in der Verteidigung gegen die Straßenproteste. Nicht einmal die riesigen Mobilisierungen waren in der Lage, die PT zu einem Bruch mit der Oligarchie zu bewegen.

Im Wahlkampf 2014 mobilisierte die PT zum letzten Mal die verbleibenden Anhänger*innen. Angesichts eines möglichen Wahlsiegs von Aécio Neves remobilisierte sich die Basis und unterstützte kritisch die Kampagne der PT, in der Hoffnung, dass die PT mit dem bestehenden Entwicklungsmodell brechen und die alten Eliten konfrontieren würde. Links zu wählen wurde zu einer Moralfrage. Auf die Mobilisierung folgte eine Regierung, die sofort den Austeritätsdiskurs annahm und konservative Minister ernannte. Diese Episode wird offen als „Betrug an der Wählerschaft“ bezeichnet. Die letzte Chance auf strukturelle Veränderungen nach 2008, 2010 und 2013 – als die Zustimmungswerte noch hoch waren und die Gesellschaft Veränderungen einforderte – wurde vergeben. Folglich spitzt sich die politische Krise weiter zu.

Die Ambivalenz, die vorher die Regierung gestützt hatte, wurde nun giftig. Die Zugeständnisse an die Oligarchie halfen der Regierung nicht mehr, weil sich gleichzeitig der Diskurs an der Basis immer weiter nach links verschob. Auch wenn die PT-Bewegung sich über 12 Jahre in weite Teile der



Lula bei der Abstimmung über das Impeachment im Senat • 29/08/2016 • Brasília - DF

Foto: Mídia NINJA

(CC BY-SA 2.0)

Bevölkerung ausgebreitet hat, wurde sie immer undurchlässiger in ihrem Zentrum. Das erlaubte es wiederum konservativen Sektoren sich der Mitte anzunähern, indem sie durch eine Anti-Korruptionskampagne Empörung provozierten. Gleichzeitig sah sich die PT-Bewegung immer weiter paralysiert, weil sie in ihrer politischen Praxis konservative Entscheidungen fällte und damit die Bewegung verleugnete. Die Bedingungen für den Untergang der PT in der politischen Krise waren damit gegeben: Der Oligarchie immer weiter nachgeben ohne dafür wirkliche Loyalität zu bekommen und gleichzeitig radikalisierte sich die Linke durch widersprüchliches Regierungshandeln. Die Linke, gespalten in kritischer Unterstützung und Opposition zur PT, war unfähig das „Unverteidigbare“ zu verteidigen und verlor die Mehrheit auf den Straßen an die Rechten. Die Partei verlor an beiden Seiten: Der bewegungsaffine Teil der Partei konnte sich aufgrund des Widerspruchs zwischen Diskurs und realen Maßnahmen nicht halten, sodass der opportunistische Teil der

Partei das sinkende Schiff verließ, um nicht selbst in dem Strudel unterzugehen. In einer Autoimmunstrategie zersetzte sich die PT von innen und hinterlässt eine gestärkte Oligarchie sowie starke neokonservative Bewegungen, während die linke Politik geschwächt und verwässert wurde.

Diese Unklarheit setzt sich bis heute fort. Während der militante Teil der Bewegung von einem Staatsstreich spricht, reorganisiert die Parteiführung bereits ihre Strategie indem sie ihren Diskurs mäßigt, um den Boden für künftige Kooperationen zu bereiten. Damit macht sie eine glaubwürdige Verurteilung des Staatsstreichs unmöglich. Angesichts dieser Spaltung bleibt die Linke paralysiert. Die PT kann eher bei der bürokratisierten PSOE als bei Podemos verortet werden. Sie versucht aber gleichzeitig den Platz von beiden – trotz aller Widersprüche – auf nationaler Ebene einzunehmen. In einem Moment der breiten Delegitimierung des politischen Systems liegen keine Vorschläge auf dem Tisch. Stattdessen wird eine künstliche Polarisierung gefördert, die nichts mit der konkreten Art und Weise zu tun hat, wie politische Entscheidungen gefällt werden. Der politische Dissens wird auf eine oberflächliche Identität ohne Inhalt reduziert.

Was bleibt, ist die autonome Linke, die seit 2013 mit Besetzungen und Strategien auf lokaler Ebene mit dem desolaten Status quo zu brechen versucht. Solange die PT in ihrer ambivalenten Position verharret, besetzt sie den Raum auf beiden Seiten und verhindert damit die Etablierung neuer politischen Kräfte, während sie gleichzeitig die Delegitimierung der Politik befördert. Um wieder aufzuerstehen, muss die brasilianische Linke für eine neue Republik kämpfen und mit den Übereinkünften brechen, die die PT in den letzten 15 Jahren an der Macht gehalten hatte. Der Bruch mit alten Symbolen fordert den Mut zur Wahrheit. Die autonome Linke, die heute schon eine mächtige Kraft auf der nationalen Bühne darstellt, muss sich dieser Herausforderung – wie auch den anderen Dilemmata und Problemen – stellen, die im Rest der Welt aktuell diskutiert werden. ■

* Moysés Pinto Neto ist Professor an der Universidade Luterana do Brasil (ULBRA) und seit 2002 Blogger.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Fabian Kern.

In Anlehnung an den brasilianischen Konstitutionalismus sollen hier einige Verwicklungen rund um das Amtsenthebungsverfahren präsentiert werden. Vorausgesetzt es wird verfassungsgemäß angewendet, könnte dieses Verfahren einen Beitrag zur Verbesserung der Demokratie Brasiliens leisten. Die missbräuchliche Anwendung des Verfahrens stellt allerdings eine schwere Verfassungsübertretung sowie eine erhebliche Missachtung, der durch Wahlen legitimierten Volkssouveränität dar. Die bleibende und wichtigste Frage im Kontext dieses Prozesses oder eines beliebigen rechtspolitischen Instrumentes ist: Wird das Instrument durch die gesetzgebende Gewalt zur Stärkung des Verfassungsgebäudes eingesetzt oder figuriert es lediglich als Ruptur mit dem demokratischen Rechtsstaat? Einem Staat, in dem der verschleierte und noch existente autoritäre Habitus trotz des der Verfassung 1988 angestrebten Paradigmenwechsels erneut ersichtlich wird.

Rechtliche Überlegungen zum Impeachment

von Alexandre Gustavo Melo Franco de Moraes Bahia, Diogo Bacha e Silva und Marcelo Andrade Cattoni de Oliveira*

Die Eröffnung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Rousseff im Jahre 2015, die Einleitung und legislative Zulässigkeit eben dieser Praktik durch das brasilianische Abgeordnetenhaus, Rousseffs vorläufige Suspendierung und Absetzung durch den Senat sowie der ständigen Interventionen des Obersten Bundesgerichtes, veranschaulichen die dringende Notwendigkeit der vertieften Auseinandersetzung mit dem Instrument der Amtsenthebung. Die positivistische Idee der Verfassung, mit der staatlichen Akteuren große Interpretationsspielräume eingeräumt werden, muss überwunden werden. Diese äußern sich sowohl in der "Privatisierung der Verfassung" durch den Kongress, als auch in der Nutzung des fadenscheinigen Arguments der "*interna corporis*" oder auch durch die Rechtfertigung seitens des Obersten Gerichtshofes als einzigem Mittler. Dies setzt voraus, dass das Volk als essentieller Bestandteil der verfassungsrechtlichen Legitimität des Amtsenthebungsverfahrens betrachtet wird; eine breite und offene Vorstellung des konstitutionellen Subjektes eingeschossen. Als Teil dieses konstitutionellen Subjektes sollten die Bürger*innen ebenso



"Ato Fora Temer": Proteste gegen die Übergangsregierung.
Foto: Caco Argemi/Mídia NINJA (CC BY-SA 2.0)



als Akteure auftreten, die die demokratische Legalität konstruieren oder dekonstruieren können. Dies entspräche dem zukunftsgerichteten Gedanken des sozialen Lernens, der sowohl Fortschritte als auch Rückschritte macht.

Als höchster und sensibelster normativer Akt ist das Impeachment-Verfahren in der amerikanischen Verfassung strengen, rechtlichen Normen unterworfen. Auch wenn es sich hierbei um ein politisches Instrument handelt, heißt es nicht, dass dieses ausschließlich und primär vom politischen Subsystem determiniert wird. Im Luhmannschen Sinne ist das politische System durch die Verfassung strukturell gekoppelt. Hier kann das Recht die Politik rechtlich, und die Politik das Recht politisch beobachten.

In dem Augenblick, in dem die Verfassung das Verfahren festlegt und regelt, hat die Frage, ob es ein exklusives politisches Instrument darstellt, keine Relevanz mehr. Denn auch im Amtsenthebungsverfahren werden die individuellen Rechte und Garantien vorrangig ins Kalkül mit einbezogen. Aus diesem Grund machten die amerikanischen Revolutionäre das Impeachment-Verfahren vom Nachweis schwerer Delikte (*high crimes or misdemeanors*) abhängig. Ein in der amerikanischen Verfassung verankerter Abschnitt besagt, dass ausschließlich dem Senat die Aburteilung von „Verantwortungsverbrechen“ zusteht. Es gab diesbezüglich jedoch keinen juristischen Versuch, die Grenzen des Amtsenthebungsverfahrens zu definieren. Daher wurde dieses Thema dem Bereich der „political question doctrine“ zugewiesen, wonach höheren Gerichten die

Möglichkeit eingeräumt wird, Sachverhalte mit der Begründung zurückzuweisen, sie seien zu sehr politisch aufgeladen. Die Inexistenz des „*Judicial Review*“ ist jedoch keine Lizenz des Kongresses, die Grenzen der Verfassungsvorschriften und damit einhergehende Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens zu ignorieren.

In Abgrenzung zum konstruktiven Misstrauensvotum und zum politischen „Recall“ ist das Amtsenthebungsverfahren im Wesentlichen ein rechtlich gestütztes Instrument. Mit dem Präsidialsystem gewinnt es an Konturen, sodass dessen Grundsätze folglich von der Verfassung definiert werden. Jede durch das präsidiale Regierungssystem organisierte Demokratie ist durch die Existenz des Instruments der Amtsenthebung gekennzeichnet. Das Amtsenthebungsverfahren ist somit in erster Linie ein Schutzmechanismus des politischen Systems vor sich selbst. Im Zentrum steht die rechtliche und politische Zuteilung von Verantwortung an Amtsträger*innen, die gegen bestimmte Rechtsordnungen und die Verfassung verstoßen haben. Im Präsidialsystem erfüllt das Amtsenthebungsverfahren nicht die gleiche Funktion wie das konstruktive Misstrauensvotum in parlamentarischen (oder semi-präsidentiellen) Systemen. Ebenso wenig ähnelt es dem politischen „Recall“, der den Mechanismus der Abwahl legislativer Mandatsträger*innen vorsieht. Auch wenn die Verantwortlich- und Haftbarmachung im Amtsenthebungsverfahren politischer Natur ist, müssen die verfahrensgemäß nachzugehenden Delikte durch die Verfassung zuvor typisiert und gesetzlich vorgese-



hen sein. Auch wenn dem Verfahren von den in der Verfassung zuständigen Instanzen stattgegeben wird, bedeutet dies nicht, dass die Rechtssicherheit relativiert werden darf.

Sobald das Instrument der Amtsenthebung in das republikanische Präsidentsystem aufgenommen wird, gilt es zu typisieren, welche Handlungen zur Amtsenthebung des Präsidenten oder der Präsidentin als Regierungschef*in führen können. Dies verleiht dem Regierungssystem im Gegenzug mehr Sicherheit. Demgemäß wird die Notwendigkeit der Typisierung der möglichen „Verantwortungsverbrechen“, wie sie in der brasilianischen Verfassung in Art. 85 definiert werden, von fundamentaler Relevanz.

Die brasilianische Verfassung definiert in Art. 85 die Voraussetzungen für eine Amtsenthebung der/s Präsident*in. Diese werden im Gesetz (Lei 1.079/1950) reglementiert. Der Erlass geht zum Teil auf die Verfassung von 1988 sowie auf die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes (STF) zurück. Er wurde im Zuge von Collors Amtsenthebungsverfahren im Rahmen der Feststellung der Nichterfüllung einer fundamentalen Vorschrift (Nr. 378) reformiert. Exemplarisch lässt sich in diesem Kontext die Leitsatzbindung Nr. 46 zitieren, die u.a. Folgendem entspricht: Die Definition von sogenannten „Verantwortungsverbrechen“ und von Prozess- und Urteilstandards unterliegen ausschließlich der legislativen Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene.

Aufgrund dessen scheint gewiss, dass das Amtsenthebungsverfahren ein Schutzmechanismus der Verfassung gegen illegale Handlungen hochrangiger Amtsträger*innen ist. Somit ist das Instrument von unschätzbbarer Bedeutung für das Präsidentsystem. In seiner rechtlichen Natur ist es in der Lage, Bürger*innen und das eigene Verfassungssystem vor Aggressionen derjenigen abzusichern, die das Verfassungsprojekt in seiner Gesamtheit ursprünglich schützen sollte.

Es wird kritisiert, wie der Berichtstatter des Sondersenausschusses (Senator Antonio Anastasia (PSDB-MG)) einen Textauszug (in Zusammenarbeit mit Prof. Lenio L. Streck), mit Kommentaren zu der Verfassung von 1988 in seinem Abschlussbericht verwendete. Aus diesem ging offiziell die Empfehlung hervor, das Verfahren zu eröffnen.

Anastasia trug dem ganzheitlichen Text nur unzureichend Rechnung. Die explizite Festlegung und Typisierung von möglichen „Verantwortungsverbrechen“ ist eine konstitutionelle Anforderung. Die Typisierung „Verantwortungsverbrechen“ wird bereits durch Gesetz Lei 1.079/1950 geregelt. Entgegen Anastasias Annahme, enthält dieses keinen bloßen illustrativen Charakter. In diesem Falle würde sich das Amtsenthebungsverfahren in etwas verwandeln, das völlig den festgeschriebenen Anforderungen eines rechtstaatlichen und

demokratischen Staates entgegensteht.

Ungeachtet welchen Ausgang das jetzige Amtsenthebungsverfahren nimmt, muss herausgestellt werden, dass die Existenz einer „Verantwortungsverbrechen“ von einer legalen und festgeschriebenen Typisierung abhängt. Brasilien hat ein präsidentielles Regierungssystem, sodass der/die Staatschef*in sich nicht per Misstrauensvotum wie ein/e Regierungschef*in in europäischen parlamentarischen Systemen kippen lässt. Die republikanischen Institutionen müssen gemäß dem Verfassungsprojekt handeln. Im gegenteiligen Fall befände sich der Staat im Ausnahmezustand. Hier besitzt die Achtung vor dem präsidentialen Regierungssystem, wie es seit 1891 zu unserer Verfassungsidentität gehört, enorme Relevanz.

Aber was verleiht dem Amtsenthebungsverfahren demokratische Legitimität? Die Einhaltung der Grundrechte sowie ein ordnungsgemäßes Verfahren? Oder ist es die Widersprüchlichkeit, die Rechtsverteidigung, die Legalität etc. Die genannten Aspekte ermöglichen die Garantie des Rechts auf Verteidigung. Dies gilt auch für eine/n demokratisch gewählte/n Präsident*in, der/die die Möglichkeit erhalten muss, sich gegen einen Strafvorwurf effektiv zu verteidigen. Im Fokus steht nicht nur der mögliche Verlust des Amtes und des passiven Wahlrechts, sondern auch das Ergebnis des Prozesses kann legitimitäts- und korrekturspezifische Effekte gegenüber den wahlberechtigten Bürger*innen erzeugen. Das Amtsenthebungsverfahren darf schließlich nicht auf dem bloßen Ausdruck eines oppositionellen „privatisierten“ Willens einer möglichen Kongressmehrheit reduziert werden. Die verbundenen Risiken, auch hinsichtlich der Dynamik der politischen Repräsentation, dürfen nicht unterschätzt werden. ■

* Alexandre Gustavo Melo Franco de Moraes Bahia ist Professor für Rechtswissenschaft mit staatsrechtlichem Schwerpunkt an der Bundesstaatlichen Universität in Ouro Preto (UFOP) und Institut IBMEC

Diogo Bacha e Silva ist Professor für Rechtswissenschaft an der „Faculdade São Lourenço“. Schwerpunkte liegen u.a. bei der verfassungsrechtlichen Jurisprudenz und Öffentlichem Recht.

Marcelo Andrade Cattoni de Oliveira ist Professor für Rechtswissenschaft an der Bundesstaatlichen Universität in Belo Horizonte (UFMG)

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Igor Birindiba Batista.

Anfang September traf ich in der Gemeinschaft Sobrado, im Munizip Rio Pardo im Norden von Minas Gerais, Moises Diaz de Oliveira, den Berater der Landarbeitergewerkschaft STR von Rio Pardo. Dies ereignete sich kurz nach der endgültigen Abwahl von Dilma. Nordminas ist ein Konfliktgebiet, in dem die Gemeinschaften der Geraizeir um die Rückeroberung ihrer Territorien streiten. Die von ihnen genutzten Gebiete wurden seit den 1980er Jahren durch den Bundesstaat Minas Gerais zu symbolischen Preisen an Eukalyptuskonzerne verpachtet, von denen die Gemeinschaften regelrecht eingeschlossen wurden. Eine der wichtigsten Unterstützungsorganisationen in der Region ist die STR, welche zugleich erste Ansprechpartnerin für die Gemeinschaften ist. Drei große Erfolge konnten in der Region Alto Rio Pardo in den letzten beiden Jahren verzeichnet werden: 1.) 2014 wurde das Territorium „*Assentamento Agroextrativista Vereda Funda*“ ausgewiesen und damit die 1998 begonnenen Anstrengungen und Konflikte um die Rückeroberung des Territoriums beendet. Vereda Funda ist die erste Gemeinschaft, der es gelang ihr Territorium von den Eukalyptuskonzernen zurückzuerobern. 2.) wurde 2014 die „*Reserva de Desenvolvimento Sustentável Nascentes Geraizeiras*“ ausgewiesen; ein Naturschutzgebiet mit immerhin 382 km², in dem nachhaltige Nutzung erlaubt ist und somit einen Schutz für eine Reihe von Gemeinschaften in drei Munizipien darstellt, und 3.) 2015, die Ausweisung eines Territoriums für die Gemeinschaft Sobrado, auf Basis eines kommunalen Gesetzes, was ebenfalls ein Novum für Minas Gerais ist. Letzteres kann als Beispiel auf kommunaler Ebene durch die veränderte politische Großwetterlage an Bedeutung gewinnen.

Die Zukunft wird düster sein

von Dieter Gawora*

Durch die Erfolge ist die Region Alto Rio Pardo für die Auseinandersetzungen im Cerrado von großer Bedeutung. Trotzdem bleibt die Situation kritisch. Die Gemeinschaft Raiz hatte z.B. nach einem erfolgreichen „*empate*“ - einer Blockierung von Abholzungsbulldozern im Jahr 2009 - sechs Jahre Ruhe. Vor einigen Monaten begann ein Eukalyptuskonzern jedoch erneut mit Abholzung und Holzkohleproduktion, verbunden mit offenen und subtilen Drohungen gegen Gemeinschaftsmitglieder. Bedrohungen sind latent und belasten die Gemeinschaft und Unterstützenden. Beispielsweise fahren LKWs auf schlecht befahrbaren Erdstraßen extrem dicht auf Autos von Unterstüt-

zenden auf, um Unfälle zu provozieren. Dies sind dann offiziell Unfälle, de facto allerdings nicht geplante Anschläge, denen keine unmittelbaren Drohungen vorausgingen und dementsprechend weder denunziert noch nachgewiesen werden können.

In diesem Kontext - einem Klima von Gewalt und politischem Umbruch - fand das Interview mit Moises statt.

Moises, gab es nach der Einsetzung der Übergangsregierung schon direkte Auswirkungen auf die Landbevölkerung?

„Nun, die bestehenden Projekte und Programme können ja nicht von einem Tag auf den Anderen aufgekündigt werden. Sie wurden noch in den Haushalten der Regierung Dilmars verankert und laufen derzeit weiter. Die für die Landbevölkerung wichtigen Programme PRONAF (Programa Nacional de Fortalecimento da Agricultura Familia) und der Initiative zur Schaffung einer Millionen Zisternen, sowie das PAA (Programa de Aquisição de Alimentos), sind für die Bauern sehr wichtig und laufen derzeit noch, sodass ganz unmittelbare und direkte Auswirkungen der Regierung Temers noch nicht zu spüren sind. Die größte Sorge, die wir täglich bei der Gewerkschaft zu hören bekommen, ist die Ankündigung, die sozialen Sicherungssysteme zu beschneiden. Insbesondere die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 auf 65 Jahre verunsichert die Bauern. Ein 58-jähriger Bauer, der die Ankündigung im Fernsehen hört, ist vollkommen verstört: Plötzlich soll er weitere fünf Jahre arbeiten, obwohl die Rente schon greifbar war. Das belastet die Menschen besonders in unserer Region, die seit Jahrzehnten durch Entwicklungspro-

gramme degradiert wurden und zudem seit fünf Jahren unter Trockenheit leiden. Dadurch sind in der Landarbeit kaum Einnahmen möglich. Zudem ist Feldarbeit schwere Arbeit, die die Menschen mit Ende fünfzig an ihre körperlichen Grenzen bringt. Der Lebensraum eines Bauern ist es, das Rentenalter mit einem gesicherten Mindestlohn als Rente zu erreichen.

Mittelfristig befürchten wir allerdings große Veränderungen, deren Umsetzung etwas Zeit braucht. Gesetzesinitiativen und Abstimmungen im Abgeordnetenhaus und im Senat müssen durch Ministerien in Dekrete und Ausführungsbestimmungen konkretisiert und schließlich durch die Institutionen ausgeführt werden. Vermutlich in etwa einem Jahr werden wir dies deutlich spüren. Obwohl wir es noch nicht genau wissen, halten wir Veränderungen bei PRONAF und dem Zisternenprogramm für wahrscheinlich. Derzeit leben wir noch mit den Programmen, die von der Regierung Dilmars implementiert



Köhleröfen auf dem Territorium der Gemeinschaft Raiz
Foto: Stefanie Koch

wurden. Die sorgenvollen Bauern formulieren es wie folgt: „Wir werden es spüren, wenn der Teller nicht mehr ausreichend gefüllt ist.“

Welches sind die Befürchtungen der euch betreffenden großen Linien der Regierungspolitik?

Schau, die Bauern in dieser Region Alto Rio Pardo, wissen genau was notwendig ist. Sie wissen, dass die Quellgebiete nicht abgeholzt werden dürfen und wie die Territorien zu bewirtschaften sind. Dies wird aber überlagert von der Regierungspolitik. Die Auswahl der Minister durch Temer und seine Ankündigungen lassen nirgends erkennen, dass eine solche Politik weiter unterstützt wird. Kleinbauern zu unterstützen passt doch nicht zu dieser Gruppe! Vielmehr befürchten wir, dass die Ausbeutung der Bodenschätze in dieser Region noch mehr beschleunigt wird. In Brasilien findet sich keine Region mit Bodenschätzen, die nicht von traditionellen Gemeinschaften bewirtschaftet wird. Wir blicken schweren Zeiten entgegen.

Gibt es schon Anzeichen dafür, dass auch das STR kriminalisiert werden soll, wie es andere Institutionen und NROs schon erfahren?

Unmittelbar noch nicht, aber die Ankündigungen gehen in diese Richtung. Wir haben bisher einen gewissen demokratischen Spielraum für Manifestationen und auch Teilhabe. Die Tendenz ist, alles unter staatliche Kontrolle zu stellen, gewissermaßen unter Vormundschaft. Die Verfassung wird wohl in diese Richtung ausgelegt werden. Durch Temer und das Justizministerium werden wir deutlich mit Repressionen rechnen müssen, die diese vordergründig durch staatliche Ordnung rechtfertigen wollen. Indigene, Quilombolas, Geraizeiros und

andere werden dies deutlich spüren. Ich habe daran keinen Zweifel. Das MST zum Beispiel ist jetzt schon deutlich dem Versuch der Kriminalisierung ausgesetzt.

MST und MAB haben schon Erfahrung mit dem Versuch der Kriminalisierung. Wie ist es aber mit kleineren Gruppen, wie Movimento Geraizeiro oder auch die STR von Rio Pardo, die diese Erfahrungen nicht haben. Werden sie dem gewachsen sein?

Die Organisationen der traditionellen Gemeinschaften haben in der Tat kaum Erfahrungen damit. Sie arbeiten zudem mit anderen Logiken. Was ich sagen kann ist, dass es Widerstand geben wird, der sich aus der Situation entwickelt. Trotz unserer Kritik an Dilma gab es wenigstens einen Dialog.

Auf den können wir jetzt nicht mehr hoffen.

Welche Veränderungen erwartet ihr bei der konkreten Umsetzung von Programmen und Projekten?

Die Präfekturen werden wieder stärker dominieren. Bisher gibt es Programme, die direkt von der Bundesregierung mit den sozialen Bewegungen abgestimmt sind. Temer wird dies ändern. Er wird sehr viel stärker die Präfekturen einbinden, die früher entsprechend des alten Coronelsystems staatliche Gelder für die eigene Machterhaltung eingesetzt haben. Bestehende Rechte der Bürger*innen werden als Großzügigkeit des Präfekten umgesetzt werden um Abhängigkeiten zu schaffen. Als Gegenleistung wird die Wiederwahl durch die Bürger*innen erwartet. Dies ist die Pervertierung traditioneller reziproker Beziehungen, die hier zwischen den Menschen gut funktionieren. Präfekt*innen nutzen diese Strukturen aus. Vor der Regierung Lulas und Dilmas war dies hier für Präfekt*innen die gängige Form der eigenen Machtreproduktion. Es ist die moderne Form des *Coronelismo*, ein fortgesetzter Paternalismus. Durch die Regierungen wurde dies - aufgrund der Einrichtung verschiedener kommunaler Räte - abgeschwächt und der lokale Paternalismus etwas gebrochen. Jetzt wird es wieder über die Präfekturen laufen, was für korrupte Präfekt*innen ideal ist. Hier wird es einen demokratischen Rückschritt geben: zurück zu früheren Abhängigkeitsverhältnissen. Im Großen und Ganzen haben wir für die traditionellen Völker und Gemeinschaften in den nächsten Jahren nichts Gutes zu erwarten. Die Zukunft sieht düster aus. ■

* Dieter Gawora ist KoBra Vorstand und arbeitet an der Universität Kassel.

Brasilien hat ungefähr 200 Millionen Einwohner*innen. Es ist das bevölkerungsreichste Land Südamerikas und eines der bevölkerungsreichsten Länder weltweit. Vor kurzem verzeichnete die demografische Pyramide den Status eines sogenannten Bonus. Dabei erreicht die junge Bevölkerung zwischen 15 und 29 Jahren eine demografische Spitze. Das Phänomen, welches durch die Geographie an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen historischen Perioden erforscht wurde, bezeichnet den Zeitpunkt, an dem eine Nation in ihrer Entwicklung die größte Anzahl junger Bevölkerung (zwischen 15 und 29 Jahren) verzeichnet.

Zu den Folgen des Putsches im Bildungssystem

von Carina Vitral*

Der demographische Bonus ist eine einmalige Möglichkeit für das Wirtschaftswachstum und die nationale Autonomie. Er ermöglicht technologischen Fortschritt, die Korrektur sozialer Ungleichheiten, die generationsbezogene Erneuerung der Werte, die Stärkung der Menschenrechte, neue progressive Ideen und Formen, Gesellschaft zu organisieren.

Brasilien hat die Voraussetzungen für einen historischen Sprung, - als eine der größten globalen Ökonomien mit gleichzeitig einer der höchsten Raten sozialer Ungleichheit. Allerdings gibt es ein Hindernis: Der Putschversuch gegen die Demokratie über ein illegales Amtsenthebungsverfahren gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff. Hier agieren Gruppen, die ein Interesse daran haben, dass der Kampf gegen Korruption in der nationalen Politik eingestellt und emanzipatorische Politiken abgebaut werden.

Seit dem Ende der Wahlen 2014 verfolgen diejenigen, die nach einer höchst zynischen Kampagne die Wahlergebnisse nicht akzeptierten, eine Strategie, die mit der Demokratie brechen soll, um an die Macht zu kommen. Sie wollen eine Agenda auflegen, die von Millionen Bürger*innen nicht gewählt wurde.

Dabei handelt es sich um ein Konsortium aus den Parteien, die oppositionell zur Präsidentin Dilma Rousseff stehen. Um mächtige konservative Politiker wie den Ex-Präsidenten der Abgeordnetenkammer Eduardo Cunha, der wegen Korruption angeklagt wurde. Und es geht um die Interessen der wenigen familiären Gruppen, die ein Monopol auf die nationalen Medien haben.

Der von ihnen geplante staatliche Putsch diente dem schnell-

len Widerruf von Rechten und der Schwächung des öffentlichen Sektors in Bezug auf Kernleistungen, die strategisch die Jugend erreichen sollten. Einer der elementaren Verluste ist der Nationale Bildungsplan, eine beispiellose Gesetzgebung, die 2014 nach mehr als einer Dekade an Debatten genehmigt wurde und in dem man sich auf zwanzig gemeinsame Bildungsziele geeinigt hatte.

Eine der wichtigsten Beschlüsse dieses Dokuments ist die Investition von 10 Prozent des bundesweiten Bruttoinlandsproduktes in Bildung. Der Interimspräsident und Putschist Michel Temer hat in seinen ersten Tagen im Amt bereits angekündigt, eine Revision öffentlicher Ausgaben einzuleiten. Außerdem kündigte er die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Grundlagen an, worüber die Ausführung des Planes illegitim wird. Zudem forciert die gleiche Gruppe, die das illegale Amtsenthebungsverfahren Dilma Rousseffs unterstützt, im Kongress die Aufhebung eines anderen Gesetzes, das Bildungsinvestitionen durch die großen Akteure der Erdölindustrie und des sogenannten Sozialfonds des Pré-Sal-Erdöls in Brasilien garantiert.

Anstatt mit finanziellen Mitteln die Schulgebäude junger Brasilianer*innen zu verbessern, Lehrer*innen des Landes zu bezahlen, mehr Studienplätze zu schaffen, die Wissenschaft und Forschung zu entwickeln, läuft die heimische Erdölindustrie in die Hände hungriger, grenzüberschreitender Ölgesellschaften, die mit dem den Coup befürwortenden politischen Lager und Lobbyist*innen der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen verbündet sind.

Von den Megaunternehmen des privaten Bildungssektors wird der Putsch auch frenetisch gefeiert. Diese interessieren sich für die Abwrackung des öffentlichen Bereichs und die Privatisierungspolitik, koste es, was es wolle. Kurz nachdem Michel Temer an die Macht kam, gaben die beiden größten Gruppen privater Universitäten ihre Fusion mit einer Transaktion von 5,5 Milliarden Reais bekannt – mit der Unterstützung der Interimsregierung.

Darüber werden sie die Bildung von mehr als 1,6 Millionen brasilianischer Studierender kontrollieren. Vor dem Hintergrund der geringen Qualität, überfüllter Räume, Laboratorien ohne Struktur, keiner einzigen Investition in Forschung und Erweiterung folgt dies mehr der schädlichen Philosophie, dass Bildung ein Markt ist wie jeder andere.

Eine andere traurige Konsequenz der politischen Lage in Brasilien ist eine wachsende Aufklärungsfeindlichkeit und die Bedrohungen des laizistischen Staates durch den Einfluss konservativer Gruppen auf die Bildung. Die Radikalität einiger



Generalstreik | 22-09-2016 | Belo Horizonte
 Der Versuch eines Generalstreiks gegen die Temer Regierung.
 Foto: Mídia NINJA

(CC BY-SA 2.0)

wie dem Programa *Universidade Para Todos* (Prouni) (Uni für alle) und dem *Fundo de Financiamento Estudantil* (Fies) (Studentenfonds).

Schwarze, Indigene, Jugendliche vom Land und aus den Peripherien der großen Städte werden weniger Bildungszugang, als man ihnen bis jetzt garantiert hat, nicht akzeptieren. Zu allen Zeiten der brasilianischen Geschichte war die Jugend auf der Straße verantwortlich dafür, den Kurs des ganzen Landes zu definieren. Es gibt keinen Grund, weshalb dies nun anders sein sollte.

Es ist notwendig, die internationale Gemeinschaft immer wieder auf die politische Situation Brasiliens aufmerksam zu machen, um zu zeigen, welche Tragödie die Bestätigung des Putsches für den

parlamentarischer Gruppen der sogenannten *Bancada Evangélica* hat zum Ziel, die schulische Debatte über Themen wie Sexismus, Gewalt gegen Frauen, die Diversität und LGBT-QI-phobie zu verbieten. Es gibt darüber hinaus diejenigen, die den Kreationismus im verpflichtenden Curriculum öffentlicher brasilianischer Schulen verteidigen. Gleichzeitig sieht die autoritäre Bewegung *Escola Sem Partido* (Schule ohne Partei), der das aktuelle Bildungsministerium wohlgesonnen gegenübersteht, die Zensur kritischer Inhalte, Ideologien, Politiken und Zusammenhänge mit den Menschenrechten im schulischen Bereich vor.

Der diesem Vorschlag innewohnende Rückschritt würde zu einer fundamentalistischen und antidemokratischen Nation führen, nach dem Modell der rückständigsten und gewalttätigsten Regime der Erde. All dies macht eine große Mobilisierung der brasilianischen Jugend notwendig, die der Zerstörung der Demokratie Widerstand leistet und die Straßen auf massive Art erobert, wie es beispielsweise in den historischen Demonstrationen im Juli 2013 der Fall war. Junge Brasilianer*innen wissen, dass sie ins Visier geraten sind. Sie brauchen diejenigen, die die Macht zurückerobern wollen und nicht nur ihrer politischen Karriere nacheifern.

Innerhalb der letzten zehn Jahre kamen junge Menschen an die Universitäten, Kinder armer Familien. Dies geschah durch Bildungspolitik mit Quoten und sozialen Bildungsprogrammen

Kontinent und die globale Geopolitik wäre. Jugendbewegungen wie die *União Nacional dos Estudantes* (Nationale Studierendenvereinigung) streben eine internationale Vernetzung durch Solidarität und für Demokratie an.

Koordinierung über soziale Medien – die Abschirmungen der einheimischen Presse umgehend – Verbindungen mit Kulturkollektiven, Kommunikationsgruppen, Medienaktivist*innen, Denker*innen und Akteur*innen verschiedener Bereiche, die die Ernsthaftigkeit der Lage erkennen. Die jungen Brasilianer*innen werden stehend kämpfen. Schließt euch uns an! ■

* Carina Vitral ist Präsidentin der Nationalen Studierendenvereinigung.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Caren Miesenberger.

Derzeit ist die Zahl geflüchteter Menschen laut Informationen der Vereinten Nationen weltweit auf dem höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Fokus der sogenannten Flüchtlingskrise steht vor allem Europa, da der Kontinent das Hauptziel der Geflüchteten darstellt und dort die wichtigsten Fluchtrouten verlaufen. Aber auch Brasilien wollte sich aus strategisch-außenpolitischen Gründen aus dieser Frage nicht heraushalten. Die über lange Zeit von den Regierungen Lula und Dilma verfolgte Strategie des Engagements erleidet nun unter der Interimsregierung von Michel Temer einen Rückschritt und blickt in eine unsichere Zukunft.

Flüchtlingspolitik in der politischen Krise

von Victoria Oliveira*

Das brasilianische Interesse an der Aufnahme von Geflüchteten deckt sich mit der Agenda des Schutzes der Menschenrechte, geht aber auch darüber hinaus. Das Land, das seit der Ära Lula für eine Orientierung nach mehreren Seiten in seiner Außenpolitik optierte und dabei die Süd-Süd-Kooperation betonte, versucht sich in Lateinamerika als Regionalmacht zu behaupten und sich als einflussreicher Akteur im internationalen System zu etablieren. Darüber hinaus strebt das Land einen dauerhaften Sitz im UN-Sicherheitsrat an und muss seine Lernbereitschaft und die Fähigkeit zur Lösung internationaler Herausforderungen unter Beweis stellen. So übernahm Brasilien bereits 2004 die Leitung der Stabilisierungsmission der UN in Haiti. Nach dem Erdbeben von 2010 stellte Brasilien Haitianer*innen ein „humanitäres Visum“ aus, da internationale Verträge die Kategorie „Umweltflüchtlinge“ nicht anerkennen. Für die Haitianer*innen, die innerhalb ihres Landes kein „humanitäres Visum“ erhalten, gibt es die Möglichkeit, an der Grenze den Flüchtlingsstatus zu beantragen. Heute bilden die Haitianer*innen die größte Migrant*innengruppe in Brasilien. Daten der Bundespolizei sprechen für das Jahr 2015 von 14.335 neu registrierten Haitianer*innen. Brasilien hat sich weiterhin bereit erklärt, Geflüchtete im Zuge der aktuellen humanitären Krise aufzunehmen, die hauptsächlich durch die Unruhen 2011 im Nahen Osten und die Verschärfung des Krieges in Syrien ausgelöst wurde. Der Vertreter des Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen (UNHCR) in Brasilien äußerte, dass das Land hinsichtlich der Aufnahme von Geflüchteten noch Fortschritte machen muss, dass es aber bereits gelungen sei, sich in der Thematik auf dem internationalen politischen Parkett zu positionieren. In Lateinamerika ist Brasilien das

Land, das die meisten Geflüchteten aufnimmt.

Brasilien hat die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dessen Zusatzprotokoll von 1967 sowie die Cartagena-Erklärung ratifiziert, die den Schutz auf aus Lateinamerika stammende Menschen ausweitet und hat so eine thematische Verbindung zwischen dem Schutz der Menschenrechte und dem Schutz der Geflüchteten aus der Region hergestellt. Nach Daten des Nationalen Flüchtlingskomitees CONARE (*Comité Nacional para os Refugiados*) leben in Brasilien derzeit ca. 9.000 offiziell anerkannte Flüchtlinge aus 79 verschiedenen Nationen. Die Zahl der Zufluchtsuchenden ist in Folge der humanitären Krise zwischen 2010 und 2015 um mehr als 2000 Prozent gestiegen. Allein im letzten Jahr 2015 wurden 28.670 Aufnahmeanträge gestellt, mehr als ein Viertel davon von Syrer*innen, gefolgt von angolanischen, kolumbianischen und kongolesischen Geflüchteten. 2013 hat Brasilien beschlossen auch syrischen Geflüchteten das „humanitäre Visum“ zuzugestehen, um den bürokratischen Prozess um Visum und Aufenthaltserlaubnis in Brasilien zu erleichtern und zu beschleunigen. Brasilien agiert in Übereinstimmung mit dem UNHCR, das eine Vertretung in Brasilien unterhält, sowie durch die nationale Behörde CONARE. Jedoch sind es normalerweise die Nichtregierungsorganisationen (NROs), die sich am aktivsten für eine tatsächliche und vollständige Integration der Migrant*innen in Brasilien engagieren. Wie etwa das Centro Zanmi, welches im Bundesstaat Minas Gerais als Anlaufpunkt für den Empfang und die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten dient. Das Zentrum bereitet Dokumente für den Erhalt eines legalen Aufenthaltsstatus im Land vor, leistet juristische Hilfe, gibt Sprachkurse, unterhält eine Jobbörse und leistet soziale und psychologische Hilfe. Oft sind es die brasilianischen Behörden selbst, die die Menschen auf die Angebote der NROs aufmerksam machen. Die Herausforderung für die NROs sind dabei die oft mangelnde finanzielle Hilfestellungen seitens der Regierung und das derzeitige exponentielle Wachstum der Migrationsströme. Die nationale Integrationspolitik in Brasilien geht auf die Gesetzgebung für Flucht und Immigration aus dem Jahr 1997 zurück. Dabei wurden in den letzten Jahren Maßnahmen ergriffen, um die Integration der Migrant*innen zu erleichtern. Unter der Regierung Dilma wurden durch den CONARE, in Zusammenarbeit mit Diplomaten*innen und in Absprache mit dem UNHCR, Regelungen eingeführt, die die Einreise für syrische Geflüchtete erleichtern sollen. Darüber hinaus fanden Weiterbildungen und Hilfestellungen für brasilianische Diplomaten*innen statt, insbesondere derer, die in den brasilianischen Vertretungen



Haitianische Flüchtlinge bei der Suche nach einer Unterkunft in São Paulo.
Foto: Luiz Guadagnoli/ SECOM-PMSP (CC BY-NC 2.0)

der an Syrien angrenzenden Länder beschäftigt waren. 2015 kündigte Präsidentin Dilma Rousseff an, Brasilien habe „offene Türen“ für Geflüchtete und stellte über 15 Millionen Reais für Programme zum Empfang von Migrant*innen und Geflüchteten bereit. Laut dem Direktor des CONARE soll ein Teil des Geldes für die Schaffung von spezialisierten Zentren für den Empfang dieser Menschen verwendet werden. Neben nationaler Maßnahmen, wie der Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, soll die für die Gültigkeit von Dokumenten notwendige Anerkennung durch Konsulate abgeschafft und bürokratische Hürden für Geflüchtete abgebaut werden. Darüber hinaus soll die Registrierung im nationalen Identifizierungsregister für Ausländer*innen (RNE, Registro Nacional de Identidade para Estrangeiros) für Geflüchtete und Asylsuchende kostenlos werden. PRONATEC (*Programa Nacional de Acesso ao Ensino Técnico e Emprego*), ein Programm, das von der Regierung Lula geschaffen wurde und während der Regierungszeit von Dilma an Gewicht gewann, bot 2015 Portugiesischkurse für Migrant*innen und Geflüchtete an.

Während der Regierungszeit von Dilma wurde unter dem Ex-Justizminister Eugênio Aragão mit Deutschland und der Europäischen Union über eine verstärkte Aufnahme von syrischen Geflüchteten in Brasilien verhandelt. Hierbei ging es auch um Geldmittel für Aufnahme und Unterbringung dieser Menschen. Der Präsident des CONARE, Beto Vasconcelos, bekräftigte, dass Brasilien sich in sehr aktiver Form an der Debatte über Migration und Flucht beteilige und dafür Lob von der internationalen Gemeinschaft erhalten habe. Nach der Entfernung von Präsidentin Dilma aus dem Amt hat die illegale Interimsregierung unter Michel Temer unter dem aktuellen Justizminister Alexandre de Moraes die Verhandlungen mit der Europäischen Union über die Aufnahme von Geflüchteten aus-

gesetzt. Bereits nach kurzer Amtszeit der Interimsregierung war eine Änderung in der Außenpolitik spürbar, die einer Kursabweichung von einer aufnahmebereiten und kooperierenden Politik hin zu einer neoliberalen und verschlosseneren Politik gleicht.

Die Instabilität und die innenpolitische Krise Brasiliens spiegeln sich in der Positionierung und dem Entscheidungsprozess des Landes in der Aufnahme politik wider, was das Land in Diskredit bringt und seine proaktive Rolle beenden könnte. So bestätigte die interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH, Comisión Interamericana de Derechos Humanos), dass die Maßnahmen Temers „Rückschritte für die Menschenrechte“ seien. Die Kürzungen für die Programme in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung und Armutsbekämpfung sowie die Abschaffung von wichtigen Ministerien wie dem Frauenministerium, dem Ministerium für rassische Gleichstellung und dem Ministerium für Menschenrechte zeigen, dass die Regierung Temer wenig Interesse an der Förderung von Menschenrechten hat. Gewiss gefährdet sie auf diese Weise die Position und den Status Brasiliens im internationalen System in Bezug auf die Einhaltung der für den Bereich Menschenrechte vorgesehenen Maßnahmen. Durch die Kürzungen im sozialen Bereich sind auch Geflüchtete betroffen. Leistungen des Programms „Bolsa Familia“ zum Beispiel, das mit dem Ziel geschaffen wurde, Brasilianer*innen aus dem Elend zu befreien, erhielten auch syrische Geflüchtete. Diese Maßnahme diente vorerst als Nothilfe, da die Regierung noch kein spezifisches Hilfsprogramm für Migrant*innen und Geflüchtete geschaffen hatte.

Das Amtsenthebungsverfahren, in Brasilien „Impeachment“ genannt, hat mit der Kontinuität der Verhandlungen und mit vielen der im internationalen Bereich entstandenen Beziehungen gebrochen. Das Impeachment wurde von vielen internationalen Organisationen scharf kritisiert, wie z.B. im Menschenrechtsrat der UNO oder im Europäischen Parlament, in dem Abgeordnete verschiedener Nationalitäten die Aussetzung der Verhandlungen des europäischen Blocks mit dem MERCOSUL gefordert haben. Auch die Organisation Amerikanischer Staaten OEA und die Union Südamerikanischer Nationen UNASUL bitten, zusammen mit verschiedenen Staaten, um die Respektierung demokratischer Prozesse. Die Interimsregierung von Michel Temer hat einen karrierebewussten Mann an die Spitze der Außenpolitik gestellt. Dieser kümmert sich mehr darum, international die Legitimität einer illegitimen Regierung zu bewerben, als mit der Kooperation und den Fortschritten auf internationalem Parkett voranzuschreiten

und schürt so Ängste um zukünftige diplomatischen Beziehungen und die Integration Brasiliens in das internationale System. Der neue Außenminister José Serra bekräftigt, dass unter den Regierungen Lula und Dilma die Außenpolitik Brasiliens von „ideologischen Prinzipien“ geprägt wurde und dass sie ab jetzt in eine Politik von „Staat und Nation“ umgewandelt werde. Tatsächlich wurde während der Regierungszeiten von Lula und Dilma das Außenministerium (Itamaraty) von Diplomat*innen und nicht von Politiker*innen geleitet. Die außenpolitische Orientierung prägten dabei Pragmatismus, Kooperationen und eine multilaterale Ausrichtung, stets bestrebt einem eigenständigen brasilianischen Protagonismus zu erreichen. Die Tradition, Diplomat*innen in die Leitung des Außenministeriums zu bestellen, stammt noch aus der Regierung Fernando Henrique Cardoso. Die neuen Handlungsleitlinien der Außenpolitik, die nun von José Serra vorgestellt wurden, lassen keinen Zweifel daran, dass die Agenda für Menschenrechtsfragen und die Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungs- und Schwellenländern nicht mehr prioritär sind und dass ab sofort die wirtschaftlichen Interessen des „produktiven Sektors“ Vorrang haben. Analyst*innen internationaler Beziehungen kritisieren diese von Temers Außenminister vorgestellte Agenda und bestätigen, dass Brasilien zu einem alten und überholten Plan zurückkehrt, der wenig Unabhängigkeit aufweist und die Interessen des Kapitals bedient.

Auch Dilma Rousseff kritisierte den neuen Kurs innerhalb der Außenpolitik der Interimsregierung und bekräftigt, dass sie bei einer Rückkehr in ihr Amt die Regierung umbilden und soziale sowie humanitäre Programme wieder aufnehmen werde. Der Verbleib von Temer bedeutet auch den Verbleib seiner neoliberalen Agenda, sowohl auf nationalem wie auch internationalem Niveau. Die Rückkehr von Dilma könnte eine Wiederaufnahme der Kooperation mit allen Seiten bedeuten, der Kooperation im Süd-Süd-Bereich und der Förderung der Menschenrechte sowie der Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen. Neuwahlen als drittes mögliches Szenario bleiben ungewiss. ■

* Victoria Oliveira hat internationale Beziehungen studiert. Sie arbeitet ehrenamtlich im Centro Zanmi, das Migranten und Geflüchtete aufnimmt und engagiert sich für Fragen rund um Flucht und Geschlechtergerechtigkeit.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Almute Heider.

Seit Ende 2015 hagelte es Kritik an Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff, und obwohl es um politische und wirtschaftliche Fragen zu gehen scheint, werden hinterrücks auch frauenfeindliche Haltungen ins Spiel gebracht. Die Oppositionspresse verwendet sexistische Klischees und Konstruktionen in der Absicht, Dilma aufgrund ihrer weiblichen (oder nicht so weiblichen) Charakteristiken die politische Kompetenz abzusprechen.

Amtsenthörung und Gender: Bemerkungen zur Debatte

von Amanda de Paula Birindiba Araújo*

Die Regierung Dilma erlebte den Aufstieg politischer Fundamentalist*innen, die sich in Hassdiskursen gegen Bevölkerungsminderheiten aufblähten, und die Formulierung von Gesetzesvorschlägen, die bürgerliche und soziale Rechte gefährden, die Frauen, Afrobrasilianer*innen sowie LGBTI-Personen sich schon erkämpft hatten. Der Gesetzesentwurf 7.382 von 2010, eingereicht von dem Abgeordneten Eduardo Cunha (PMDB), fordert die Strafverfolgung der „Heterophobie“ mit dem Argument, dass Mehrheiten diskriminiert würden. Ein anderes Beispiel ist der Gesetzesentwurf 1.411 von 2011, des Abgeordneten Washington Reis (PMDB), der die Entkriminalisierung von Taten vorsieht, die aus religiösen Motiven begangen werden. Bedenkt man, dass in Brasilien ein großer Teil der Intoleranzdelikte gegen bestimmte Minderheiten auf religiösen Prinzipien basiert, kann man diesen Vorschlag nur als Bedrohung des Rechtsschutzes für Minderheiten und der Menschenrechte verstehen.

Frauenfeindlichkeit als Grundlinie der Kritiken

Als Präsidentin der Republik – und auch schon vorher, vor allem während ihrer Amtszeit als Kabinettschefin und während des Präsidentschaftswahlkampfes – war Dilma das Ziel der unterschiedlichsten konzertierten Angriffe seitens der Medien und Teilen der Opposition. Während ihrer Regierungsjahre wurde die Präsidentin Zielscheibe für Beleidigungen in Äußerungen von PolitikerInnen, Zeitungsschlagzeilen und Witzen, die im Internet kursierten. Diese Angriffe hängen damit zusammen, dass die Politik ein „historisch von Männern beherrschtes Feld“ ist, „auf dem die Männer in der Mehrheit sind und Schlüsselstellungen innehaben, während die Frauen eine machtlose Minderheit sind“ (RAMOS, D.; GRAÇA, E.; AN-DRADE, G. usw., 2014, S. 3).



FORA TENER

DEMOCRACIA

LUCHA POR LA DEMOCRACIA

REFORMA JUDICIAL

REFORMA POLÍTICA

MAIDA
DOSA PATRIA
MÁS Y LEO
DISTRIBUCIÓN
ENERGÍA
PLANETA

#ForaTemer

31/08/2016 • RS

Tausende demonstrieren in Porto Alegre

Foto: Caco Argemi/Mídia NINJA

(CC BY-SA 2.0)





Protestaktion von Frauen gegen Cunha, Bolsonaro und Pedro Paulo
Foto: Mídia NINJA (CC BY-NC-SA 2.0)

Obwohl es selbstverständlich scheint, ist das Stillen in der Öffentlichkeit immer noch ein Tabu. Daher sammeln sich seit 2012 Frauen in Parks um Stillaktionen zu machen.

Foto: Mídia NINJA (CC-BY-SA 4.0)

Frauen, die in die Politik gehen, durchlaufen oft einen „Masculinierungsprozess“, den wir als ein Set von Charakteristiken und Verhaltensweisen verstehen, welche die Frau jener kulturellen Konzeption entfremdet, nach der sie fügsam, schwach und lenkbar ist. Gleichzeitig besteht dieses Konzept aber weiter, und so kommt es zu einer scheinbar ausgewogenen Situation: Die politische Frau muss ernsthaft sein, aber nicht allzu sehr, sie muss zurückhaltend sein, aber in Maßen. Wir beginnen zu verstehen, wie man es erreicht, dass Frauen nicht in die Politik gehen.

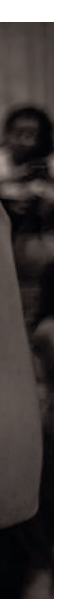
In den Medien wurde Dilma immer als eine Frau dargestellt, die weder Charisma noch Schönheit oder Sex-Appeal hat. In der Darstellung als raue und herbe Frau (auch, weil sie nicht verheiratet ist) wurde die Präsidentin das Ziel von Hassdiskursen und Formulierungen, die auf der Missachtung ihrer Person basieren. Ein von der Zeitschrift *Época* veröffentlichter Text, der wegen der negativen Reaktionen sofort wieder gelöscht wurde, spekulierte darüber, dass die politischen Probleme, mit denen die Präsidentin kämpfte, mit ihrer fehlenden Sexualität und Erotik zu tun hätten. Eine andere sehr gängige Darstellung ist die als Marionette des Expräsidenten Luís Inácio Lula da Silva, die behauptet, Dilmas politisches Handeln beruhe lediglich auf einem Reflex oder auf Anweisungen Lulas. Damit erscheint die Präsidentin als eine Frau, die keine eigenen Meinungen hat und extrem manipulierbar ist.

Nach unserer Auffassung sind daher alle diese von der Presse verbreiteten Darstellungen Dilmas ein Genderproblem. Wir verstehen Gender als das Ergebnis, das Sozialbeziehungen

und menschliche Aktionen für die Körper haben, die je nach Gesellschaft verschieden sein können. Gender wird gesellschaftlich und kulturell geformt und hängt mit der Position zusammen, die Menschen innerhalb der Gesellschaft innehaben, mit ihren Erlebnissen, sozialen Praktiken und Diskursen. Genderbeziehungen gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen, und die Medien haben eine ganz besondere Bedeutung für die Bildung des Genders. Indem sie Genderklischees produzieren und reproduzieren, schaffen Presse und andere Kommunikationsmedien im Endeffekt auch Formen von Gewalt gegen bestimmte Subjekte. Diese Gewalt reicht weiter als nur bis zu den Gegensätzen von männlich-weiblich und dient dazu, Hass, Missachtung und Demoralisierung bestimmter Menschen zu fördern.

Wir haben zwei der krassesten Beispiele unter den öffentlichen Beleidigungen der Präsidentin ausgewählt, um zu verstehen, wie die Medien und die Gesellschaft die negativen Darstellungen von Dilma als Frau konstruieren. Das erste stammt aus dem zweiten Halbjahr 2015 und ist ein Aufkleber für Füllstutzen von Autotanks. Die Montage zeigt die Präsidentin mit gespreizten Beinen, und so entsteht der Eindruck, dass beim Tanken die Präsidentin durch die Füllpistole penetriert wird. Angeblich würden diejenigen, die den Aufkleber auf ihrem Auto anbringen, gegen die Erhöhung der Benzinpreise protestieren. Doch der Aufkleber ist nichts weiter als eine frauenfeindliche Attacke und außerdem eine klare Aufstachelung zu sexuellem Missbrauch, verbrämt als die Absicht, den „guten Bürger“ zu schützen, dem durch die hohen Benzinpreise Unrecht geschieht.

Das zweite Beispiel ist die Titelgeschichte der Zeitschrift *Isto É* in ihrer Ausgabe vom April 2016 am Vorabend der Abstimmung in der Abgeordnetenversammlung über die zeitweise



Absetzung Dilmás. Unter der Überschrift „Eine Präsidentin außer sich“ (*Uma presidente fora de si*) beschreibt der Artikel Dilma als eine hysterische Frau mit unkontrollierten Emotionen, die für das Präsidentenamt ungeeignet sei. Dilma hätte „die emotionalen Voraussetzungen zur Regierungsführung“ sowie die dem Amt angemessene Haltung und Fassung verloren und zeige eine Haltung, die mehr denn je „jähzornig, außer sich und aggressiv“ sei. Die Titelseite zeigt ein Foto, auf dem Dilma schreit. Dieses Bild wurde völlig aus seinem Kontext herausgerissen, denn in Wahrheit zeigt es die Präsidentin, die bei einem Tor der brasilianischen Nationalmannschaft während der WM 2014 „Toooooor!“ jubelt. Der Artikel reproduziert das fast schon mythologische Klischee der hysterischen Frau. So diagnostiziert er Dilma psychische Krankheiten und zählt sogar die Arzneimittel auf, welche die Präsidentin einnimmt, um sie dadurch abzuqualifizieren. Die Absicht ist eindeutig: die politische Figur Dilma disqualifizieren und konstatieren, dass sie unfähig ist, das Land zu regieren.

Die machistischen Kritiken kamen jedoch nicht nur von den Medien und der Zivilgesellschaft, sondern auch aus politischen Kreisen. Der de-facto Präsident Michel Temer beklagte sich mehrfach über seine dekorative Rolle als Vizepräsident hinter einer Frau.

Diese Beispiele zeigen deutlich, wie Dilmás Delegitimierung als Präsidentin aufgrund von sexistischen Argumentationen von den Medien bewusst konstruiert und von der Opposition aufgenommen wurde. Außerdem führt dieses Vorgehen zu einer Systematisierung der Gendergewalt, die in unterschiedlichem Maße alle Subjekte betrifft, die sich als zugehörig zum weiblichen Geschlecht verstehen. Frauen werden tagtäglich demoralisiert, sei es in zwischenmenschlichen Beziehungen oder auf dem Arbeitsmarkt, und oft wird zur Rechtfertigung mit der weiblichen biologischen Natur argumentiert. Nach dieser Art von Argumentation wurden Frauen nicht zum „Führen“ geboren. Was bei der ganzen Angelegenheit am meisten frustriert, ist die Tatsache, dass ein großer Teil der brasilianischen Gesellschaft diese Art von Angriffen ganz selbstverständlich und ohne kritische Perspektive hinnimmt. Der sexuell übergriffige Autoaufkleber mit Dilma vermehrte sich rasend schnell in den großen Städten Brasiliens und wurde tausendfach auf Facebook geteilt. Wer über den Aufkleber lachte, verstand, dass er die Präsidentin verspottete, aber verstand nicht seinen kriminellen Beigeschmack.

Wir können dieses Phänomen als Beleg für die machistische Kultur verstehen, die in Brasilien tagtäglich neu genährt wird. Während der Demonstrationen zur Unterstützung der Amtsenthebung wurden die Worte „Tschüss, Liebchen“ in spöttischem Ton von Menschen skandiert, die den Sexismus nicht

wahrzunehmen schienen, der diesem Ausdruck anhaftet, ganz zu schweigen von dem Autoritarismus, der sich der grün-gelben Demonstrationen gegen die Präsidentin bemächtigte. Die Demonstrierenden schienen oft völlig entmenschlicht, brüllten Hassparolen gegen die Präsidentin und bedrohten sie sogar mit dem Tod.

Trotz allem sehen wir aber auch ein Licht am Ende des Tunnels. Groß ist nämlich auch die Zahl der Brasilianer und vor allem der Brasilianerinnen, die sich weigern, mit dem machistischen Diskurs der Medien zu paktieren. In den sozialen Netzwerken manifestieren sich unzählige Ablehnungen des von den Medien reproduzierten Machismus. Ein Beispiel ist die Reaktion auf den Veja-Artikel über Marcela Temer, die fügsame Frau des de-facto Präsidenten. Tausende von Internauten stellten persönliche Fotos ins Internet, mit Situationen, die das Klischee der „schönen, zurückhaltenden und häuslichen“ Frau satirisch oder ironisch parierten.

Zum Abschluss: Bemerkungen zur Diskussion

Die zahllosen Attacken gegen Dilma zeigen, dass die machistische Kultur in der Presse eine ihrer stabilsten und am schwersten zu stürzenden Säulen hat. Die großen brasilianischen Kommunikationsmedien sind verantwortlich für die Produktion von Gendergewalt gegenüber der Präsidentin und folglich gegenüber allen Frauen. Wir prangern deshalb hier an, dass solche Kommentare gegen Dilma Versuche sind, sie zu demoralisieren und herabzuwürdigen aufgrund ihrer weiblichen Charakteristiken und jener Eigenschaften, die von dem abweichen, was von einer Frau erwartet wird. Außerdem ist diese frauenfeindliche Kritik immer mit politischer und wirtschaftlicher Kritik verbrämt, und so werden sie von großen Teilen der Öffentlichkeit geschluckt.

In dieser Situation verstehen wir das Amtsenthebungsverfahren als eine Genderfrage, als Produkt der Delegitimierung von Frauen in der Politik. Die Interimsregierung hat ein Kabinett benannt, in dem Minderheiten oder Frauen nicht vertreten sind. Dadurch hat die Regierung ihre Einstellung klargemacht und verdeutlicht, dass der Fundamentalismus in der brasilianischen Politik tief verwurzelt ist. Brasilianer*innen, die die Notwendigkeit des politischen und rechtlichen Schutzes der Minderheiten begreifen, müssen die Politiker*innen und die Mediendiskurse zu diesen Gruppen aufmerksam beobachten. Die Debatte über die Gendergewalt ist in Brasilien aktuell und notwendig, und die hier aufgezeigten Beispiele verdeutlichen, wie dringend sie ist. Die sozialen Netzwerke sind Bereiche, die eine lebendige Beteiligung der Bevölkerung und die Stellungnahme einzelner Menschen zu diesem Thema fördern, sei es für oder gegen die Art, wie die Medien Frauen und Minderhei-

ten behandeln. Sie machen es möglich, dass die Stimmen gegen den Machismus und die Intoleranz nicht überhört werden, und stellen so ein positives Element innerhalb eines Systems dar, das unverwundlich scheint. Es muss weiterhin betont werden, wie wichtig die organisierte Präsenz der sozialen Bewegungen auf den Straßen Brasiliens ist, die den von der Politik ignorierten Minderheiten eine Stimme gibt und uns alle daran erinnert, dass der Kampf real, täglich und langwierig ist. ■

* Amanda de Paula Birindiba Araújo machte ihren Abschluss in Geschichte an der Universidade Federal de Minas Gerais. Derzeit forscht sie zu intellektuellen und politischen Diskursen am Ende des 19. Jahrhunderts bezüglich der Bildung und Teilhabe von Frauen.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Monika Ottermann.

Mein Beitrag beruht auf meinem Engagement im Kampf gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Bundesstaat Pará. Besonders zu berücksichtigen ist hier, dass die Implementierung von Großprojekten außerhalb Amazoniens beschlossen wird. Bedient werden Außeninteressen, die den Einwohner*innen Amazoniens keinerlei Vorteil, sondern nur negative Konsequenzen bringen, besonders in den Bereichen Umwelt und Soziales. Die Großprojekte verursachen viel Streit und Diskussionen zwischen Regierung, Umweltschützer*innen und sozialen Bewegungen. Ein konkretes Beispiel für ein solches Großprojekt ist das Wasserkraftwerk Belo Monte in der Region des Xingú in Pará.

Die berühmte „Entwicklung für Amazonien“ ist ein Prozess,

Sexuelle Ausbeutung im Kontext von Großprojekten

von Marie Henriqueta Ferreira Cavalcante*

der die Natur und die Menschen unberücksichtigt lässt, da er auf einer wirtschaftlichen Perspektive beruht, die vor allem dem Gewinn dient und keine soziale und ökologische Verantwortung übernimmt. Dabei bleiben viele Herausforderungen in Bezug auf Umwelt und Soziales bestehen, andere verschlimmern sich und neue tauchen auf. Indigene Völker, Quilombolas (Dörfer von Nachfahren afrikanischer Sklaven), Migrant*innen, Flussanwohner*innen sowie alle Armen der städtischen Peripherien und der ländlichen Zonen leiden darunter, dass ihre Rechte zum Teil erheblich verletzt werden. Großprojekte wie der Bau von Wasserkraftwerken, der Bergbau und das Vorschreiten der Agrarindustrie machen uns Sorgen. Durch sie wird der Regenwald zerstört und traditionelle Gemeinschaften werden vertrieben. Landkonflikte nehmen zu und Leben wird ausgelöscht, wenn es im Wege steht oder Widerstand leistet.

Großprojekte sollen die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Sie sind aber auch der Grund für Migrationsprozesse, bedingen, dass Jugendliche irreführt und betrogen werden, weil sie versuchen, für sich oder ihre Familien Geld zu verdienen. Und dafür akzeptieren Jugendliche Angebote wie die Arbeit als Hausangestellte oder auch den Einsatz als Prostituierte an Orten wie Bars, Diskotheken, Häfen, Tankstellen und Bordellen.

Die im Rahmen der Großprojekte entstehende unkoordinierte Beschäftigung löst sowohl in der Stadt als auch auf dem Land bestehende soziale Strukturen auf, führt in ehemals klei-

ANJOS, A. K.; MOUSSE, J. I.; GUERRA, J. usw. O machismo na mídia: como a imagem da mulher é retratada. Anais eletrônicos do XIV Congresso de Ciências da Comunicação na Região Norte. Manaus, 2015. Online unter: <http://goo.gl/H5oiWV>, aufgerufen am 24.6.2016.

DE LAURETIS, Teresa. A tecnologia do gênero. In: HOLLANDA, Heloísa Buarque de (Hrsg.). Tendências e impasses: o feminismo como crítica da cultura. Rio de Janeiro: Rocco, 1994, S. 206-242.

RAMOS, D.; GRAÇA, E.; ANDRADE, G. usw. As mulheres nas eleições de 2014. Secretaria de Políticas para as Mulheres, 2014. Online unter: <http://goo.gl/CF3o3d>, aufgerufen am 24.6.2016.

nen Ortschaften zur Überbevölkerung und demzufolge zu einer nicht ausreichenden Bereitstellung von Basis-Infrastruktur (z.B. Wasser, Abwasser, Strom). Sie bedingt die Veränderung der lokalen Kultur sowie des bisher unter der Lokalbevölkerung üblichen Produktions- und Konsummodells. Dies führt neben anderen Faktoren dazu, dass Familien, und dort eben auch die Kinder und Jugendlichen, sich der Prostitution zuwenden. Diese ist für sie eine alternative Einkommensquelle zur Überlebenssicherung und auch zur Verwirklichung von Konsumträumen.

Ich habe mehrmals den Landkreis Altamira im Bundesstaat Pará besucht, wo derzeit das Wasserkraftwerk Belo Monte gebaut und in Betrieb genommen wird. Dort habe ich an Bildungs- und Reflexionsveranstaltungen zum Thema der Zunahme von sexueller Ausbeutung im Rahmen des Kraftwerkbaus teilgenommen. Das Phänomen der sexuellen Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen im Kontext von Großprojekten ist in der Gesellschaft unsichtbar und es fällt sehr schwer, präventive sowie repressive Maßnahmen dagegen zu finden, die anschließend von den politisch Verantwortlichen beschlossen und durch die öffentliche Hand umgesetzt werden können. Es müssen dringend mehr Informationen über Kinder- und Jugendrechte in der Gesellschaft verbreitet werden, aber auch spezifisch die Aufklärung und Beratung der Arbeiter*innen auf den Großbaustellen muss verbessert werden.

Was hat die sexuelle Ausbeutung im Kontext von Großprojekten gezeigt?

Sexuelle Ausbeutung bedeutet nicht nur ein Verbrechen, sondern auch Not, Angst, Scham und Verlegenheit der Opfer, die zudem oft das Einverständnis von Familienangehörigen für ihre Tätigkeit haben. Meist handelt es sich um Menschen, deren Rechte missachtet werden, die arm sind, aus sozial schwachen Familien kommen, deshalb verletzlich sind, und die die Ineffizienz der Schutzmaßnahmen direkt zu spüren bekommen. Trotz des vorhandenen politischen Diskurses gelingt es nämlich nicht, wirksame Begleitprogramme für Opfer dieses Verbrechenstyps auf den Weg zu bringen.

Bei sexueller Ausbeutung handelt es sich um ein monströses Verbrechen, das im Stillen stattfindet, über das kaum debattiert und gegen das wenig unternommen wird. Seine Bekämpfung verlangt eine holistische Sicht der Menschenrechte: Die Menschenwürde ist unwiderruflich, unveräußerlich und unverjährbar. Um dieser komplexen Situation gerecht zu werden, bedarf es verschiedener effizienter Aktionen. Ich hebe darunter die folgenden Herausforderungen hervor: Die Erarbeitung effizienter Vorschläge zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung; die interdisziplinäre und qualifizierte Beratung und Begleitung der Opfer; und die Identifizierung und die Strafverfolgung der für diese entwürdigende und kriminelle Praxis Schuldigen.

Kampftag: Bundesweite Mobilisierung gegen die Gewalt gegen Frauen | 27-04-2016 | Seropédica, UFRRJ

Foto: MídiaNINJA/flickr (CC BY-NC-SA 2.0)



Es müssen dringend politische Maßnahmen und Strategien zur Behandlung dieses Problems definiert werden, und die Gewaltfrage muss in die Verantwortung der öffentlichen Hand gelegt werden, so dass man effiziente und effektive politische Maßnahmen im öffentlichen Leben entwickeln kann. Ich betone auch die Notwendigkeit einer Sensibilisierung der Bevölkerung im Allgemeinen und einer Stärkung ihres Engagements, denn noch immer wird im Bundesstaat Pará sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit dem Verweis gerechtfertigt, es gehe hier um eine „kulturelle Frage“. Dieses Problem muss von den für Bildung verantwortlichen Organen entmystifiziert werden, ebenso wie von Nichtregierungsorganisationen, Vereinen, Gemeindeführer*innen, Kirchen etc. Darüber hinaus ist es notwendig, die Schuldigen für das Verbrechen der sexuellen Ausbeutung zur Verantwortung zu ziehen, denn die vorherrschende Straflosigkeit provoziert bei den Betroffenen Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit.

Ich möchte schließen, indem ich bestätige, dass ich trotz Verfolgung und Bedrohung niemals müde werde zu sagen, dass wir entschlossen und mit aller Kraft kämpfen müssen. Die Welt gehört denen, die mutig sind. Das Leben ist zu wertvoll, um verletzt zu werden. ■

* Marie Henriqueta Ferreira Cavalcante studierte Biologie an der Methodistenuniversität in Piracicaba (Bundesstaat São Paulo) und koordiniert die Kommission *Justitia et Pax* der Regionalstelle Norden 2 (Pará und Amapá) der brasilianischen Bischofskonferenz.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Almute Heider.

Die in Brasilien in den Jahren 2015 und 2016 stattgefundenen politischen Veränderungen stellen ein Bedrohungsszenario für die sozialen, wirtschaftlichen und ökonomischen Errungenschaften sowie für die erkämpften brasilianischen Bürgerrechte und vor allem für den öffentlichen Sektor dar. Mit Blick auf die Rechte der Frauen äußert sich dieses Szenario durch das Erstarken einer konservativen Bewegung, die die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft erfasst: Von den Beziehungen in den Familien bis zu öffentlichen Räumen der Macht.

Die Verteidigung der Frauenrechte im Amazonasgebiet

von Aldebaran Moura, Maria Costa und Jaqueline Felipe*

Darüber hinaus hat die schwache Repräsentation der Frauen im Parlament zur Verschlechterung der Situation beigetragen. Obwohl Frauen 52% der brasilianischen Gesellschaft ausmachen, werden sie im Abgeordnetenhaus lediglich mit einem Frauenanteil von 10% und im Senat mit etwas mehr als 15% repräsentiert. 2015 brachten die Abgeordneten einen Vorschlag zur Abstimmung, der für drei Legislaturperioden gelten sollte. Ausgehend von einem Mindestanteil von 10% im Jahr 2018, sollte der Anteil der Frauen über 12% bis zu mindestens 15% in der dritten Legislaturperiode gesteigert werden. Für einen Erfolg des Gesetzes waren 308 Stimmen erforderlich; erreicht wurden lediglich 293. Im Senat lief es anders. Ein Gesetzesentwurf, der eine Steigerung des Mindestanteils in den folgenden drei Legislaturperioden von 10% über 12% bis 16% im dritten Wahljahr vorsieht, wurde vom Senat angenommen. Die Abgeordneten hatten eine Quote von 30% gefordert.

Im Kongress wird das Gesetz PL 6583/2013 behandelt, bekannt als „Estatuto da Família“, das eine Definition von „Familie“ darlegt. Nicht berücksichtigt werden Gemeinschaften von Personen gleichen Geschlechts. Weiterhin ist das, unter Federführung des Abgeordneten Cunha eingebrachte, Gesetz PL 5069/2013 in Verhandlung. Dieses sieht die Kriminalisierung von Abtreibungen im Falle einer Vergewaltigung vor. Während die Frauen dafür kämpfen, dass Abtreibung als ein Problem des öffentlichen Gesundheitssystems verstanden wird, versinkt das Parlament in Anachronismus. Es behandelt das Problem unter dem Vorwand von Moralismus und religiösem



Naturschutzgebiet auf der Insel Combu, Pará
Foto: Mácio Ferreira/ Ag. Parálo (CC BY-NC 2.0)



Medizinische Untersuchung von Indigenen am Rio Humaitá,
Nebenfluss des Muruno Acre
Foto: Arison Jardim/ Secom (CC BY-NC 2.0)

Fundamentalismus und begünstigt damit eine prohibitive Gesetzgebung. Wie wir feststellen, werden die Folgen dieser reaktionären Beschlüsse des brasilianischen Parlaments die städtischen Arbeiterinnen, die Bäuerinnen, *Extrativistas*, *Quilombolas*, sowie die indigenen Frauen besonders hart treffen. Angesichts der aktuellen rückschrittlichen Entwicklungen hat die brasilianische Zivilgesellschaft neue Formen der Organisation und Ausdrücke des Widerstandes gegen die Einschränkung von Rechten erprobt. Frauen nehmen dabei eine zentrale Rolle im Kampf gegen diesen derzeitigen legislativen Angriff und gegen die Gewalt an Frauen ein. Dabei verteidigen sie die zentrale Prämisse des Feminismus, dass alle Männer und Frauen frei und gleich geboren werden und ihnen aus diesem Grund die gleichen Rechte zustehen.

Im Amazonasgebiet haben sich die Frauen in ihrer historischen Entwicklung als kollektive Subjekte der Veränderung organisiert und so einen Prozess zum Brechen des Schweigens angestoßen und eine gemeinsame Agenda mit allgemeinen Forderungen und zur Verteidigung ihrer Rechte aufgestellt. Vor diesem Hintergrund haben die Bäuerinnen und *Extrativistas* im Jahr 2015 einen Brief der Frauen aus Amazonien veröffentlicht (*Carta das Mulheres da Amazônia*). An der Entstehung dieses Briefes waren Frauen aus den verschiedenen Bundesstaaten des Amazonasgebietes beteiligt. Gemeinsam möchten sie die Produktionsweise der landwirtschaftlichen Familien verteidigen, die sich auf agro-

ökologische Prinzipien beruft. Das Ziel ist, den Ackerbau, den *Extrativismo* und die Zucht von Tieren in Einklang zu bringen, Unterdrückung anzuklagen, Aktionen des Widerstandes sichtbar zu machen und ihre eigenen Vorschläge der Politik zu unterbreiten.

Wir zeigen im Folgenden einige Forderungen dieses Briefes auf:

- Dass das Besitzrecht auf das Land, das traditionell in der Hand von Kleinbauern und Sammlern ist, garantiert wird. Dies muss sich in einer gestärkten Regulierung äußern, in der außerdem die Rechte der Frauen festgehalten werden.
- Dass die öffentlichen Verkehrsmittel über die Flüsse und in den Wäldern ein garantiertes Recht sind und als ebenso wichtig verstanden werden wie die Dienstleistungen in den Städten. Die bestehenden Mobilitätshindernisse schaden dem Zusammenhalt der Familie, erschweren den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, aber auch den Absatz der Produktion der Landwirte.
- Dass die Anstrengungen für ein Unterstützungsprogramm zur Wertschätzung der pflanzlichen Medizin in der Landwirtschaft und dem familiären *Extrativismo* intensiviert und ausgebaut werden. Dies ist einer der Arbeitsbereiche der Frauen, in denen die meisten Schikanen und Einschüchterungen seitens der Pharma- und Kosmetikindu-



strie mit Angriffen auf das traditionelle Wissen der Frauen geschehen. Das Gesetz Lei 13.123 aus dem Jahr 2015 hat die Situation noch verschlimmert.

- Dass agrarökologische Produkte als solche zertifiziert werden, so dass die familiären Landwirtschaftsbetriebe den Markt erobern, während den Frauen ein besonderer Raum garantiert wird, Supermärkte mit einbezogen, um so eine bessere Ernährung der Gesamtbevölkerung anzustreben. Wir schlagen vor, dass die Gruppen über selbstbestimmte Produktionsstätten verfügen.
- Dass die Konvention ILO 169 respektiert wird um so den Zugang zu Informationen, insbesondere für Bäuerinnen und *Extrativistas* zu garantieren.
- Dass der Plan, die Eisenbahn durch die Gemeinde Abaetetuba zu bauen und so Territorien der *Quilombolas* zu verletzen, untersucht wird.
- Dass all die Konflikte beigelegt werden, die von den Ungerechtigkeiten auf dem Landmarkt verursacht werden und die die Landrechte der Bäuerinnen, traditionellen *Extrativistas* und indigenen Völker, die diese Gebiete traditionell besiedeln, verletzen. Diese Konflikte werden durch die Ausbreitung der Ölpalme in Baixo Tocantins, durch Soja in Baixo Amazonas, durch den Eukalyptus in der Imperatriz-Region sowie durch den Bau des Belo-Monte-Kraftwerks im Gebiet der Transamazônica ausgelöst.
- Dass die Verwendung von Produkten aus der familiären Landwirtschaft für die Zubereitung der Schulmahlzeiten durchgesetzt wird, da unsere Kinder weiterhin Essen aus Dosen zu sich nehmen, während wir Produkte in unseren Gärten und Höfen anbauen, deren Wissen und Aromen innerhalb unserer Kultur von Generation zu Generation weitergegeben wurden.
- Schließlich fordern wir die sofortige Bereitstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung für Frauen in den ländlichen Gebieten, sowohl auf den Feldern als auch in den Wäldern und auf den Flüssen. Hier kommt es vor, dass Arztpraxen einmal im Monat von einem Arzt aufgesucht werden um eine Gemeinde von mehr als 3000 Personen zu versorgen. Wir fordern die Ausbildung von Gesundheitspersonal, speziell für Bäuerinnen und *Extrativistas*, sodass das Recht auf Information wahrgenommen und leicht abwendbaren Krankheiten wie Harnwegsinfektionen vorgebeugt werden kann.

In einem Umfeld, das von Krisen und großen Herausforderungen geprägt ist, stellt der Brief einen Fortschritt hinsichtlich der Artikulation einer öffentlichen Agenda zur Mobilisierung

von Forderungen an die Politik dar. Im Amazonasgebiet gestaltet sich der Prozess noch brutaler, da sich in dieser Region die Errungenschaften noch im Konsolidierungsprozess befanden. Auf dem Höhepunkt dieses Konflikts stellt die Stärkung und Organisation der Frauen den einzigen Ausweg dar. Unter dem Thema „*Nenhum Direito a menos*“ (Kein Recht weniger) haben die feministischen Kämpfe eine essentielle Rolle für die ländlichen Frauen im Amazonasgebiet eingenommen. Sie machen auf komplexe Themen aufmerksam: das Sichern von politischen Initiativen hinsichtlich der Ernährungssicherheit oder fundamentale Rechte für ein menschliches Leben. Diese Strategie stärkt Beziehungen zwischen den Gebieten und Schritt für Schritt konnten die Frauen mehr Autonomie innerhalb ihrer Gemeinden erlangen. ■

* Aldebaram do Socorro Farias de Moura hat einen Master in Politikwissenschaften und ist Koordinatorin bei FASE Amazônia und Feministin.

* Jaqueline Felipe dos Santos ist Agraringenieurin und Bildungsreferentin bei FASE Amazônia sowie Feministin.

* Maria das Graças de Figueiredo Costa ist Bildungsreferentin bei FASE Amazônia und Feministin.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Simon Müller.

Wenn man über Kinder- und Jugendrechte in Amazonien spricht, muss man verstehen, was es bedeutet, "amazonisiert" zu sein. Das heißt: sich der Kultur bewusst zu sein, der Art des Zusammenlebens zwischen Mensch und Umwelt, der riesigen Entfernungen, der Notwendigkeit eines eigenen räumlichen Verständnisses, ebenso wie der Überwindung der kolonialistischen Haltung des „Großgrundbesitzerrechts“ (*coronelismo*), die in der Region noch sehr verbreitet ist.

Das Ringen um Kinder- und Jugendrechte in Amazonien

von Keila Souza Marães Giffoni*

Zu verstehen, was es bedeutet, in Amazonien ein Kind zu sein, heißt, die unterschiedlichen Realitäten und Vorstellungen von Kindheit zu verstehen. Zu erkennen, was die regionalen Differenzen und kulturellen Unterschiede angeht, wie zum Beispiel die Existenz des Stadtkindes, des armen Kindes, des Kindes vom Land, von Indigenen, von *Quilombola* und von Flußanwohnenden (*ribeirinhos*). Denn solche Unterschiede führen zu Rechtsverletzungen, wenn sie nicht berücksichtigt werden.

Was die Realität in Amazonien angeht, so ist eine weitreichende soziale Problematik Teil der Komplexität, zu der Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, vor allem von Kindern und Jugendlichen, gehören. Sie sind ein trauriges Beispiel für die Verletzlichkeit, die aus dem Nicht-Funktionieren der Kinder- und Jugendpolitik in der Region herrührt.

Die Präsenz großer Infrastrukturprojekte und die Abwesenheit des Staates, vor allem in den abgelegenen Gemeinden und Regionen, potenzieren die Rechtsverletzungen und haben das Leben der amazonischen Gemeinden auf verheerende Weise beeinträchtigt.

Bezüglich der politischen Verantwortung für Kinder und Jugendliche ist es wichtig zu wissen, dass verschiedene Instanzen der Jugendhilfe verpflichtet sind, einzugreifen – so sieht es das Kinder- und Jugendrecht (ECA) vor. Gleichzeitig obliegt es auch dem Jugendamt, für die bestehenden Probleme Lösungen zu finden, für den

Einzelfall ebenso wie für die Gesamtheit der Kinder und Jugendlichen.

Angesichts dessen glauben wir, dass wir als Zivilgesellschaft die Aufgabe haben, Initiativen zu fördern, die eine Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen vorsehen, die Maßnahmen der Jugendpolitik entwickeln, durchführen und kontrollieren. Eine Politik, die eine neue Kultur der Achtung und Garantie der Kinder- und Jugendrechte etabliert, die von der spezifischen Realität und den spezifischen Problemen und den Besonderheiten der Amazonasregion ausgeht.

Es ist wichtig, die Gesellschaft zu mobilisieren, damit sie Rechtsverletzungen und Verbrechen wie sexualisierte Gewalt – von denen in vielen Fällen gewollt ist, dass sie unsichtbar bleiben – kontinuierlich verfolgt, bekämpft und durchsetzt, dass diese bestraft werden. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche – die häufigsten Opfer solcher Straftaten – geschützt werden und zu Recht von einer besseren Welt träumen können.

– geschützt werden und zu Recht von einer besseren Welt träumen können.

In diesem Sinne entwickelt die Regionalstelle Nord II (Bundesstaaten Pará und Amapá) der brasilianischen *Cáritas* mit verschiedenen Partnern das Projekt „Aktion und Schutz“, dessen Hauptanliegen es ist, zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Amazonien beizutragen. Das Projekt bietet verschiedene Aktionen von Informations- und Aufklärungsarbeit bis hin zu einem Präventionsnetzwerk an. Dabei werden lokale staatliche und nicht-staatliche Akteure eingebunden, die Kinder- und Jugendrechte durchsetzen sollen. Dabei setzt das Projekt auch auf die gesellschaftliche Mobilisierung, um Druck auf die

Naturschutzgebiet auf der Insel Combu, Pará
Foto: Mácio Ferreira/ Ag. Pará (CC BY-NC 2.0)



staatlichen Stellen auszuüben.

Zurzeit läuft das Projekt in drei Regionen des Bundesstaates Pará: In der Region der Insel Marajó, den Gemeinden Melgaço und Currálinho, in der Region Unterer Amazonas, in den Gemeinden Santarém, Óbidos, Alenquer, Oriximiná, Juruti und der Region Tocantina sowie in der Gemeinde Abaetetuba. Von seinem Beginn 2011 bis heute hat es im Projekt eine Reihe von Herausforderungen aber auch Möglichkeiten gegeben, wobei zum Beispiel die wichtige Rolle der Kirche im Einsatz für die Menschenrechte deutlich geworden ist. Dies gilt insbesondere bezüglich der Ausbildung von Aktivist*innen und Gemeindeglieder*innen sowie der Vernetzung und gemeinsamen Lobbyarbeit gegenüber staatlichen Stellen, die so eine Reihe von Instrumenten zur Festigung der Netzwerkarbeit zum Schutz der Kinder- und Jugendrechte etabliert haben.

Sexualisierte Gewalt, die sich durch Ausbeutung und sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen manifestiert, ist immer ein heikles Thema. Viele Familien wissen damit nicht so umzugehen, dass die bestmögliche Unterstützung und Hilfe für das Opfer im Vordergrund stehen. Deshalb ist es das Ziel des Projekts, die Familien für Prävention und den Schutz von Kinder- und Jugendrechten zu sensibilisieren sowie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gezielt zu stärken. Hinzu kommen das Monitoring und die Bemühung um den Schutz durch das Rechtssystem sowie durch das Netzwerk zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist auch die Betreuung und Begleitung von Fällen, die zur Anzeige gebracht wurden.

Die Feststellung, Weiterleitung und Anzeige von Gewalttaten ist die größte Herausforderung. Nicht zuletzt weil diejenigen, die den Fall anzeigen, selbst Gefahr laufen, zum Opfer von Verfolgung zu werden. Denn in vielen amazonischen Gemeinden herrscht noch die Macht des „Großgrundbesitzerrechts“ und das Sagen hat derjenige, der über das größte Vermögen verfügt. Deshalb ist es so wichtig, Strategien und Handlungen zur Sensibilisierung mit den Kindern und Jugendlichen selbst zu entwickeln sowie mit den Mitarbeiter*innen des Rates, der Pastore, der Schulen und der Gemeinde im Allgemeinen, damit sie aufmerksam sind bezüglich Anzeichen, die auf Kindesvernachlässigung hindeuten.

Laut der von Unicef veröffentlichten Studie „Kindheit in Amazonien“ (UNICEF-2004), ist die sexuelle Ausbeutung von Kindern häufig die Folge von Kindesvernachlässigung.

Körperliche Gewalt und sexueller Missbrauch sind die am häufigsten gemeldeten Straftaten gegen Kinder, und Mädchen sind die häufigsten Opfer von sexualisierter Gewalt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kinder, die Opfer sexualisierter Gewalt werden, mehrheitlich zwischen 7 und 14 Jahre alt sind –

genau das Alter in dem sich die Geschlechtsorgane entwickeln. Die Studie zeigt auch, dass häusliche Gewalt und innerfamiliäre Gewalt zusammen fast 40% der 11.883 Fälle ausmachen. Dies zeigt wiederum die Dringlichkeit und Notwendigkeit, dieses Thema mit der ganzen Familie und Gemeinschaft zu bearbeiten.

Wir glauben, dass es angesichts der Widersprüche, wie sie einer so komplexen Region wie Amazonien eigen sind, nötig ist, einen Weg zu finden, wie die lokale Bevölkerung die elementaren Bürgerrechte und die Menschenwürde schützen kann. Und es ist unerlässlich Alternativen und Bedingungen zu entwickeln, die ihnen helfen, das besser zu machen, was sie schon wissen und kennen, sowie neue Wege zu gehen, die Ökologie, Umweltgerechtigkeit und Bürgerrechte verbinden. Dafür ist eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Zuständigen in den Institutionen essentiell, die sich mit all ihrer Verbindlichkeit einsetzen für eine bessere Welt mit mehr Gerechtigkeit und Würde für alle Menschen. ■

* Keila Souza Marães Giffoni erhielt ihre Ausbildung in Verwaltung und Management an der Salesianischen Fakultät Dom Bosco (2009). Sie hat von 2004-2011 bei der Caritas der Erzdiözese von Manaus als Projektkoordinatorin gearbeitet. Von 2011 bis 2014 hat sie die Bewegung „Leben und Hoffnung“ in Manaus im Bundesstaat Amazonas, geleitet. Zurzeit ist sie Geschäftsführerin der Regionalstelle Nord II (Bundesstaaten Pará und Amapá) der brasilianischen Caritas und koordiniert die Projekte, organisiert, vernetzt und repräsentiert bei Aktionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene der Diözesen und Gemeinden.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Tina Kleiber.

In Zeiten der Krise innerhalb des kapitalistischen Systems intensivieren die großen Firmenverbände ihre Anstrengungen, um ihre Gewinnmargen zu halten oder auszuweiten und damit die Konzentration des Kapitals voranzutreiben. In diesem Sinne werden sie in verschiedenen Bereichen aktiv. Sie versuchen die Arbeiter*innenrechte aufzuweichen, sich durch Privatisierung öffentliche Güter und Unternehmen anzueignen, private Konkurrent*innen zu übernehmen und ihren Besitz an natürlichen Ressourcen auszuweiten. In diesem Kontext werden demokratische Werte missachtet und demokratisch gewählte Regierungen, insbesondere in Lateinamerika, immer wieder gestürzt.

Die Indigenen Völker und die Temer-Regierung

von Dom Roque Paloschi*

Der Zugang zu natürlichen Ressourcen, ihre Ausbeutung und Umwandlung in Handelsware ist ein sehr profitabler und einfacher Mechanismus. Die expansionistische Bewegung in Lateinamerika und insbesondere in Brasilien hat dies längst erkannt. Sowohl die indigenen Gebiete als auch die von anderen traditionellen Völkern und Gemeinschaften besetzten Ländereien sind sehr reich an natürlichen Ressourcen. Deshalb sind diese Gebiete einer ständigen Belagerung ausgesetzt, und die Eigentumsverhältnisse werden kontinuierlich angegriffen. Die gewalttätigen Attacken auf die indigene Bevölkerung in Brasilien finden sowohl auf den von ihnen bewohnten bzw. wiedererkämpften Gebieten als auch auf der institutionellen Ebene der drei Staatsgewalten statt. Die Instrumente, die in diesem Prozess zur Anwendung kommen, sind vielfältig. Unter anderem finden sich darunter Angriffe von Milizen, die von den Großgrundbesitzer*innen beauftragt werden, Vorschläge zur Verfassungsänderung (PEC 215/2000) im Nationalkongress, fragwürdige Rechtskonstrukte bei der Rückforderung der Gebiete (*tese do Marco Temporal*), die Verweigerung des Zugangs zur Justiz, die Verschleppung der Demarkierungsprozesse und der unterlassene Schutz der Ländereien vor Ausbeutung und Verschmutzung. In Brasilien wird aber nicht nur die Wiedera- neignung des Landes durch die indigene Be-

völkerung behindert, sondern auch die Besetzung von bereits anerkanntem indigenen Land durch nicht-indigene Menschen gefördert und legalisiert.

Als Teil der Kampagne gegen Indigene und ihre Landansprüche wurde von den Großgrundbesitzer*innen eine Kriminalisierungswelle vorangetrieben, von denen Indigene Führer*innen, Anthropolog*innen und auch Nicht-Regierungsorganisationen betroffen sind, die sich für die Rechte von Indigenen einsetzen. In diesem Zusammenhang gab es bereits zwei parlamentarische Untersuchungskommissionen. Sie wurden von Parlamentariern geleitet, die das Agrobusiness vertreten. Eine der beiden wurde im Landesparlament von Mato

Grosso do Sul eingerichtet, um die Organisation CIMI zu untersuchen, und die andere untersuchte für das Abgeordnetenhaus die Behörden FUNAI / INCRA.

Die direkt Verantwortlichen für diese Attacken sind mit verschiedenen Wirtschaftsflügeln und insbesondere der Bergbauindustrie und der Agroindustrie verbunden, beides Wirtschaftsbereiche, die sich auf den Export von Primärgütern stützen. Die Hauptakteure dieser Allianz sitzen in der Agrarfraktion des Parlaments, die als *bancada ruralista* bekannt ist und ca. 240 Bundesabgeordnete und Senator*innen umfasst. Ein weiterer Akteur ist das Instituto Pensar Agropecuária (IPA), das aus mehr als 40 Organisationen der Agroindustrie besteht, die teilweise bundesweit agieren. Alle Mitgliedsorganisationen des IPA sind sehr stark vom Export von Agrarrohstoffen abhängig. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass viele Länder, auch in Europa, Agrarprodukte aus Brasili-

Feierliche Zeremonie zum internationalen Tag der indigenen Völker im Abgeordnetenhaus in Brasília

Foto: MídiaNINJA / flickr

(CC BY-SA 2.0)



en importieren, obwohl es hinreichend bekannt ist, dass der Agrarindustriesektor zahlreiche Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegen die indigene Bevölkerung zu verantworten hat. Wir sind überzeugt, dass die Länder durch ihre Importe genau diejenigen unterstützen, die für diese ständigen Attacken auf die indigene Bevölkerung verantwortlich sind.

Die *bancada ruralista* hat bei dem Amtsenthebungsprozess gegen die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff eine entscheidende Rolle gespielt und während dieses Prozesses gemeinsam mit dem Instituto Pensar Agropecuária ein Dokument mit dem Titel "Pauta Positiva – Biênio 2016-2017" erarbeitet. In diesem Dokument finden sich Vorschläge, die die indigenen Rechte sowie die Rechte von traditionellen Völkern und Gemeinschaften in Frage stellen und Rechte von Landarbeiter*innen einschränken. Das alles dient den Interessen der großen Agrarindustrie im Land.

Die Tatsache, dass Michel Temer am 3. Agrobusiness-Forum (*3a. Edição do Global Agribusiness Forum (GAF)*) teilnahm und am 04. Juli dort eine Rede hielt, in der er seine Verbundenheit mit der Agrarindustrie betonte, macht deutlich, auf welcher Seite der Putschpräsident steht.

Die indigenen Völker hingegen zeigen sich unbeeindruckt und halten in ihrem Widerstand die Reihen weiterhin geschlossen. Sie verteidigen ihre Rechte und ihre Lebensweise durch Besetzungen, Selbst-Demarkierung ihrer Gebiete, den Schutz ihrer Ländereien, durch ihr Auftreten auf verschiedenen Ebenen der politischen Bühne und in ihrer Zusammenarbeit mit unterstützenden Organisationen. Sie zeigen die Bereitschaft und Fähigkeit, sich zu organisieren um sich der Todesmaschine entgegenzustellen.

Angesichts dieses komplexen und beunruhigenden Umfelds, der ständigen Attacken auf die indigene Bevölkerung sowie einer unrechtmäßigen Regierung, bleibt der CIMI dem Evangelium des Lebens verbunden. Er setzt sich ein für die Verteidigung der indigenen Rechte auf den verschiedenen Ebenen des Staates. Trotz der Bedrohung durch institutionelle Kriminalisierung wird der CIMI weiterhin auf nationaler und internationaler Ebene die Aggressionen gegen die Indigenen denunzieren. Der CIMI unterstützt die souveränen, legitimen und notwendigen Initiativen der indigenen Völker, die ihre Lebensweise verteidigen. ■

* Dom Roque Paloschi ist Erzbischof von Porto Velho und Präsident des Indigenen Missionsrat (CIMI).

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Fabian Kern.

Die brasilianische Verfassung - kaum 28 Jahre alt - hat nach dem Militärputsch von 1964 eine neue Ära eingeläutet. Sie stellt die Basis zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats: einer Präsidentialdemokratie, in der dem Parlament eine starke Rolle zukommt. In diesem Modell der demokratischen Repräsentation ist die für das Präsident*innenamt gewählte Person gezwungen, Aushandlungen vorzunehmen und auch mit Parteien gegensätzlicher Positionen Allianzen zu bilden, um die nötigen Mehrheiten für ihre/seine Gesetzesvorschläge zu erreichen.

Sozial-ökologische Gerechtigkeit in der Krise

von André Halloys Dallagnol*

Trotz aller Schwierigkeiten kann man Brasilien als ein demokratisches Land bezeichnen, da die Regierenden auf nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene alle direkt gewählt werden. In den letzten Jahren gelang es durch einen Prozess intensiver Mobilisierung und politischer Bildung einige Vertreter*innen zu wählen, die sich für Anliegen von breitem öffentlichen Interesse eingesetzt haben. Dadurch konnten vor allem hinsichtlich der Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und ihrer Mitbestimmung mittels der Einrichtung von Räten und Kommissionen bedeutende Fortschritte erzielt werden. Durch diese Formen der Beteiligung waren die Mitgestaltung und die Umsetzung so wichtiger Programme wie z.B. das "Nationale Programm für Agroökologie und biologischen Anbau" und andere bahnbrechende Errungenschaften, die über partizipative Demokratie gelangen, möglich. Dies zeigt, dass die partizipative Demokratie der richtige Weg ist, gesellschaftliche Fortschritte hin zu sozialer Gerechtigkeit zu erreichen, einschließlich der Verteilung von Einkommen und Land. Der Weg zu Umweltgerechtigkeit und der freien Verfügbarkeit der Gemeingüter und ihrer fairen und nachhaltigen Nutzung.

Doch die der repräsentativen Demokratie und dem auf Koalitionen basierenden Präsidentialismus inhärenten Widersprüche haben sich durch die Umsetzung von Megaprojekten wie Staudämmen und Wasserkraftwerke in Amazonien und den Ausbau der Agrarindustrie immer stärker gezeigt. Das Fortschreiten dieser Politik ermöglichte die Ausdehnung der Agrarflächen und die Verdrängung indigener und traditioneller Völker und Gemeinschaften aus ihren Gebieten, um Platz zu machen für industrielle Vorhaben wie Bergbau und Ener-

giegewinnung. Mit der gleichen Geschwindigkeit, mit der solche Vorhaben foran-schritten, wurden die Landreform und die Kennzeichnung von Gebieten Indigener Völ-ker und von Quilombolas gebremst, und die Gewalt auf dem Land verschärfte sich mit der Ermordung von Menschenrechtsvertei-diger*innen. Allein 2015 wurden 50 Morde im Zusammenhang mit Landkonflikten ge-zählt, 14 mehr als 2014¹.

Die in der Verfassung festgeschriebenen Rechte begannen in den Augen der Wirt-schaft, hinderlich zu werden für den nation-alen Fortschritt. Erstmals wurden gefährliche Maßnahmen verabschiedet, bei-spielsweise das Gesetz zur Biologischen Si-cherheit (*Lei de Biossegurança*, 11.105/2005) 2005. Mit diesem Gesetz wurde der in der Verfassung verankerte Umweltschutz ver-wässert, indem dem Umweltministerium die Zuständigkeit für die Umweltverträglichkeitsstudie zur Freisetzung genverän-derten Saatguts entzogen wurde. Darüber entscheidet statt-dessen die Nationale Kommission für Biosicherheit, die in der Mehrheit mit Wissenschaftler*innen besetzt war, die der Saat-gutindustrie nahe stehen.

Ein weiterer Meilenstein in der Einschränkung von Rechten war das 2012 verabschiedete Waldgesetz (*Código Florestal*). Das neue Gesetz verändert das Paradigma des Umweltschut-zes durch die Einführung von Marktmechanismen, wie zum Beispiel das Zahlen von Umweltdienstleistungen, für die CO²-Zertifikate erworben werden können. Diese Zertifikate können auf dem nationalem ebenso wie auf dem internationalem Markt zur Kompensation für die Verschmutzung durch den Ausstoß von Treibhausgasen erworben werden. Und es führt so genannte Schutzquoten (*Cotas de Reserva Ambiental*) ein, die frei an der Börse gehandelt werden können. Sie sind aner-kannt als Ausgleich, um anderswo die Auflage - eine Mindest-fläche von 20% pro Agrarfläche als Reserve ungenutzt zu lassen - nicht einhalten zu müssen. Besagtes Gesetz schuf auch das Umweltkataster für Agrarflächen (*Cadastro Ambiental Ru-ral*), ein Mechanismus zur Deklaration des Landbesitzes durch die Eigentümer*innen selbst, auf dessen Grundlage Kontrolle und Regulierung der Einhaltung der Umweltauflagen geschehen sollen.

Hierbei handelt es sich um die Flexibilisierung eines der wich-tigsten Instrumente um Umwelt- und soziale Gerechtigkeit in Brasilien zu erreichen: Artikel 225 der Verfassung, der den jetzigen und den künftigen Generationen das Recht auf eine



Altamira - Kinder bei einem Marsch gegen sexuelle Ausbeutung.
Foto: Marie Henriqueta Ferreira Cavalcante

ebenswerte Umwelt und ihre gemeinschaftliche Nutzung zusi-ichert.

Die beschriebenen Maßnahmen führten zu unzähligen Prote-sten und ihre Rechtmäßigkeit wird aktuell vom Obersten Ge-richtshof (STF) geprüft. Allerdings wurden die Fakten bereits geschaffen für eine Ausbreitung der genveränderten Monokul-turen. Die Ausweitung der Agrarfläche wurde durch die Lega-lisierung von 58% der unrechtmäßig abgeholzten Fläche Brasiliens festgeschrieben, ausgehend von der bis zum 22. Ju-li 2008 entwaldeten Fläche. Darüber hinaus ermöglicht das neue Waldgesetz noch weitere 88 Mio. Hektar ganz legal abzu-holzen durch die teilweise bzw. völlige Streichung der Aufla-ge, dass ländliche Immobilien eine Schutzzone (*Áreas de Preservação Permanente*) vorweisen müssen, die nicht gerodet werden darf.

2015 wurde das Gesetz 13.123/2015 verabschiedet, das über den Zugang zu und die Gewinnausschüttung aus den soge-nannten nationalen genetischen Ressourcen sowie aus dem traditionellen Wissen entscheidet. Es legalisiert damit die Pra-xis der Biopiraterie in Brasilien - durch eine Reihe von Aus-nahmeregelungen, die von der Nutzung bis zur Kommerzialisierung solcher Produkte aus der Natur reichen - ohne die vorherige informierte Zustimmung der Betroffenen bzw. ihrer Teilhabe an den Gewinnen. Doch damit nicht genug: Durch eine Flexibilisierung der Umweltstandards, die Schaf-fung von Vermarktungsinstrumenten der Natur und die Priva-tisierung öffentlicher Güter, höhlen die rechtlichen Ver-änderungen Schritt für Schritt die in der Verfassung garan-tierten Rechte aus, vor allem solche zum Schutz der Umwelt. Dies neben der Möglichkeit zur Kompensation (bei Nichtein-

haltung von Umweltauflagen) sowie der Stärkung von Mechanismen der Selbstdeklaration durch die Eigentümer statt externer Kontrolle.

Auf diese Weise werden Kollektivrechte auf Gemeingüter entzogen, und der Schutz und das Recht auch künftiger Generationen auf eine lebenswerte Umwelt und deren gemeinschaftliche Nutzung umgewandelt, dem Privatbesitzrecht unterworfen und zur Vermarktung freigegeben. Durch diese Präzedenzfälle hat Brasilien die Möglichkeit eröffnet, Umweltverträglichkeitsprüfungen ganz abzuschaffen, so wie es der Vorschlag zur Verfassungsänderung n° 65/2012 vorsieht (siehe Artikel Christoph Hess).

Die benannten Initiativen stehen in Verbindung mit dem Druck, der aus der jüngsten Krise der zentralen nordamerikanischen, europäischen und japanischen Wirtschaften hervorgeht, die sich 2008 verschärfte, und die schwere soziale und ökologische Rückschläge provoziert, für deren Umsetzung jetzt die entsprechende Änderung der nationalen Rechtslage erforderlich ist. Dieses Maßnahmenpaket ist mit einem demokratischen rechtstaatlichen System unvereinbar, sofern es sich um ein politisches Projekt handelt, das auch nur im mindesten vorgibt, Sozialstandards zu garantieren! Deshalb ist es möglich, dass es zu einem Bruch mit der Demokratie kommt, wie er in Brasilien derzeit erlebt wird und wie er in anderen lateinamerikanischen Ländern schon vorgekommen ist.

So wird gerade eine neue und unerfreuliche Seite der brasilianischen Geschichte geschrieben: Das Land erlebt die Absetzung der ersten Frau, die in das Amt der Regierungschefin gewählt wurde. Es handelt sich um einen parlamentarischen Putsch, der von denjenigen Abgeordneten angestrengt wurde, die ein Maßnahmenpaket zur Schwächung und Aushöhlung verfassungsmäßig verbriefteter Rechte vorgelegt haben. Dies ist ein Putsch gegen die junge und kränkelnde brasilianische Demokratie, ausgeführt von reichen weißen evangelikalen Männern und Großgrundbesitzern, die das wahre Brasilien nicht repräsentieren. ■

* André Halloys Dallagnol ist Anwalt der Menschenrechtsorganisation Terra de Direitos, Verantwortlich für die Thematik Biodiversität und Ernährungssouveränität.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Tina Kleiber.

1 Daten aus der 31. Ausgabe des Berichts "Landkonflikte" der Landpastorale CPT (*Comissão Pastoral da Terra*).

Mit der größten Biodiversität und Frischwasserreserven der Welt, fünf komplexen Biomen sowie unzähligen Ökosystemen, verfügt Brasilien über eine einzigartige Naturlandschaft. Die Natur Brasiliens beherbergt nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern auch Millionen von Menschen, die von ihren Ökosystemleistungen direkt oder indirekt abhängig sind. Doch das Thema Umwelt spielt (wieder einmal) eine untergeordnete Rolle in den politischen Auseinandersetzungen, die zu der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff geführt haben. Seit Jahren gibt es großen Druck auf die Umweltgesetzgebung und unter der neuen Regierung Temers könnten einschneidende Gesetzesvorhaben an Fahrt gewinnen.

Umweltpolitik in Brasilien: Bilanz und Ausblick

von Christoph Hess*

Eine ernüchternde Bilanz

Um die aktuellen Initiativen einschätzen zu können, lohnt es sich, eine kurze Bilanz der Umweltpolitik der letzten 13 Jahre zu ziehen. Und diese Bilanz ist ernüchternd: Umwelt stand nicht gerade weit oben auf der Agenda der Arbeiterpartei PT und deren Regierungen. Die Agroindustrie hat sich exponentiell ausgedehnt und mit ihr Abholzung, Monokultur und der massive Einsatz von Pestiziden und gentechnisch verändertem Saatgut.¹ Seit 2008 ist Brasilien Weltmeister im Einsatz von Pestiziden; in keinem anderen Land wird so viel Gift auf den Feldern verspritzt. Besonders besorgniserregend: ein Großteil der in Brasilien angewendeten Pestizide ist in Europa und den USA verboten. Und die Regierung intensiviert deren Einsatz sogar durch Steuererleichterungen.² Zudem wurden viele Großprojekte - gegen die zuvor Umweltschützer*innen, lokale und traditionelle Gemeinden und nicht zuletzt viele PT-Anhänger*innen jahrelang gekämpft hatten - wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu zählen z.B. die Großstaudämme im Amazonas und die Umleitung des Flusses São Francisco im Nordosten.

Wenn unter Lula (2003 – 2010) die Umwelt bereits keinen besonders hohen Stellenwert genoss, ging unter Nachfolgerin Dilma (2011 – 2016) die Tendenz weiter nach unten. Bereits als Energie-Ministerin hatte Dilma die Staudämme Santo Antônio und Jirau im Fluss Madeira mit autoritären Maßnahmen durchgesetzt. Unter ihrer ersten Präsidentschaft wurde Belo Monte genehmigt, einer der kontroversesten Staudämme der Welt. Und auch das nächste große Staudammprojekt im



Die indigenen Völker kämpfen gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen
Foto: Christoph Hess

Amazonasgebiet, Sao Luiz do Tapajós, wurde von Dilma vorangetrieben.³ Dazu stagnierte der Ausbau der Wasser-, Abwasser- sowie Abfallinfrastruktur und das Gesetz zur Regulierung der Wälder (código florestal) wurde auf Druck der Agrarlobby reformiert und aufgeweicht.⁴ Unter Dilma sank die Demarkierung von Indigenen und Naturschutzgebieten auf ihren niedrigsten Stand seit dem Ende der Militärdiktatur (1985) und die Rechte der indigenen Völker auf ihr Land wurde zunehmend infrage gestellt.⁵ Als wäre das alles nicht genug, brach im November 2015 in Mariana im Bundesstaat Minas Gerais ein Minen-Staudamm und es ergossen sich mehrere Millionen Liter Schlamm in den Rio Doce. Der "Unfall" wird von vielen als eines der größten Umweltdesaster in Brasiliens Geschichte angesehen. (Siehe Artikel von Christian Rousseau)

Umweltpolitik weiter unter Beschuss

Eine wahrhaft ernüchternde Bilanz. Doch viele Beobachter*innen gehen davon aus, dass es unter der neuen Regierung nicht besser werden wird. Die PMDB, die Partei des vorherigen Vize- und jetzigen Präsidenten Temer, ist traditionell mit den brasilianischen Wirtschaftseliten verbunden und vertritt deren Interessen – dazu gehört auch die Agro- und Bergbauindustrie. Bereits in den letzten Jahren wurden vermehrt Gesetzesvorhaben artikuliert, die in mehreren Bereichen der Umweltpolitik bedenklich sind. Dazu gehört z.B. das neue Gesetz über Bergbau (*Código de Mineração*), das eine Reihe von Vereinfachungen für die Bergbauindustrie vorsieht. Vor allem aber steht die Gesetzgebung zum Umweltgenehmigungsverfahren in der Kritik.

Das Umweltgenehmigungsverfahren ist vor allem bei Groß-



Soja für den Export - eine der großen Umweltbedrohungen in Brasilien
Foto: Christoph Hess

projekten, wie z.B. großen Staudämmen und Bergbauvorhaben komplex, und vielen Wirtschaftsvertreter*innen ein Dorn im Auge. Sie bezeichnen das Verfahren als „Entwicklungshemmnis“ und fordern eine Vereinfachung.

Unter den aktuellen Vorhaben heben sich die Verfassungsänderung PEC 65/2012 und der Gesetzesentwurf PLS 654/2015 hervor. Die PEC 65/2012 enthält eine weitgehende Verfahrensänderung. Sie sieht die obligatorische Genehmigung eines Projektes bei bloßer Vorlage einer Umweltprüfung von Seiten des Trägers vor. Der Gesetzesentwurf PLS 654/2015 zielt ebenfalls auf eine Vereinfachung ab. Für Projekte, welche von der Regierung als „strategisch“ eingestuft werden, soll in Zukunft eine Frist von maximal acht Monaten gelten. Falls die zuständigen Behörden nicht innerhalb dieser Frist reagieren, gilt das Projekt als genehmigt. Dazu sollen die heute vorgeschriebenen öffentlichen Anhörungen abgeschafft und nur noch eine Lizenz vergeben werden. Nach heutigem Stand ist die Lizenzvergabe in provisorische, Installations- und Inbetriebnahmelizenz dreigeteilt.

Beide Vorlagen sind brisant und mit politischen Risiken verbunden. Sicherlich einer der Gründe, warum sich das Umweltministerium stattdessen für einen viel älteren Vorschlag, den Gesetzesentwurf PL 3729 aus dem Jahr 2004, als Vorlage für ein neues Gesetz entschied. Dieser Entwurf entschärft die Situation, geht aber trotzdem auf die Wirtschaftsinteressen ein. Er sieht ein vereinfachtes Verfahren für Projekte mit „geringem Verschmutzungspotential“ vor, will das Verfahren standardisieren und vereinheitlichen, legt eine Frist von zwölf Monaten Bearbeitungszeit fest und definiert eine Methodik, mit welcher Projekte ganz von dem Verfahren befreit werden

können. Darüber hinaus soll die Teilnahme von dritten Behörden – wie etwa der für indigene Fragen zuständigen Funai – beschränkt werden.

Werden sich Wirtschaftsinteressen durchsetzen?

Es gibt sicherlich gute Gründe das Verfahren zu reformieren. Nach heutigem Stand frustriert es alle Beteiligte; inklusive der betroffenen Bevölkerung, der indigenen/traditionellen Gemeinden, sozialen Bewegungen und Umweltschützer*innen. Mauricio Guetta, Anwalt und Umweltberater des Instituto Socioambiental (ISA), fasst jedoch zusammen: „Wenn man all die aktuellen Gesetzesentwürfe analysiert, stellt man fest, dass keiner auf einer Stärkung des Genehmigungsverfahrens abzielt und keiner versucht, die Hauptprobleme des Verfahrens zu lösen.“⁶

Anstatt die Umweltgesetzgebung zu stärken und zu modernisieren, soll also die Gunst der Stunde genutzt werden, um geltende Standards zu senken. Nach dem Willen der neuen Regierung, soll das neue Gesetz noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Momentan wird der Gesetzesentwurf noch diskutiert und Wirtschaftsvertreter*innen fordern weitere Zugeständnisse. Die Frage ist jedoch, inwieweit sie sich durchsetzen werden. Die neue Regierung jedenfalls, ist ihnen freundlich gesinnt. ■

* Christoph Hess ist Umweltingenieur und hat in Deutschland und Brasilien studiert und gelebt.

~ Hinweis: Im Brasilicum #237 haben wir uns intensiv mit der Umweltpolitik Brasiliens beschäftigt.

Zehn Monate sind vergangen, seit am 5. November 2015 bei Mariana im Bundesstaat Minas Gerais der Damm der Bergwerksdeponie Fundão der Firma Samarco brach und 64 Millionen Kubikmeter Bergbauschlamm drei Dörfer zerstörte, 19 Menschen das Leben kostete, über 3.000 Fischer*innen arbeitslos machte und 3,5 Millionen Menschen ohne geregelte Trinkwasserversorgung in der 680 Kilometer langen Schneise der Verwüstung entlang des Rio Doce zurückließ. Es gilt als die größte Bergwerkskatastrophe aller Zeiten. Ein Unglück – oder ein Verbrechen, wie die Betroffenen und die sie unterstützenden sozialen Bewegungen schon kurz nach dem Bruch meinten?

10 Monate nach dem Dambruch bei Mariana

von Christian Russau*

Es dauerte zehn Monate, bis das im Auftrag der Firmen Samarco und deren Eigentümer, Vale S.A. und BHP Billiton Brasil Ltda., erstellte unabhängige Gutachten der US-amerikanischen Kanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP zu dem Schluss kam, dass es eben nicht wie zunächst von Samarco und Vale behauptet, ein Erdbeben war, das den Bruch auslöste, sondern Mängel und Fehler in der Planung und Durchführung der Erweiterungsarbeiten des Damms. Demnach habe es Fehlentwicklungen bei der Drainage gegeben, so dass an der linken Dammseite der Grund aus zu flüssigen Deponiesedimenten bestand, dort aber die rückseitige Erweiterung der Dammstruktur errichtet wurde, ohne dass die Bodenverflüssigung bemerkt wurde. Das von den Firmen ins Spiel gebrachte Erdbeben habe demnach als zusätzlicher Katalysator wirken können – nur merkwürdig, dass die seismologischen Zentren keine dementsprechenden Vorkommnisse verzeichneten.

So stellt sich erneut die Frage der Haftung. Die Prozessklagen gegen die führenden Manager*innen, Ingenieur*innen und Gutachter*innen laufen weiter, aber kommen eher schleppend voran. Samarco, Vale und BHP Billiton Brasil Ltda. hatten mit dem Staat, den betroffenen Bundesstaaten sowie den für Umweltfragen zuständigen Behörden auf Bundes- und Landesebene Abkommen über Entschädigungszahlungen in Höhe von umgerechnet 4,74 Milliarden Euro vereinbart. Die Bundesstaatsanwaltschaft stellte aber bei Gericht einen Antrag auf Nichtigklärung dieses Vertragswerks, da sie die grundlegenden Rechte der Betroffenen nicht berücksichtigt sah und zudem den Schaden auf das bis zu Siebenfache bezifferte: auf

- 1 "Transgênicos no governo Lula: liberdade para contaminar", Marijane Vieira Lisboa, <https://www.ecodebate.com.br/2007/09/20/transgenicos-no-governo-lula-liberdade-para-contaminar-por-marijane-vieira-lisboa-2/>
- 2 "Agrotóxicos: o veneno que o Brasil ainda te incentiva a consumir", Marina Rossi, http://brasil.elpais.com/brasil/2016/03/03/politica/1457029491_740118.html
- 3 "Questão ambiental: ruim com Dilma, pior com Temer", André Trigueiro, <http://www.envolverde.com.br/opiniaio/ruim-com-dilma-pior-com-temer/>
- 4 "O que o governo Dilma fez (e não fez) para garantir o direito à terra e áreas para conservação?", ISA, <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/o-que-o-governo-dilma-fez-e-nao-fez-para-garantir-o-direito-a-terra-e-areas-para-conservacao>
- 5 "O que o governo Dilma fez (e não fez) para garantir o direito à terra e áreas para conservação?", ISA, <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/o-que-o-governo-dilma-fez-e-nao-fez-para-garantir-o-direito-a-terra-e-areas-para-conservacao>
- 6 "Ministério do Meio Ambiente defende criação de lei geral para o licenciamento ambiental", ISA, <https://www.socioambiental.org/pt-br/noticias-socioambientais/ministerio-do-meio-ambiente-defende-criacao-de-lei-geral-para-o-licenciamento-ambiental>.

umgerechnet über 30 Milliarden Euro. Bis dieser Rechtsstreit gerichtlich beendet wird, werden noch etliche Jahre ins Land gehen. Derweil spielt Samarco auf Zeit. Sie hat bislang noch keine der von den Gerichten verhängten Strafzahlungen geleistet, unter dem Argument, dass sonst der laufende Betrieb – und damit die Voraussetzung um Umsatz zur Deckung laufender und anfallender Kosten zu erzielen – gefährdet sei.

Die Versicherer und Rückversicherer – wie u.a. die Allianz, Münchener Rück und Hannover Rück aus Deutschland –, die Teile der Bruchversicherung des Damms übernommen hatten, haben die Entschädigungssummen in Millionenhöhe ausgezahlt und räumten auf den Aktionärsversammlungen auf Nachfrage Ungereimtheiten ein. Im Nachhinein, so die Münchener Rück, stelle sich heraus, dass nicht alles, was die Firma Samarco ihnen mitgeteilt habe, vollständig und lückenlos zutreffend gewesen sei. Die Firma prüfe dies derzeit aber noch. Die Höhe der Versicherungspolice bestimme aber letztlich der Kunde. „Und im übrigen“, so der Vorstandsvorsitzende Nikolaus von Bomhardt, „seien Sie doch froh, dass wir das überhaupt versichert haben, sonst hätten die betroffenen Menschen dort nicht einen Pfennig!“

Eine durchaus interessante Sichtweise. Vor allem, wenn man die Versicherungspolice genauer analysiert. Der brasilianische Rückversicherer Terra Brasis Resseguros hat eine solche Analyse vorgenommen. Demnach belaufen sich die Schäden auf bis zu 26,2 Milliarden Reais, derzeit umgerechnet 6,83 Milliarden Euro. Die von den Versicherungen für die Schäden ausgezahlten Beträge belaufen sich aber nur auf 2,25 Milliarden Reais, 586 Millionen Euro, also auf acht Prozent des geschätzten Schadens. Von diesem aber geht wiederum der Löwenanteil an Samarco: zwei Milliarden Reais als Entschädigung für den Betriebsausfall. Samarco hat also vor allem sich selbst gegen etwaige Verluste durch Dammbruch abgesichert. 250 Millionen Reais, 65 Millionen Euro, zahlen die Versicherer und Rückversicherer für Schäden bei Dritten – und null Reais, umgerechnet null Euro, zahlen die Versicherer und Rückversicherer für Umweltschäden, so Terra Brasis Resseguros.

680 Kilometer toter Fluss, in die sich die Menge von 20.000 olympischen Schwimmbecken Erzbergwerksschlamm ergossen hat. Über 3.000 Fischer*innen ohne Auskommen. 3,5 Millionen Menschen ohne geregelte Trinkwasserversorgung, deren Aufbereitung sie misstrauen und deren unabhängige Wasseranalysen immer wieder für Empörung sorgen, da die Rückstände im Wasser noch immer über den Grenzwerten liegen. Schadstoffe und Schwermetalle im Wasser. Und null Euro für die Betroffenen dieser Verseuchung. „Seien Sie doch froh, dass wir das überhaupt versichert haben, sonst hätten die betroffenen Menschen dort nicht einen Pfennig!“ Genau, das ist

es. Nicht einen Pfennig.

Ruft man sich derweil in Erinnerung, dass die (halbwegs zufriedenstellende) Säuberung der industriellen Rheinverschmutzung und die schamhaften Ansätze zur Renaturierung von Deutschlands größtem Fluss in den vergangenen 50 Jahren Bund, Land, Kommunen und Verursacher bereits 100 Milliarden Euro gekostet haben, so wird leicht einsichtig, was man beim Rio Doce an Kosten zu erwarten hat, will man der Bevölkerung des Flusslaufs des Rio Doce einen Fluss zurückgeben, an dem das Leben wieder halbwegs lebenswert sein wird.

Derweil braut sich eine neue Katastrophe zusammen, diesmal aber sogar mit offizieller Ansage: Die brasilianische Bundesumweltbehörde Ibama warnte im Juli, dass im Staureservoir beim Damm Risoleta Neves, gemeinhin als Candonga bekannt, rund 100 Kilometer von Mariana entfernt, noch zehn Millionen Kubikmeter des Klärschlammes liegen und die Maximalgrenze der Belastbarkeit der Staumauer derzeit um nur einen Meter unterschritten werde. Das liegt daran, dass die spezifische Dichte mineralischen Klärschlammes deutlich über der von Wasser liegt. Während Samarco die Abpumparbeiten und Lagerung des Giftschlammes in provisorischen Becken neben dem Fluss zu beginnen umsetzt, warnte Ibama erneut vor der augenfälligen Zeitverzögerung der Arbeiten, denn die Meteorologen meldeten sich mit Nachdruck zu Wort, dass ab Mitte Oktober 2016 starke Regenfälle in der Region zu erwarten seien, so dass die Gefahr eines weiteren Bruchs mit jedem Tag Verzögerung der Abpumparbeiten steigen werde.

In der Tat äußerst bedrohliche Aussichten, vor allem, wenn man sich vor Augen hält, dass sich die Maßnahmen an dieser Stelle auf das Abpumpen Candongas beschränken – und gleichzeitig Vorsorge treffende Maßnahmen wie Notfallevakuierungspläne für die flussabwärts von Candonga lebenden Menschen derzeit zumeist Fehlanzeige sind. Wieder eine drohende Katastrophe, aber diesmal mit offizieller Ansage und von daher deutlich schwerer als Unfall kaschierbar, sollte es zum schlimmst anzunehmenden Vorkommnis kommen.

So sind es einmal mehr die Betroffenen selbst sowie die sie unterstützenden sozialen Bewegungen und Organisationen, auf die es ankommen wird: die Menschen zu informieren, zu beraten, mit ihnen gemeinsam Mittel und Wege zu beraten und auch einzuschlagen, um die Menschen am bittersüßen Fluss und deren Rechte zu achten und zu schützen. ■

* Christian Russau ist KoBra-Mitglied und Mitarbeiter des FDCL.

Ausländische KollegInnen fragen uns brasilianische JournalistInnen oft, was die Rolle der traditionellen Medien im Verfahren der „Amtsenthebung“ gegen Präsidentin Dilma Rousseff war oder noch ist. Wenn wir unabhängig sind, haben wir keinerlei Hemmungen zu antworten: Legitimierung eines Staatsstreiches. Wenn wir diese Antwort vertiefen wollten, was der begrenzte Raum dieses Artikels nicht erlaubt, würden wir hinzufügen: Figuren in einem abgekarteten Spiel, an dem auch die Legislative und die Judikative beteiligt sind. Wir sprechen also von einer oligopolistischen Presse, die seit mehr als zehn Jahren ihre Texte lanciert hat, um ein Klima zu schaffen, das zur Absetzung volksnaher Regierungen notwendig ist und den Rezepten und Mustern folgt, die einer neuen Form des Angriffs auf die Demokratie in Ländern zugrunde liegen, die zur Achse von UNASUL (Union der Südamerikanischen Nationen) und von ALBA (Bolivarianische Allianz für Amerika) gehören.

Die Phase der „sanften Putsche“ begann mit der Absetzung der

Der mediale Putsch - Trugbild einer Demokratie

von Raul Fitipaldi*

demokratisch und verfassungsmäßig gewählten Präsidenten von Honduras, José Manuel Zelaya Rosales, und Paraguays, Fernando Lugo. Das ist Teil einer Agenda der großen Medien im Dienst der Interessen von transnationalen und örtlichen Oligarchien, Washingtons sowie der Interamerikanischen Pressevereinigung (SIP). Zur letzteren gehören die oligopolistischen Kommunikationsunternehmen der USA-hörigen Eliten der ganzen Region. So kann das, was jetzt in Brasilien geschieht, bei den Medien eines jeden anderen Landes Südamerikas und der Karibik geschehen, und es geschieht auch tatsächlich in sehr ausgeprägter Form. Manchmal auf eine hinterhältigere und scheinbar weniger absichtliche Weise, aber dennoch tagtäglich und ununterbrochen, wie bei Argentinien Gruppe *Clarín*, die dem Neokonservativen Mauricio Macri zum Sieg verhalf, der sofort alle Fortschritte im Sozial- und Kommunikationssektor zunichte machte, die während der Regierungen von Néstor Kirchner und Cristina Fernández erreicht worden waren.

Bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen von 1989 war der Wahlsieg des später, am 29. September 1992, durch Amtsenthebung abgesetzten Präsidenten Fernando Collor de Mello

nur durch kommunikative Manipulationen möglich. Diese wurden Jahre später von unabhängigen Medien entlarvt und sogar vom damaligen Programmdirektor bei *Rede Globo*, José Bonifácio de Oliveira Sobrinho, anerkannt, der landesweit unter dem Spitznamen „Boni“ bekannt ist¹. Boni erklärte öffentlich, wie die Anweisungen seines damaligen Arbeitgebers und Chefs, des Großunternehmers Roberto Marinho, befolgt wurden. Diesmal ist der Drahtzieher der Kampagne der fragwürdigen Amtsenthebung Ali Kamel, der derzeitige Direktor des Senders und Generaldirektor für Journalismus und Sport bei *TV Globo*.

Seit 1992 sind bei *Rede Globo*, das in 97% der brasilianischen Haushalte empfangen wird und in Reichweite sowie in materieller und personeller Infrastruktur eine der größten Medienkonzerne der Welt ist, wichtige Journalisten ausgeschieden. Einige von den Ehemaligen haben ihre Kritik der Berichterstattung ihres ehemaligen Arbeitgebers auf Internetseiten oder in Blogs geäußert, die von der Regierung unterstützt wurden.

Aber *Rede Globo* ist nicht allein. Die Zeitschrift *Veja*, die der Familie Civita gehört und das Zugpferd des Verlags *Editora Abril* darstellt, ist ihr treuer Mitstreiter. Sie wurde gegründet und anfangs geleitet von dem nordamerikanischen Unternehmer Vitor Civita, 1907 in New York geboren und 1990 in São Paulo gestorben. Er häufte seine ersten Reichtümer an, indem er die Walt-Disney-Comics „Donald Duck“ in den Süden des Kontinents exportierte.

In Argentinien machte sein Bruder Cesar Civita das Gleiche mit der dortigen Editorial Abril. Mit der Hinterhältigkeit ihrer Attacken übersteigt die *Veja* noch einmal die Arbeit von *Globo*. Bei den unbestreitbar frauenfeindlichen Elementen im Prozess des gegenwärtigen Juristen-, Parlaments- und Medienputsches machen die Zeitschriften der Familie Civita², unter anderem deren auflagenstarkes konservatives Magazin *Isto É*³, die schmutzige Arbeit auf ihren Titelseiten, die in Tausenden und Abertausenden vor Zeitungskiosken der großen Hauptstädte Brasiliens aushängen.

Der Journalismus ist nicht unparteiisch. Er kann es gar nicht sein, und es kann auch nicht von ihm verlangt werden – mit diesem Unsinn muss endlich Schluss gemacht werden. Was aber wohl verlangt werden muss, ist Rechenschaft über das Ausmaß der absichtlichen journalistischen Lügen, Verzerrungen und Auslassungen. Die Reichweite des Einflusses und die Macht der großen Putsch-Medien werden mit den neuen Medien immer größer. Auch diese neuen Technologien sind Teil des Systems, obwohl ein Teil der Opposition sie als Instrument des Widerspruchs nutzt. In dieser Hinsicht muss auch die Rea-

lität von Information oder Desinformation über den Putsch gegen Dilma Rousseff gemessen werden. Die oligarchischen Medien Brasiliens mobilisierten das ganze Gewicht der moralischen Vorurteile, welche die zivilisatorische Entwicklung eines Landes behindern. Und die natürlich geringeren Kräfte der unabhängigen Medien nutzten sich an den vielen geschichtlichen, reißerischen und oberflächlichen Irrtümern einfach ab.

Das Ungleichgewicht zwischen der finanziellen und strukturellen Macht der „großen Medien“ und den unabhängigen Medien wuchs sogar innerhalb der mehr oder weniger fortschrittlichen PT-Regierungen. Die lähmende Angst der leitenden Chefs dieser Medien, der Wunsch, auch auf den Titelseiten der Tageszeitungen zu erscheinen, war der Sirengesang, dem weder Lula da Silva noch Dilma Rousseff zu widerstehen vermochten. Die Präsidentin wurde vor Beginn ihrer ersten Amtszeit bei einer Soiree empfangen, die Lily, mittlerweile verstorbene Gattin des Magnaten und Globo-Besitzers Roberto Marinho, gab.⁴ Dilma hat mit dem Wolf zu Abend gegessen, und sechs Jahre später hat der Wolf sie verschlungen.

Es ist zur Genüge bekannt, dass die Agenda Washingtons zur Destabilisierung von Regierungen, die den USA entgegenstehen oder mit ihnen nicht völlig konform sind, heute in Lateinamerika keine Kugeln, Kanonen, Armeen und Folterkammern mehr braucht. Die nötige Arbeit wird von Mikrofonen, Kameras und Journalist*innen mit fragwürdiger Moral gemacht. Der Rest ist Show und Unterhaltung. Es gibt jedoch Regeln, die nicht nur vom Giganten *Globo* und jenen perfiden Zeitschriften beachtet werden. Die Gesamtheit von Radio und Fernsehen kommt ihrer Rolle perfekt und akribisch nach. In einem Land mit mehr als 200 Millionen Einwohner*innen, in dem sich ganze sieben Familien den „Großgrundbesitz“ der Medien teilen (die großen Sender SBT, *Record* und *Bandeirantes* sowie die Zeitungen *Folha de São Paulo* und *Estado de São Paulo*, um nur die international bekanntesten zu nennen), wird beim Recycling des von *Globo* produzierten Mülls gemeinsame Sache gemacht. Der ganze Sektor wurde massiv finanziert vom Geld der Steuerzahler*innen und von großen nationalen und internationalen Unternehmensgruppen wie *Petrobrás*, *Banco do Brasil*, *Banco Nacional de Desenvolvimento* und *Caixa Econômica Federal*, die ihren Schergen Gelder in Milliardenhöhe zukommen ließen.



Debatte über die Demokratisierung der Kommunikationsmedien | 07-07-2016 | Rio de Janeiro/RJ

Quelle: MídiaNINJA / flickr

(CC BY-SA 2.0)

Aus all dem können wir nur schließen, dass der Staatsstreich, der in Brasilien als Amtsenthebung verbrämt wurde, ein unseeliges Konglomerat von Fehlern seitens der Linken und zweckdienlichen Manövern seitens der Rechten ist, das sich gegen die Interessen der schwächsten Klassen Brasiliens richtet. Die Niederlage des Journalismus als Beruf, die brutale Asymmetrie zwischen den Medien der Eliten und den unabhängigen Medien sowie die Vernachlässigung der Massenkommunikation seitens der PT-Regierungen haben die vom Parlament und vom Rechtswesen begangenen Missbräuche gefördert, die in einer politischen und demokratischen Verirrung enden können, wie sie Brasilien in seiner Geschichte noch nie erlebt hat. ■

* Raul Fitipaldi mit Unterstützung von Tali Feld Gleiser, Journalist*innen und Mitbegründer*innen des Portals *Desacato.info*

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Monika Otterman.

- 1 Journalist und Mitbegründer des Portal *Desacato*. Siehe <https://youtube/guVZjYaiZfU>.
- 2 Siehe: <http://veja.abril.com.br/blog/felipe-moura-brasil/cultura/capa-bomba-da-veja-dilma-e-lula-sabiam-de-tudo/>.
- 3 Siehe: <http://www.diariodocentrodomundo.com.br/essencial/autora-de-capa-da-istoe-que-chama-dilma-de-maria-a-louca-e-a-mesma-que-reclamou-de-machismo/>.
- 4 Siehe: <https://noticias.terra.com.br/Brasilien/politica/eleicoes/dilma-tem-coragem-de-fazer-politica-diz-lily-marinho,26281a7142e2d310vgnCLD200000bbcceb0aRCRD.html>.

Mit beeindruckender Geschwindigkeit demontiert die Regierung Michel Temer Strukturen und Einrichtungen, die die Pressefreiheit in Brasilien garantieren sollten. Diese Aktivitäten werden begleitet von der lautstarken Unterstützung durch die kommerziellen Medien, um für die stark kritisierte Amtsenthebung Stimmung zu machen.

Der Putsch schaltet die öffentlichen Medien ab

von Livia Duarte*

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die *Empresa Brasil de Comunicação* (EBC), die mitten in den politischen Schusswechsel geraten ist. 2007 wurde dieses brasilianische Kommunikationsunternehmen der öffentlichen Hand unter der Regierung Lula gegründet. Die EBC ist verantwortlich für TV Brasil, dem seine Gegner den Namen „TV Traço“ (TV -) gegeben haben. Das erschwindelte Argument, es gäbe kein Publikum, sollte sogar die Schließung des Senders rechtfertigen. Außerdem gehören zum Programm der EBC der Fernsehsender TV Brasil International sowie neun Radiostationen, wie z.B. das Rádio Nacional da Amazônia und das von Alto Solimões. In weiten Teilen des riesigen Amazonasgebiets sind sie die einzigen verfügbaren Kommunikationsmedien, da mangelnde Profitaussichten die kommerziellen Medien fernbleiben lässt. EBC betreibt außerdem zwei Nachrichtenagenturen, ein Internetportal sowie für staatliche Zwecke des Staatsoberhauptes der Republik den Sender TV NBR und das Radioprogramm *A Voz do Brasil*. Letzteres ist seit über 70 Jahren von Montag bis Freitag auf Sendung und wird obligatorisch von allen Sendern des Landes übertragen.

Bis auf seltene Ausnahmen sind es die staatlichen Kanäle, über die wir die ethnische und soziale Vielfalt des Landes abgebildet bekommen. Beispielsweise bringt TV Brasil die meisten brasilianischen Kinoproduktionen. Der Sender bringt Programme über LGBTIQ-Themen mit Moderator*innen aus der Szene. In Brasilien führen Vorurteile gegen Menschen mit anderer sexueller Orientierung immer öfter zu Diskriminierung und sogar bis hin zu Mord. Außerdem zeigt TV Brasil Nachrichtensendungen für Gehörlose, die mit brasilianischer Gebärdensprache verdolmetscht sind. Im staatlichen Fernsehen wird eine prämierte Kindersendung ausgestrahlt, deren Zeichentrickfiguren Schwarze sind. Sie ist die einzige Kindersendung, die es ins allgemeine Fernsehen geschafft hat, nachdem zielgerichtete Reklame an Kinder verboten wurde. In der Fol-

ge hatten sich Privatsender aus dem Kinderprogramm zurückgezogen, weil es nicht genügend Profite versprach.

Trotz seiner Vielfalt und der Wichtigkeit des Programmangebots, das verschiedene nationale und internationalen Preise erhielt, wurde das EBC in den zurückliegenden Monaten mit zunehmender Vehemenz von Seiten der kommerziellen Medien angegriffen. Eines der Hauptargumente bezieht sich auf die Instrumentalisierung durch die Arbeiterpartei und darauf, sich zum Sprachrohr der abgesetzten Regierung gemacht zu haben. Verbreitet ist auch der Vorwurf, die Regierung tätige „große Investitionen ohne Gegenleistung“ in das EBC. Die Gegner*innen behaupten, der staatliche Sender habe kein Publikum und werfe keinen Profit ab.

Bei dieser Anklage wird weder der historische noch der wirtschaftliche Stellenwert berücksichtigt, den das EBC in der brasilianischen Medienlandschaft einnimmt. Als Beleg für die ökonomische Ungleichheit gab O Globo¹ an, die Regierung habe 2015 R\$ 547,6 Millionen für das EBC ausgegeben – für Radio- und Fernsehprogramme sowie die Nachrichtenagenturen. Auf der anderen Seite hat TV Globo nach Angaben von UOL² trotz der Kürzungen der letzten Jahre im gleichen Jahr „nur“ R\$ 591,5 Millionen an staatlicher Propaganda verdient. Außerdem zeigt die Argumentation der kommerziellen Medien – jenseits aller Zahlen – das fehlende Verständnis für die nicht-private Kommunikationsarbeit in einem Land, das historisch von privaten und monopolartigen Mediensystemen beherrscht wurde und wird.

Selbstverständlich kann das fehlende Verständnis der Privaten Absicht sein: Das EBC hat trotz aller Probleme immer Fürsprecher gehabt. Es gilt als einer der seltenen Siege der Bewegungen im Kampf um die Demokratisierung der Medienlandschaft in Brasilien während der Regierungszeit der PT. Getrieben von dem Gefühl besonderer Dringlichkeit angesichts einer ohne Wahlbeteiligung abgesetzten Regierung haben „TV Traço“ und die anderen Instrumente des EBC einige Unruhe in die ansonsten einhellige Diskussionslandschaft der Privaten gebracht und diese damit gegen sich aufgebracht.

Zurück zu den Zahlen: Obwohl der Vizepräsident Michel Temer im Mai lediglich kommissarisch die Amtsgeschäfte übernahm initiierte er unter der Begründung, Kosten sparen zu wollen, tiefgreifende Veränderungen an der Regierung vor. Unter den vom Interimspräsidenten beschlossenen Änderungen war die Zusammenlegung der Ministerien für Kommunikation und Wissenschaft/Technik.

Keine fünf Tage nach Antritt als Interimspräsident entließ Temer Ricardo Melo, den Präsidenten des EBC. Innerhalb weniger Tage wurden von Laerte Rímoli, dem von der

Interimsregierung eingesetzten neuen Präsidenten des EBC, hunderte Mitarbeiter*innen entweder entlassen oder versetzt. Sein Lebenslauf belegt eine frühere Verurteilung wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder sowie Verbindungen zu Eduardo Cunha. Dieser wird von Dilma als der große Treiber des „Putsches“ bezeichnet. Melo prozessierte erfolgreich und erhielt sein Amt zurück, allerdings nur 48 Stunden lang. Per Dekret war Rímoli erneut ernannt und wieder blockiert worden, die endgültige Entscheidung steht aber noch aus.

Im Übrigen hat die neue Regierung eine einstweilige Verfügung erlassen, die die Strukturen auslöscht, die das EBC zu einem pulsierenden staatlichen Kommunikationsbetrieb machen. Unter einer einstweiligen Verfügung (*MP medida provisoria*) versteht man ein Gesetz, das die Exekutive ohne die Beteiligung der Legislative erlässt und das später vom Kongress genehmigt werden kann. Die MP 744 „demonitiert das EBC“, wie es im Ablehnungsantrag des Kuratoriums heißt, der über selbige MP abgeschafft wurde.

Das Kuratorium ist das erste Organ für soziale Kontrolle und Überwachung beim EBC. Es setzt sich aus 22 Mitgliedern zusammen, von denen 15 zur Zivilgesellschaft gehören. Großen Wert wird auf die Pluralität der Vertreter*innen gelegt. Das Kuratorium war beispielsweise verantwortlich für die Wahrung religiöser Vielfalt im staatlichen Fernsehen TV Brasil und seinen Radios. Es sorgte für programmatische Vielfalt in Bezug auf Geschlechter, Hautfarbe und ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung und dem Zugang von Menschenrechtsthemen. Das Kuratorium bearbeitete auch Hinweise oder interessierte Nachfragen von Zuhörer*innen des EBC. Interessierte Bürger*innen hätten den Rat zum Beispiel fragen können, warum die kritische Reportage „Rita Freire kritisiert die Abschaffung des Beirats des EBC, Melo erneut abgesetzt“³, die von *Agência Brasil* veröffentlicht worden war, nicht mehr zu finden ist.

Die einstweilige Verfügung unterstellt das Medienunternehmen dem Präsidentialamt, sie beendet das unabhängige Mandat des leitenden Direktors im Unternehmen, macht ihn abhängig von Ernennung und Absetzung und erhöht die Anzahl der Regierungsvertreter*innen im Verwaltungsrat. Als die ersten Gerüchte über das Erscheinen der einstweiligen Verfügung kursierten, fürchteten viele Funktionär*innen ihre Entlassung und den drohenden Arbeitsplatzverlust. Das Handeln der Regierung kam dann auch sehr überstürzt: Das Unternehmen wurde zwar erhalten, allerdings hat man die Führung ausge-



Abstimmung über das Impeachment im Senat • 27/08/2016 • Brasília - DF
Foto: Mídia NINJA (CC BY-SA 2.0)

wechselt und das EBC ausbluten lassen. Der verbliebene Hohlkörper wird neu bestückt, ohne dass aktives Handeln aus der Gesellschaft fragwürdige Publikationen über ein Kontrollmedium wie das Kuratorium verhindern könnte. Die einstweilige Verfügung verletzt den Artikel 223 der Verfassung, nach dem öffentliche, private und staatliche Kommunikationssysteme sich gegenseitig ergänzen sollen. Das bedeutet also einen neuen Angriff auf die Demokratie. Dies geschieht unentdeckt und in aller Stille, zumal große Teile der Bevölkerung sowie ein guter Teil der Funktionär*innen des Unternehmens das Gewicht des Rechts auf freie Kommunikation unterschätzen. Sie erkennen kaum, was das EBC für die freie Meinungsäußerung in Brasilien gewesen ist und was nun daraus gemacht wird. Man muss die endgültige Entscheidung der Justiz abwarten, was die Führungsspitze des Unternehmens angeht. Die übrigen Veränderungen des EBC im Rahmen der einstweiligen Verfügung wandern an den Kongress zur Entscheidung weiter. In beiden Fällen lassen das problematische Verhalten der drei Gewalten seit der Amtsenthebung von Dilma, sowie der offensichtliche Druck der kommerziellen Medien, wenig Hoffnung auf eine Änderung der Situation zu. Mit einem einzigen Staatsstreich werden die kleinen und großen Errungenschaften der brasilianischen Gesellschaft auf einmal ausgelöscht. ■

* Livia Duarte ist Journalistin und arbeitet für das EBC.

> Aus dem Portugiesischen übersetzt von Uta Grunert.

- 1 <http://oglobo.globo.com/brasil/gastos-com-ebc-chegam-r-36-bilhoes-desde-sua-criacao-19379523>
- 2 <http://fernandorodrigues.blogosfera.uol.com.br/2016/07/06/governo-cortou-r-206-milhoes-em-publicidade-da-tv-globo-em-2015/>
- 3 <http://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2016-09/rita-freire-critica-extincao-de-conselho-da-ebc-melo-recorrera-de>

Viele Länder Lateinamerikas stecken derzeit in einer politischen oder wirtschaftlichen Krise, oder beides. Die Ursachen dieser Krise sind vielfältig und von Land zu Land unterschiedlich. In Brasilien etwa hat die politische Rechte die Konfrontation mit der von der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) geführten Regierung unter Dilma Rousseff verstärkt, nachdem ab März 2014 Korruptionsanklagen insbesondere gegen konservative Politiker eingeleitet wurden. Auch viele Unternehmen, etwa das halbstaatliche Erdölunternehmen Petrobras oder das Bauunternehmen Odebrecht, sind in die Korruptionsskandale verwickelt. Ende August 2016 wurde die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff durch ein fragwürdiges Amtsenthebungsverfahren abgesetzt.

Das Ende eines progressiven Zyklus?

von Ulrich Brand*

Die Krise des Entwicklungsmodells, das als Neo-Extraktivismus bezeichnet wird, ist ein Hauptgrund für die Krise. Der staatliche Handlungsspielraum, der in den letzten Jahren in der Sozialpolitik deutlich ausgeweitet wurde, nimmt deutlich ab, wenn die Einnahmen durch Rohstoffexporte nicht mehr sprudeln. Allen Warnungen zum Trotz gab es keine Überwin-

dung des jahrhundertealten Modells des Rohstoffexports.

Doch es sind auch andere Faktoren dafür verantwortlich, dass die Legitimität der progressiven Regierungen merklich nachgelassen hat.

Zum einen hat sich in vielen Ländern die politische Rechte reorganisiert, die weiterhin neoliberal und an den Eliten orientiert ist. Sie kann Vorteile aus der Schwäche und dem Legitimationsverlust der Linken ziehen. In Argentinien hat etwa die Präsident*innenfamilie Kirchner während ihrer Amtszeit ihr Vermögen schätzungsweise versiebenfacht, einige der Familie nahestehende Unternehmer wurden zu Multimillionären. In Brasilien fliegen die Korruptionspraxen und -vorwürfe (*mensalão*) der aktuellen Regierung buchstäblich um

die Ohren. Autoritäre Strukturen, Klientelismus und Korruption wurden nicht zurückgedrängt. Zu Venezuela schreibt Klaus Meschkat (2015: 71) mit Hinblick auf die neu geschaffenen Parallelstrukturen der Misiones: „Solange die alten Kontrollinstanzen ausgeschaltet sind und eine neue rätendemokratische Kontrolle von unten nicht bis zur Staatsspitze hinaufreicht, ist zunehmende Korruption wohl eine

unvermeidliche Folge des Neoextraktivismus.“ Und diese Korruption reicht vielerorts bis an die Staatsspitze. Das spielte den Rechten in die Hände, zumal man sich in Zeiten der Krise befindet. Dass der neue argentinische Präsident Macri – bekannt wurden seine Machenschaften durch die Veröffentlichung der Panama-Papers - oder der brasilianische de-facto

Präsident Temer keine Garanten für transparente Politik sind, wurde bereits deutlich.

Zweitens: Zu Beginn der jeweiligen linken oder Mitte-links Regierungen wurden weitreichende Ziele im Hinblick auf den notwendigen Umbau der historisch klientelistischen Staaten formuliert. Nicht mehr der neoliberale Staat, sondern ein „post-neoliberaler“ Staat sollte eine größere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft spielen. Und in der Tat haben sich die öffentlichen Unterstützungen in allen Ländern stark erhöht, was auch mit einem erheblich höheren Steueraufkommen einherging. Doch wichtige und mittelfristig notwendige Strukturereformen blieben aus, die eben die Legitimität der Regierungen in der Bevölkerung erhalten hätten. So hät-

Zwei Ikonen der lateinamerikanischen Linken - einer Verfolgt - der andere gefeiert.
Foto: Roosevelt Pinheiro/Agencia Brasil (CC BY 3.0 BR)



ten die Regierungen den öffentlichen Sektor nicht nur quantitativ ausweiten, sondern auch die Qualität öffentlicher Dienstleistungen spürbar steigern müssen. Dazu wären unter anderem eine weitgehende Bildungsreform und die Qualifizierung des staatlichen Personals notwendig gewesen. Ebenso schafften es die Regierungen nicht, ein effektives und progressives Steuersystem zu errichten, das die Staaten auf eine solide und breitere Finanzierungsbasis stellt und damit die gefährliche Abhängigkeit von der schwankenden Rohstoffrente beendet oder zumindest vermindert.

Drittens: Eine der bedrückendsten politischen Erfahrungen besteht darin, dass sich die Regierungen – die ja zum großen Teil wegen starker linker sozialer Bewegungen überhaupt an die Macht kamen – zunehmend auf den Staat als politisches Kampffeld konzentrierten. Das wurde komplementiert durch die Fixierung auf Parteien sowie – in Ländern wie Venezuela, Ecuador und Bolivien – mit ihrer Zentralisierung. Als aus oppositionellen Kräften Staatsparteien wurden, kam es zu einer Bürokratisierung und Vereinheitlichung der Organisationen. Dies erschwert jedoch innerparteiliche Diskussionen um Alternativen und Fehler ganz entscheidend.

Die politischen Diskurse wurden immer mehr im Modus von „schwarz-weiß“ geführt. „Bist Du nicht für mich, dann bist Du gegen mich und auf der Seite der Rechten“. Doch diese Strategie hat es verhindert, Probleme und Schwächen offen zu diskutieren. Kritik sozialer Bewegungen wurde entweder ignoriert, kooptiert oder unterdrückt.

Auch Prada (2015) argumentiert, dass dieses Feld, auf dem die Regierungen durchaus Handlungsspielraum gehabt hätten, nicht bearbeitet wurde: Eine Transformation des Staates weg von seiner zentralistischen, autoritären, vertikalen und bürokratischen Ausrichtung, weg von der Figur des – meist männlichen – Caudillos, der das gesellschaftliche Allgemeininteresse und den Staat repräsentiert und damit vermeintliche soziale Kohärenz schafft. Die Vertiefung demokratischer Prozesse, die etwa zu Beginn in Venezuela und Argentinien durchaus bedeutend waren, wurde abgeblockt (ähnlich Meschkat 2015: 70-72.). Auch in Brasilien gab es in den Anfängen der PT-Regierungen auf Bürgermeisterebene mit dem Beteiligungshaushalt eine radikale Demokratisierung der Politik, die aber nach der Wahl von Lula zum Präsidenten nicht konsequent weiter verfolgt wurde.

Diese Einschränkung der Demokratie führte nicht nur zu linken Mobilisierungen, sondern auch zu solchen von Menschen, die sich am Autoritarismus und den fehlenden offenen Diskussionen störten. Die Proteste im Juni 2013 in Brasilien im Vorfeld eines internationalen Fußballturniers sind dafür

emblematisch.

Vor diesem Hintergrund argumentiert Massimo Modonesi, dass es nicht zu einem Ende des Modells kommt. Vielmehr tritt es von einer „hegemonialen“ Phase, in der es von breiten Bevölkerungsgruppen und Teilen der Eliten unterstützt wurde und für viele Menschen die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und insbesondere der Konsummöglichkeiten spürbar wurde, in eine „regressive“ Phase. Autoritäre und repressive Momente werden wichtiger, weniger die Inklusion der Armen, sondern ihre Exklusion wird tendenziell betrieben – auch von den neuen und alten Mittelschichten. Diskurse um „Sicherheit“ nehmen zu und begründen wiederum repressive Politiken und eine Stabilisierung bestehender Hierarchien.

Das sind keine guten Aussichten für linke Politik. Gleichwohl sollte nicht vergessen werden, dass es in einigen Ländern durchaus linke oder Mitte-Links Regierungen gibt (auch wenn heftig gestritten wird, ob das Adjektiv „links“ noch passt). In Bolivien und Ecuador wird viel davon abhängen, ob die zunehmenden Proteste und der Unmut in der Bevölkerung von den Regierungen aufgenommen werden. In Uruguay, das einzige Land mit einer ernsthaften Steuerreform, erfreut sich die linke Regierung gar weiterhin großer Zustimmung.

Ein abschließendes Wort zu den Debatten hierzulande. Die Linke in Deutschland und anderen Ländern tut sich keinen Gefallen, wenn sie weiterhin meint, die „progressiven Regierungen“ in Lateinamerika vorbehaltlos unterstützen zu müssen. Das geschieht vielerorts und führt immer wieder zur Denunziation jener, die sich überhaupt um Räume bemühen, in denen Probleme angesprochen werden und unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen. Progressive Gesellschaftsprojekte machen Fehler und sie können sich nur entwickeln, wenn es solidarische Kritik gibt. ■

* Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, publizierte kürzlich: "Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?" (Hamburg: VSA-Verlag 2016).


Klaus Meschkat, Progressiver Wandel in Lateinamerika – Doppelte Transformation?, in: Dieter Klein, Achim Wahl (Hrsg.), Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach produktiven Balancen. Berlin 2015, S. 67-76, hier: S. 71.

Prada Alcoreza, Raúl (2015): El conservadurismo de los gobiernos progresistas. In: Dinámicas moleculares. La Paz. <http://dinamicas-moleculares.webnode.es>



Brasilien im Umbruch

Menschenrechte | Umweltschutz | Demokratie



Brasilien erlebt einen politischen Umbruch. In einem umstrittenen Amtsenthebungsverfahren stimmte der Senat Ende August mit 61 zu 20 Stimmen für die Absetzung der 2014 wiedergewählten Präsidentin Dilma Rousseff (PT). Der bisherige Vizepräsident Michel Temer vom ehemaligen Koalitionspartner PMDB übernimmt damit die Präsidentschaft. Bereits als Interimspräsident hatte er ein neues Kabinett, einheitlich bestehend aus weißen Männern, eingesetzt und radikal die Anzahl der Ministerien reduziert.

Die Politik befindet sich in der Krise und die Wirtschaft in einer schweren Rezession. Unzufriedenheit und Existenzangst treiben die brasilianische Bevölkerung auf die Straße – in der Stadt und auf dem Land.

Es wurde viel gestritten in den zurückliegenden Monaten, auch innerhalb der sozialen Bewegungen. Von der Arbeiterpartei PT fühlten viele sich schon lange nicht mehr ausreichend vertreten. Die Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Kongress verhinderten eine progressive Politik im Sinne der Wähler*innen der Arbeiterpartei. Sozialprogramme waren an ein neo-extraktivistisches Entwicklungsmodell gekoppelt, das von vielen abgelehnt wurde. Soziale Bewegungen fürchten nun, dass Errungenschaften der Sozial- und Umweltpolitik rückgängig gemacht und Mitspracherechte abgebaut werden. Sozial-ökologische Gerechtigkeit droht immer schneller der unternehmerfreundlichen Ressourcenausbeutung zu weichen.

Wie gehen die sozialen Bewegungen und Basisgruppen mit der neuen Situation um? Was steht für sie im Kampf um Menschenrechte und Demokratie auf dem Spiel? Welche Strategien verfolgen sie jetzt und wo ist internationale Unterstützung sinnvoll? Darüber möchten wir auf der Fachtagung mit brasilianischen und deutschen Gästen ins Gespräch kommen.

Neben fachlichen Impulsen gibt es Gelegenheit für Diskussion, Vernetzung und Austausch. Die Tagung findet zweisprachig statt und wird simultan übersetzt. Eine Kinderbetreuung ist organisiert. Ein Markt der Möglichkeiten bietet Raum für eigene Angebote der Teilnehmer*innen.

Der Runde Tisch Brasilien findet vom 18. - 20. November in Bonn statt.

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

MISEREOR
IHR HILFSWERK

KoBra
Kooperation Brasilien

missionszentrale
der franziskaner

Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

kinder
not
hilfe

HEKS
EPER

terre
des hommes
schweiz
Perspektiven für Jugendliche

adveniat
für die Menschen
in Lateinamerika

FIAN

Mission
EineWelt
Initiative für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
des Evangeliums-Liturgischen Rates in Rom

caritas
international

ASW
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.

